

Gestatten Sie mir ein letztes Wort, meine Damen und Herren, zum Ressortwechsel: Ich erspare es mir, darauf hinzuweisen, wie oft und wie mannigfaltig von Ihrer Fraktion im Gegensatz zu unserer ein Ressortwechsel vorgenommen wurde, ohne daß es dabei überhaupt eine Diskussion gegeben hat, weil dies nach dem bestehenden Parteienübereinkommen ausschließlich Sache der einzelnen Partei ist. Wenn sich eine Partei entschließt, einen solchen Ressortwechsel vorzunehmen, ist das auch in all den Jahren ohne jede Diskussion vorübergegangen. (Landesrat Peltzmann: „Das hat die Arbeiterkammer beschlossen! In der Parteileitung wurde es diskutiert!“) Sie haben immer gemeint, daß von uns gesagt wurde, es sei ein publikumswirksames und ein propagandistisches Ressort usw. All das ist nicht gesagt worden (Abg. Dr. Eberdorfer: „Das ist in der ‚Neuen Zeit gestanden!“), wir haben gesagt, daß es öffentlichkeitswirksam ist. Wir verstehen darunter, meine Damen und Herren, daß sich immer mehr Menschen an mich wenden, daß es immer mehr Probleme gibt und daß man ein so umfangreiches Ressort, das viel persönlichen Einsatz und Engagement gerade in dieser Zeit erfordert, nicht führen kann (Abg. Pözl: „Der ‚Neuen Zeit‘ darf man auch nicht mehr glauben!“), ohne in Gewissenskonflikte zu kommen. (Landesrat Peltzmann: „Habt nur Ihr ein Gewissen?“)

Wenn der Herr Landeshauptmann meint, daß das nicht so sei, dann darf ich daran erinnern, daß wir eine Geschäftsordnungsänderung machen mußten, weil Sie gesagt haben, daß es unmöglich ist, all das zu unterschreiben. (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Das ist etwas anderes!“) Haben Sie die Güte, zumindest so objektiv zu sein, daß es auch für einen anderen eben unmöglich ist. Sie sagten — wir reden ja oft darüber —: „Das Schlimmste ist, wenn man dann einmal ins Büro kommt und es sind Berge von Akten zu unterschreiben. (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Das ist wahr!“) Und um nichts anderes geht es. (Abg. Pözl: „Kein Mensch verlangt, daß er selber operiert!“)

Meine Damen und Herren! Ich möchte folgendes zum Schluß sagen: Es war dies ein interessantes Ressort, es war eine interessante Aufgabe und selbst der, der Übel will, wird nicht umhin können, das werde nicht ich beurteilen, sondern das werden spätere Zeiten beurteilen, sagen zu müssen, daß in dieser Zeit viel geschehen ist, für das Personal, für die Menschen in unserem Lande, für die Ärzte, aber im besonderen für den Patienten. (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Das glaube ich!“) Ich brauche jetzt nicht anzuführen den Neubau der Kinderklinik, vor dessen Errichtung wir die höchste Säuglingssterblichkeit hatten, den ganzen Chirurgieblock, wenn er auch noch nicht ganz fertig ist, die ausgebaute Augenklinik, die HNO-Klinik und eine Reihe von anderen Dingen. Draußen in den Spitälern wurde angepaßt, modernisiert und zumindest so errichtet und eingerichtet, daß jene Geräte und Einrichtungen installiert werden konnten, die dem Indikationsbereich dieses Krankenhauses entsprechen.

Wenn es auch nicht immer leicht war, diese Aufgabe zu erfüllen, wenn es also auch manches Mal

schwer war, weil die mangelnde Objektivität eben es nicht zugelassen hat, das, was geschehen ist, anzuerkennen, so danke ich Ihnen trotzdem allen, meine Damen und Herren, für das, was mir an Unterstützung gewährt wurde, um diese Arbeit vollbringen zu können, sowohl dem Landtag als auch der Landesregierung. Ich bin davon überzeugt, daß mein Regierungskollege Bammer diese Aufgabe im selben Ausmaße gerne mit Ihrer Unterstützung übernehmen wird. (Landesrat Peltzmann: „Das glauben wir auch!“) Ich danke. (Beifall bei der SPÖ und FPÖ.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Piaty. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dr. Piaty:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

In bewußter und provozierter Brechung eines bisherigen frommen Brauches, daß nach dem Schlußwort des Referenten eigentlich kein Abgeordneter mehr spricht, obwohl die Geschäftsordnung ihm die Möglichkeit dazu einräumt, möchte ich von dieser Möglichkeit kurz Gebrauch machen. Herr Landeshauptmannstellvertreter, ich hätte mir nach 16 Jahren Tätigkeit in diesem Referat an Ihrer Stelle und in Ihrem Interesse eine großartigere Schlußansprache erwartet. (Beifall bei der ÖVP. — SPÖ: „Das müssen Sie feststellen!“) Einen Rechenschaftsbericht, über das, was Sie getan haben, denn es wurde auch etwas getan. Ich habe mir nicht erwartet und es zeigt nicht für die Stärke Ihrer Position, wenn Sie glauben, ein komplexes Problem, wie es das Gesundheitswesen ist — das natürlich dem Amateur, mag er noch so engagiert sein, besondere Schwierigkeiten bereitet, zu erfassen, weil auch der Profi Schwierigkeiten dabei hat —, dadurch lösen zu können, daß Sie ganz simpel, um nicht zu sagen primitiv, eine Sache personalisieren. (Abg. Dr. Strenitz: „Wer ist primitiv? Das ist eine Frechheit!“) Daß Sie keine anderen Sorgen haben, als ein Krankenhaus herauszugreifen von 16 Anstalten, nämlich ausgerechnet das Krankenhaus Fürstenfeld, jenes Krankenhaus, möchte ich Sie erinnern, das Sie auflösen wollten, weil Sie und Ihre Auftraggeber im Hintergrund behauptet haben, dafür bestünde keine Notwendigkeit. (Abg. Prensberger: „Ich muß mich wundern, daß der Herr Landeshauptmann nichts sagt!“ — Abg. Gratsch: „Jetzt wäre es angebracht!“)

Meine sehr Geehrten, hier sehen Sie das prototypische Beispiel, wie man ein Problem, auch ein Teilproblem eines Gesundheitsbereiches, eines Sachbereiches, eben nicht lösen kann, wenn man nur persönliche oder parteipolitische Aspekte in der Beurteilung einer Angelegenheit anlegt. (Abg. Gratsch: „Das sind ja Sie! Sie hören sich selbst reden!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Sie können es auch nicht lösen!“) In Abwandlung eines lateinischen Sprichwortes, ich zitiere es sicherheitshalber deutsch: „Hättest du geschwiegen, so wärest du ein Philosoph geblieben“ (Abg. Gerhard Heidinger: „Das gilt auch für Sie!“), kann ich Ihnen sagen, lieber Herr Abgeordneter Heidinger, Sie stehen von der Philosophie sehr weit entfernt. (Beifall)

bei der OVP. — Abg. Gerhard Heidinger: „Ganz sicher von Ihrer Philosophie! Ihre Philosophie werde ich mir nie zu eigen machen! Ich bin ein Praktiker!“ Nachdem ich jahrelang Ihre Tätigkeit hier verfolgt habe, ist es mir völlig klar, daß die Schule kein Ort der Bildung ist. (Heiterkeit — Unverständliche Zwischenrufe — Glockenzeichen des Präsidenten.)

Nur folgendes: Herr Landeshauptmann, ich weiß nicht, ob Sie das wollten. Ich möchte es nicht reklamieren, aber ich möchte doch die Aufmerksamkeit auf die Tatsache lenken: Mit dem Kontrollbericht, den ich bitte nicht kenne, was auch ein merkwürdiges Stilelement unserer Tätigkeit ist, möchte ich Sie nur auf eines aufmerksam machen. Sie haben unbeabsichtigt ein großes Lob ausgesprochen, das ist Ihnen anscheinend völlig entgangen. (Abg. Gerhard Heidinger: „O nein! Das ist Ihre Unterstellung. Er wollte Fürstenfeld ja nicht beschimpfen, sondern aufzeigen, daß trotz bester Ärzte es nicht anders möglich ist! Das wollte er aufzeigen!“) Ich kann mir nicht vorstellen, daß das Ihre Absicht war. Denn ich wiederhole noch einmal: (Abg. Schrammel: „Das sagst nur du jetzt, weil du auch das Krankenhaus verteidigen möchtest!“ — Glockenzeichen des Präsidenten.)

Meine sehr Geehrten, wenn ein Krankenhaus seit 1969 steigende Verpflegstage hat, so läßt das den Schluß zu, daß die Patienten bewußt und absichtlich dieses Krankenhaus vermehrt in Anspruch nehmen. Denn anders können nicht mehr Verpflegstage sein. (Beifall bei der OVP. — Abg. Gerhard Heidinger: „Herr Primarius, da könnten wir zwei jetzt einen Dialog führen!“)

Zweitens. Wenn bei steigenden Verpflegstagen, hören Sie doch ein bißchen zu, die Verweildauer von 22,7 Tagen auf — letzte Auskunft der Verwaltung — 18 Tage herabgedrückt wurde, bedeutet das, daß trotz steigender Inanspruchnahme der Umsatz rascher ist, weil wir die Patienten rascher durchuntersuchen. Ist das ein negativer Vorwurf? Im allgemeinen wird das als positiv betrachtet. Aber, Herr Referent, ich muß Ihnen sagen, wir können die Inanspruchnahme der Patienten leider nur befriedigen, indem wir die Betten am Gang aufstellen müssen und am Gang gelitten und gestorben wird. Ich frage Sie, was haben Sie gemacht, diesen Zustand abzustellen? Nichts bisher. (Abg. Gerhard Heidinger: „Was haben Sie denn zur Verhinderung des Sterbens beigetragen?“ — Abg. Prandh: „Das ist wohl der Gipfel an Geschmacklosigkeit!“) Herr Heidinger, im Gegensatz zu Ihnen haben wir unser bestes Wissen eingesetzt, um das Sterben zu verhindern. (Abg. Bleschitz: „Wie viele gesunde 2.-Klasse-Patienten waren drinnen?“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe.)

Als nächstes: Der Herr Abgeordnete Loidl hat gestern die Medikamentenkosten angezogen, ohne Ziffern zu nennen. Ich kann Ihnen die letzten Ziffern sagen: Medikamente 2,960.000 Schilling bei einem Gesamtbudget von 56 Millionen. (Abg. Loidl: „Ich habe gesagt, es gibt riesige Differenzen! Nicht ich, das Kontrollamt sagt das!“) Wie überhaupt, meine Herren. Das bedeutet 34,54 Schilling pro Kopf und Tag Medikamentenaufwand. Und überhaupt sind Sie mit den Zahlen, meine sehr Ge-

ehrten, nicht ganz bei der Sache. (Abg. Dr. Schilcher: „Hat das Kontrollamt nur zwei kontrolliert?“ — Abg. Loidl: „Nein, aber zwei hat es herausgegriffen!“ — Glockenzeichen des Präsidenten. — Präsident: „Meine Damen und Herren, ich beneide Sie sehr um die Akustik in diesem Saal. Hier heroben ist kein Wort zu verstehen. Ich glaube, es ist verschwundene Mühe, Zwischenrufe in derart massierter Form vorzubringen. Vollkommen sinnlos!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe.)

Ich möchte nur eines sagen: Auf Grund dieser Diskussion habe ich mir gewisse Ziffern im Budget angesehen und ich muß als Abgeordneter bedauern, daß mir einige Ziffern sehr ungereimt vorkommen, was darauf schließen läßt, daß die, die das Budget für dieses Referat erstellt haben, mit einer gewissen Willkür, um nicht zu sagen, einer großen Ungenauigkeit diese Ziffern erstellt haben. Ich werde Ihnen zwei Beweise geben:

In den Erläuterungen des Budgets sind die Verpflegstage nach erster und zweiter Gebührenklasse aufgeschlüsselt. Ich habe nachgeschaut, in meinem Krankenhaus gibt es keinen Verpflegstag der ersten Klasse. Leider gibt es solche, ich habe es mir durch die Verwaltung geben lassen. Es wurden auch 55 Verpflegstage der ersten Klasse abgerechnet. Ich frage, warum der Abgeordnete Erläuterungen bekommt, mit Ziffern, die nicht stimmen. (Abg. Gerhard Heidinger: „Das frage ich Sie auch!“) Zweitens: Im Krankenhaus Mürtzzuschlag, in den Untervoranschlägen, wohlgemerkt in den Untervoranschlägen, rangiert das Krankenhaus Mürtzzuschlag mit dem höchsten Anteil an Verpflegstagen in der zweiten Klasse. Das stimmt aber anscheinend nicht, weil etwa der Gebührenanteil der Primärärzte, der ja parallel mitgehen müßte, hier in Mürtzzuschlag an der dritten Stelle ist. Während umgekehrt Fürstenfeld in den Budgetziffern der Einnahmen der Sondergebühren an der Spitze der zweigliedrigen Anstalten und wieder umgekehrt an der dritten Stelle bei den Verpflegstagen steht. Diese Quadratur und Ungereimtheit der Ziffern ist mir nicht sehr verständlich. Das alles, diese Diskussion, diese Hausnummern, die da ninnen stehen, diese Behauptungen, lassen einen echten Schluß zu, meine sehr Geehrten, es wäre höchste Zeit, und das ist das historische Versäumnis des Herrn Referenten, diese ganze Frage des Krankenhauses aus der Politik herauszunehmen, einen eigenen Wirtschaftskörper zu bilden. (Beifall bei der OVP. — Abg. Gerhard Heidinger: „Das ist nur polemisieren!“), dieses Nebeneinander, um nicht zu sagen Gegeneinander, der einzelnen Abteilungen zu beenden und eine Organisation zu schaffen, die optimal leistungsfähig ist im Sinne der Patienten, und das wünsche ich, daß das dem neuen Referenten gelingt. (Lebhafter Beifall bei der OVP.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landeshauptmannstellvertreter Sebastian. Ich erteile es ihm.

**Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian:** Herr Abgeordneter Dr. Piaty, die Ziffern, die ich vorgetragen habe, stammen aus dem Kontrollbe-

nicht. Wenn Sie sagen, Sie kennen ihn nicht, tut es mir leid, ich kann nicht beurteilen, ob Sie im Kontroll-Ausschuß sitzen, Sie können bei mir die Geschäftszahl gerne haben: (Zahlreiche unverständliche Zwischenrufe bei der ÖVP.) Das, was ich über das Krankenhaus Fünstenfeld gesagt habe, sind die Ziffern, die hier enthalten sind. (Abg. Nigl: „Jetzt weiß ich, wieso das nicht öffentlichkeitswirksam ist! Weil Sie sich hinten und vorne nicht auskennen!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe. — Glockenzeichen des Präsidenten.) Das beweist mir also das schlechte Gewissen. Ich habe das einleitend gesagt, um zu beweisen, daß das, was behauptet wird, nicht geht, weil Sie und Ihre Leute, dem Gewissen und Ihrer ärztlichen Aufgabe folgend, so vorgehen müssen. Es ist also eine Unterstellung, was Sie daraus jetzt geschlossen haben. Wenn Sie sagen, am Gang stehen Betten, da kann ich nur sagen, daß Sie gestern gesagt haben, wir haben zu viele Betten und in Amerika kommt man mit 4 auf 1000 Einwohner aus, dann müssen Sie eben das beweisen. Nicht ich veranlasse, daß die Leute am Korridor liegen. Und das Personalisieren stammt nicht von mir, sondern Sie haben immer Kennziffern verlangt und applaudiert (Abg. Pözl: „Mit Recht!“ — Abg. Ileschitz: „Jetzt paßt es auch nicht!“), jawohl und diese Kennziffern sind im Kontrollbericht drinnen. So ist die Situation und über die werden Sie nicht hinwegkommen, meine Damen und Herren! (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Maitz: „Das ist die neue sozialistische Grenzlandpolitik!“)

**Präsident:** Zur Gruppe 5 liegt keine weitere Wortmeldung vor. Herr Abgeordneter Laurich hat das Schlußwort.

**Abg. Laurich:** Ich verzichte auf das Schlußwort und beantrage die Abstimmung. (Unverständliche Zwischenrufe.)

**Präsident:** Meine Damen und Herren, wenn Ihnen das Kapitel 5 etwas bedeutet, dann bitte ich Sie, jetzt meinen folgenden Sätzen zuzuhören. Es geht nämlich um die Abstimmung. Wenn Sie den Ansätzen und Posten der Gruppe 5 Gesundheitswesen Ihre Zustimmung geben, bitte ich um ein Händchen.

Die Gruppe 5 ist angenommen.

#### **Gruppe 6: Straßen- und Wasserbau.**

Berichterstatter ist der Abgeordnete Dr. Bernd Schilcher. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dr. Schilcher:** Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Gruppe 6 umfaßt den Straßen- und Wasserbau sowie den Verkehr mit folgenden Untergruppen: Straßenbau, Bundes- und Landesstraßen, Wasserbau, Wildbachverbauung, Lawinenschutz, Straßenverkehr und Luftverkehr. Gesamtausgaben nach dem Voranschlag 924,7 Millionen Schilling gegenüber 853,6 Millionen Schilling im vergangenen Jahr. Gesamteinnahmen 11,693.000 gegenüber 9,141.000 Schilling.

Namens des Finanz-Ausschusses stelle ich den Antrag, die Ansätze der Gruppe 6 so, wie sie Ihnen vorliegen, zu genehmigen.

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Lind. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Lind:** Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich komme aus einer Region, die unter wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Das West-Ost-Wohlstandsgefälle wirkt sich bei uns ganz besonders aus. Es sind daher noch eine Reihe von Maßnahmen zu ergreifen, um das Leben in unserer Region wieder besser und lebenswerter zu machen. Vor allen Dingen fehlt es noch an den erforderlichen Fernverbindungen, Fernverkehrsverbindungen, die sind unzureichend. Schon unser verstorbener Herr Landeshauptmann Josef Krainer hat die Dringlichkeit und Notwendigkeit des Baues einer geeigneten Autobahn, der Südaubahn, erkannt. Diesen Bau hat er eigentlich bis zu seinem Tode verfochten. Wir klopfen daher beim Bundeskanzler Dr. Kreisky, beim Bautenminister Moser wie auch beim Finanzminister Androsch an und bitten und fordern dringend, daß mit dem Weiterbau der Südaubahn, vor allen Dingen im Raume Gleisdorf—Hartberg, so rasch wie möglich begonnen wird. Es sind enorme Steuereinnahmen aus der Mineralölsteuer, es sind noch größere Steuereinnahmen als bisher auf Grund der Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer. Wir können daher verlangen, daß diese Ausgaben in erster Linie für den Straßenbau und für den Autobahnbau verwendet werden, da sie ja von den Kraftfahrern kommen.

Der Bau der Südaubahn wurde bereits bis 1985 versprochen. SPÖ hält Wort, heißt es. Die zuständigen Stellen in Wien und die Herren Minister können nun beweisen, ob sie Wort halten. Die Leitlinien der SPÖ, ich hoffe, daß damit Erfolg erzielt wird, daß daraus keine Leidlinien, vor allen Dingen Leiden auf allen Linien, werden. Deshalb unsere Forderungen und Bitten, alles daranzusetzen, daß der Autobahnbau besser dotiert wird. Das Land Steiermark hat bisher seine Versprechen gerade auf dem Sektor des Straßenbaues immer wieder erfüllt, das Landesstraßennetz nicht nur erweitert, sondern auch ausgezeichnet ausgebaut, und nun ist eben der Bund an der Reihe.

In der Steiermark müssen die Süd- und Pyhrnautobahn in ihrer Wirksamkeit hinsichtlich der Entlastung des bestehenden Straßennetzes gemeinsam gesehen werden. Sie bilden auch die infrastrukturellen Voraussetzungen für das Wirtschaftsdrück Graz—Linz—Wien. Die Südaubahn verläuft mit 134 Kilometern und die Pyhrnautobahn mit 168 Kilometern durch die Steiermark. Ein rascher Ausbau dieser Autobahn ist für die Steiermark unerlässlich. Derzeit sind auf der Südaubahn 40 Kilometer ausgebaut und 30 Kilometer im Bau. Auf der Pyhrnautobahn sind 17 Kilometer ausgebaut und 50 Kilometer im Bau.

Die Überlastung der Triesterstraße im Mur-Mürztal bewirkt einen immer stärker werdenden Verlagerungseffekt auf die Verkehrsrouten über Wechsel und Pack. Am deutlichsten drückt sich diese Ent-

wicklung in den Verkehrszählergebnissen der letzten Jahre aus. So hat auf der Wechselbundesstraße der Verkehr zwischen 1970 und 1975 um 70 Prozent zugenommen. Dieser Trend wird auch durch die Prognoseberechnung für das Jahr 1985 von Professor Köstenberger bestätigt. Ein Vergleich zeigt, daß die Verkehrszunahme sogar größer ist als auf der Gastarbeiterroute. Die Stelle Schoberpaß hat eine Zunahme von 1970 bis 1975 um 64 Prozent zu verzeichnen. Außerordentlich hoch ist auf der Wechselbundesstraße der LKW-Anteil, der zufolge der zahlreichen Steigerungsstrecken und Sichtbehinderungen an der bestehenden Bundesstraße zu ausgeprägten Kolonnenbildungen führt. Besonders die Abschnitte Hartberg—Gleisdorf der Wechselbundesstraße und Mooskirchen—Köflach der Packer Bundesstraße sind davon arg betroffen. Auch über die Pack nimmt der Verkehr ständig zu, wobei sich diese Zunahme durch den durchgehenden Ausbau der Südautobahn noch erheblich verstärken wird.

Wenn ich nur die Verkehrsverhältnisse auf der Strecke Hartberg—Gleisdorf schildern darf, so muß man sagen, und vor allen Dingen diejenigen, die diese Strecke befahren, müssen es bestätigen, daß hier zum Teil chaotische Zustände herrschen. Es sind Rückstauungen, es sind aber gefährliche Ortsdurchfahrten, auch in der Stadt Hartberg selbst war gestern wieder ein schwerer Verkehrsunfall, drei Fußgänger wurden angefahren, zu Boden geschleudert, sie liegen wieder schwerverletzt im Krankenhaus. Die unzähligen Toten mahnen. Die Verkehrsteilnehmer werden nervös, brechen aus den Kolonnen aus, sie haben es ja in der Regel eilig, es kommen Zusammenstöße, es sind Unfälle, die schrecklich sind. Die Bedeutung dieser Strecke, der Wechselbundesstraße und künftigen Autobahn, hat enorm zugenommen. Wenn man bedenkt, in Hartberg, bei den letzten Verkehrszählungen, wurden pro Stunde bis zu 1000 Fahrzeuge gezählt. Wie ist es noch möglich, daß diese Fahrzeuge überhaupt auf einer zweibahnigen Straße aufgenommen werden können? Das wichtige Verkehrsnetz Kärnten—Graz—Wien, vor allem auch der Verkehr, der vom Norden kommt und nach dem Süden rollt, die Gastarbeiterroute erstreckt sich nun zu einem Großteil über die Wechselbundesstraße. Unsere Pendler und Frauen und Männer, die täglich in die Arbeit fahren müssen, sind großen Gefahren ausgesetzt.

Um die Strukturverbesserung in diesem Raum herbeizuführen, um neue Betriebe anzusiedeln, um die Fremdenverkehrsziffern anzuheben, um die Pendler wieder zurückholen zu können in den Raum Hartberg und in den Raum der Oststeiermark, ist daher der Ausbau der Südautobahn von ganz besonderer großer Bedeutung. Als Sofortmaßnahme darf vorgeschlagen werden, daß die Strecke Hartberg—Gleisdorf so rasch als möglich mit einer dritten Fahrspur, vor allen Dingen mit Kriechspuren, versehen wird, um einigermaßen den Verkehrsverhältnissen zu entsprechen. Der Baubeginn der Südautobahn Hartberg—Gleisdorf ist vorrangig, und hier sei gesagt, daß das Land Steiermark alle Vorarbeiten geleistet hat. Das Detailprojekt ist fertiggestellt.

Nun eine Adresse an Bundeskanzler Dr. Kreisky, an den Finanzminister und an den Bautenminister:

Ich spreche mich für die Bewohner der Region um Hartberg, für die Region, die an der Wechselbundesstraße liegt, aus. Wir müssen und werden zur Selbsthilfe greifen, wenn wir nicht in den nächsten Monaten das Versprechen erhalten, daß mit dem Bau der Südautobahn von Gleisdorf nach Hartberg bald begonnen wird. Wir werden nach einer Vorwarnung, und das wurde mir bereits angedroht von den gesamten Bewohnern dieser Region, Streiks durchführen. Wir werden die Wechselbundesstraße blockieren, daß sie unbenütztbar wird. Wir rechnen mit einer dringlichen Zusage des Ausbaues dieser Teilstrecke. Wir können es uns nicht mehr länger leisten, zuzusehen, wie Menschen verunglücken, wie sie in ihrer Gesundheit gefährdet werden, wie sie zu Tode gerädert werden.

Die Autobahn ist die wichtigste Lebensader, nicht nur für die Bundeshauptstadt, sondern auch für Niederösterreich, Burgenland, Steiermark und Kärnten. Sie ist keine Einbahnstraße. Sie führt nach Wien sowie auch von Wien zurück in die Bundesländer. Aber auch für die Sicherung der Arbeitsplätze selbst hat sie besondere Bedeutung. Für den Bau dieser Südautobahn werden wieder viele Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Es müßten unsere Pendler nicht nach Wien fahren um an der UNO-City oder an anderen Bauwerken tätig zu werden. Wir möchten sie gerne wieder zurückführen nach Hartberg und in die Regionen, in denen sie beheimatet sind.

Zusammenfassend kann daher gesagt werden: Für eine verkehrswirksame Ausgestaltung der Südautobahn in der Steiermark sind der im Bau befindliche Abschnitt Mooskirchen—Pack, vorerst der Halbausbaue, fertigzustellen und die Abschnitte Landesgrenze Niederösterreich—Hartberg, Hartberg—Gleisdorf mit 65,8 Kilometern noch auszubauen. Dafür werden sicherlich Baukosten in der Höhe von 5,3 Milliarden Schilling benötigt werden, wenn man als Preisbasis das Jahr 1976 nimmt und vom Bau der Betondecke absieht. Als Basis für den Ausbauezeitraum der Südautobahn in der Steiermark muß die Kreditzuteilung des Bundes angesehen werden, die im Jahre 1976 nur 275 Millionen Schilling enthält. Viel zu wenig. Die beiden Grundwerte Baukostenerfordernis von 5,3 Milliarden Schilling und jährliche Bundesmittelzuteilung von 275 Milliarden Schilling zeigen, daß selbst bei konstanten Baupreisen als unrealistische Annahme eine Fertigstellung erst in 20 Jahren, das heißt im Jahre 1996, möglich wäre. Aber hören Sie nun, es käme noch schlimmer: Schon eine Baupreissteigerung von 5 Prozent erfordert eine Bauzeit von 52 Jahren und würde die Fertigstellung in das Jahr 2026 hinausschieben. Also nochmals die Bitte an den Bund, alles daranzusetzen, daß die Südautobahn in 10 Jahren fertiggestellt wird. Die reale Baupreissteigerung von 7 Prozent macht eine Ausfinanzierung unmöglich, weil die Geldwertverdünnung höher ist als der tatsächliche jährliche Mittelzufluß des Bundes.

Diese Finanzierungsperspektiven zeigen, daß sich die Zuteilungsschere des Bundes zwischen nominell und real immer mehr öffnet und der einzige Ausweg, den Ausbau zu beschleunigen, darin zu sehen ist, daß der Bund die jährliche Zuteilung der Bau-

kostensteigerung anpaßt und bereit ist, auf andere Lösungsmöglichkeiten in der Finanzierung einzugehen. Vom Land Steiermark wurden geeignete Maßnahmen vorgeschlagen.

Die Steiermark hat daher Überlegungen über die Finanzierungsfrage angestellt und Modelle erarbeitet, die eine Fertigstellung der Südautobahn bis 1986, also in zehn Jahren, vorsehen. Mit der mathematischen Berechnung dieser Modelle und mit der Untersuchung, welche unmittelbaren Einsparungen sich für die Straßenbenützer durch den Ausbau der Südautobahn über den Wechsel und die Pack ergeben, wurden Fachleute von der Technischen Universität in Graz beauftragt, und es wurden eine Reihe von Varianten ausgearbeitet, die den Bau mit reinen Bundesmitteln ohne Zeitvorgabe, aber vor allen Dingen auch den Bau mit Vorfinanzierung bei 10 Jahren Bauzeit gegenüberstellen. Mit den Randbedingungen, Baukostenerhöhung 7 Prozent, Zinsbelastung 8 Prozent, Steigerung der Bundesmittel 2 Prozent real, würde die Baudauer 18 Jahre betragen und Gesamtkosten von 9,7 Milliarden Schilling erfordern. Baut man mit einer Vorfinanzierung innerhalb von 10 Jahren, so betragen die Gesamtbaukosten 10,2 Milliarden Schilling, das heißt also, eine um 7 Jahre früher erreichte Verkehrswirksamkeit ist nur 500 Millionen Schilling teurer. Das ist ein entscheidender Faktor für die Volkswirtschaft, weil eben nachgewiesen wird, daß für die Straßenbenützer die Einsparungen bei ausgebautem Pack und Wechselübergang jährlich 630 Millionen Schilling betragen würden. Dieser Betrag, multipliziert mit sieben, denn sieben Jahre früher kann die Autobahn mit einer Vorfinanzierung fertiggestellt werden, ergibt einen volkswirtschaftlichen Nutzbeitrag von 4,4 Milliarden Schilling. Dem stehen Finanzierungsmehrkosten nur von 500 Millionen Schilling gegenüber. Das heißt, die Rentabilitätsschwelle ist bereits nach einem Jahr überschritten.

Für die Steiermark leiten sich daraus unter anderem folgende Finanzierungsmöglichkeiten ab, die einen Ausbau der Südautobahn in den nächsten zehn Jahren sicherstellen können: Und zwar der Ausbau der gesamten Südautobahn in der Steiermark in zehn Jahren, Finanzierung durch Bundesmittel mit zeitweiliger Vorfinanzierung, Finanzierungsdauer sicher 18 Jahre, aber Ausbau in zehn Jahren. Die Steiermark wäre auch bereit, einen Teil einer Zinsenlast zu übernehmen.

Das rege Interesse des Nachbarlandes Kärnten an einer Sofortfinanzierung des Packüberganges läßt die Finanzierungsüberlegung sehr realistisch erscheinen. Die Vorschläge der Steiermark über eine Finanzierung der Südautobahn zeigen, daß es sehr wohl möglich ist, die Südautobahn in zehn Jahren auszubauen, wenn der Bund die nötige Bereitschaft dazu zeigt und die Zuteilungsschere zwischen nominal und real nicht weiter öffnet.

Es sei aber auch von dieser Stelle aus gesagt, daß diese Finanzierungsmöglichkeiten, die aufgezeigt wurden, ohne die Einhebung einer Straßennaut gedacht sind. Wir wehren uns sicherlich für die Südautobahn gegen die Einhebung einer Straßennaut. Denn solche Maßnahmen könnten nur für alle Autobahnen, aber nicht für eine einzelne Autobahn ergriffen werden. Ich darf nochmals um Ver-

ständnis bitten und alle zuständigen Stellen auch auffordern, alles daranzusetzen, daß die Südautobahn im Raume Gleisdorf-Hartberg so rasch wie möglich ausgebaut, aber auch die gesamte Südautobahn in zehn Jahren fertiggestellt wird.

Ich glaube und hoffe, daß uns unsere Selbstverteidigungsmaßnahmen und unsere Maßnahmen für unseren Selbsterhaltungstrieb erspart bleiben und das Verständnis für den Ausbau der Südautobahn gefunden wird. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Loidl. Ich erteile es ihm.

**Abg. Loidl:** Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Nach dieser lebhaften Debatte vorhin ist es ein wenig schwer, Aufmerksamkeit für ein beinahe ebenso wichtiges Problem, wie es das Gesundheitswesen ist, zu bekommen, nämlich für unseren Straßenbau. Im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes wurde ja immer wieder von allen Seiten darauf hingewiesen, wie dringlich der Ausbau unseres Straßennetzes ist, und oft und oft haben wir Sozialisten hier in diesem Hause auf jahrzehntelange Fehleinschätzungen und damit natürlich auch verbundene Versäumnisse hingewiesen. Im Mittelpunkt unserer Kritik stand auch viele Jahre die unzureichende und für dringlichste Vorhaben oft sogar völlig fehlende Planung. In den unmittelbar zurückliegenden Jahren konnte diese Kritik an der Planung schon differenzierter vorgebracht werden, und heute, meine Damen und Herren, kann ich feststellen, daß durch eine imposante Leistung unserer Straßenplaner kein wichtiges Straßenbauvorhaben in unserem Lande infolge fehlender Planung in seiner Ausführung behindert ist oder behindert wäre. Wer die Schwierigkeiten kennt, mit denen Straßenplaner zu kämpfen haben, der kann seinen Respekt und die Anerkennung für eine solche Leistung nicht versagen. Ich glaube, daß diese freimütige Feststellung dieses erfreulichen Zustandes vielleicht nachträglich auch als Beweis dafür angesehen werden kann, daß die seinerzeitige Kritik ebenso berechtigt war und diesen Aufholprozeß, wenn nicht schon allein ausgelöst, so doch beschleunigt hat.

Meine Damen und Herren, im vergangenen Jahr habe ich bei der Behandlung dieses Kapitels gesagt, daß wir im Jahre 1976, was den Autobahn- und Schnellstraßenbau in unserem Lande betrifft, gewissermaßen in einer Aufholjagd sein werden. Wer nur einigermaßen imstande ist, Vergleiche anzustellen, muß einfach zugeben, daß noch niemals auch nur annähernd so viel und so großzügig an den großen steirischen Straßen gebaut wurde wie in dieser Zeit, und dies sogar unbeeinflusst von der hinter uns liegenden Rezession. Ja, im Gegenteil, die Rezession hat beim Straßen- und Brückenbau zu einem, ich glaube, man kann sagen, sogar besorgniserregenden Preisverfall geführt, dessen Nutznießer allerdings die Bauherren sind. Ich persönlich hätte es, sagen wir vor ungefähr zehn Jahren, nicht für möglich gehalten, daß wir einmal an fünf

oder sogar sechs großen Straßentunnels gleichzeitig in unserem Lande arbeiten.

Die Verhandlungen mit dem Bund sind zwar noch nicht abgeschlossen, man kann doch schon voraussagen, daß es von unserem Wunschprogramm sicherlich wieder Abstriche geben wird, aber bei 1,3 Milliarden Schilling wird der Betrag des Bundes gewiß liegen. Bei den derzeit stabilen Baupreisen kann somit das derzeitige Bauvolumen und das Bautempo im Jahre 1977 beibehalten werden.

Immer wieder wird die Frage der Dringlichkeit Pyhrnautobahn oder Südautobahn aufgeworfen. Meine Damen und Herren, dringlich sind sicherlich beide. Aber in den letzten Jahren hat sich ohne Zweifel infolge des ungeheuren Anschwellens des Transitverkehrs auf der sogenannten Gastarbeiterroute gezeigt, daß doch die Pyhrnautobahn am allerdringendsten wäre. Aber andererseits darf man auch nicht vergessen und übersehen, daß bei der Südautobahn, insbesondere von Mooskirchen auf die Pack, zahlreiche Brücken, teure Tunnel fertiggestellt sind, weitere sich in Arbeit befinden, und es wurde eben schon so viel Geld dort investiert, daß man auf den Packaufstieg als Halbautobahn vorerst nicht verzichten kann und sehen muß, daß dieser so bald als möglich verkehrswirksam wird.

Meine Damen und Herren, viele könnten sich vorstellen, falls man keine zusätzlichen Finanzierungsmöglichkeiten findet, daß der sehr teure Wechselübergang zunächst zurückgestellt wird und man zugunsten der Pyhrnautobahn das Geld verwendet. Der Bürgermeister Lind hat aber recht, das Teilstück Hartberg—Gleisdorf ist bestimmt ebenso dringend wie die gesamte Pyhrnautobahn.

Im Zusammenhang mit der Finanzierung muß man aber, glaube ich, noch etwas beachten. Meine Damen und Herren, wenn alles gut geht, könnte im kommenden Jahr mit dem Sondierstollen des Plabutschunnels begonnen werden. Dieser überaus teure Tunnel wird bis zu seiner Fertigstellung in vier oder vielleicht fünf Jahren etwa zwei Milliarden Schilling kosten. Da er mit Bundesmitteln finanziert werden soll, wird während dieses gesamten Zeitraums die Finanzierbarkeit anderer, ebenso dringender Vorhaben an der Pyhrnautobahn stark eingeschränkt sein.

Gerade wir Steirer, meine Damen und Herren, hätten daher allen Grund, die Bestrebungen des Verkehrsministers auf eine Erhöhung der Verkehrssteuer für Schwerfahrzeuge ab fünfeinhalb Tonnen tatkräftig zu unterstützen, dies um so mehr, als der Verkehrsminister ausdrücklich erklärt hat, daß die Mehreinnahmen, berechnet mit rund einer Milliarde Schilling, für den Ausbau der Nord-Süd-Verbindungen verwendet werden sollen, und das ist eben in erster Linie die Pyhrn- und Südautobahn. Dies wäre, meine Damen und Herren, auch die zielführendste Möglichkeit — und das war ja bisher immer die Schwierigkeit —, ohne mit internationalen Vereinbarungen in Konflikt zu kommen, den schweren Transitverkehr endlich zu einem Beitrag für unsere Straßen heranzuziehen. Die schweren Fahrzeuge — ich glaube, das ist ja schon in der Generaldebatte gesagt worden —, ob österreichische oder ausländische, verstopfen und beschädigen nicht nur die Straßen, sondern sie verteuern ja auch den Neubau,

weil man auf diese schwere Belastung bei der Konstruktion und Ausführung Rücksicht nehmen muß. Es ist darüber hinaus doch nicht einzusehen, daß der Personenkraftwagen auf die Dauer zur Subventionierung der Straßenkosten für den Schwerverkehr herangezogen wird.

Meine Damen und Herren, es gibt da noch eine teils erfreuliche, im Hinblick auf die Straßenbaufinanzierung aber eine bedenkliche Erscheinung. Trotz der Rekordzulassungen an neuen Kraftfahrzeugen ist der Benzinverbrauch und damit der Eingang an Mineralölsteuer nicht ansteigend, sondern eher sogar leicht rückläufig. (Abg. Ing. Stoisser: „Weil es sich niemand leisten kann!“) Ich diskutiere hier jetzt nicht über die Gründe, sondern über die Auswirkungen auf den Straßenbau, die eben vorhanden sind und die eine Realität sind.

Da wir nun, meine Damen und Herren, wie schon gesagt, genügend baureife Planungen haben, auch eine Bauwirtschaft, die, ohne daß das gleich wieder in die Preise ginge, doch noch einiges aufnehmen könnte, bleibt nur, unter Anführungszeichen, die Frage der zusätzlichen Finanzierung. Die Frage, was können wir uns noch alles in so kurzer Zeit leisten und wenn ja, in welcher Form.

Der Herr Abgeordnete Lind hat auf die Finanzierungsmodelle, die von der Baudirektion ausgearbeitet wurden, hingewiesen. Es gibt hier eine ganze Reihe von theoretischen Möglichkeiten; es muß die Frage geklärt werden, welche anwendbar ist. Es ist zu hoffen, daß es nun, ich sage endlich, zu dem angekündigten Autobahngipfel kommt. Aber nachdem offenbar hier (Abg. Nigl: „Über unangenehme Dinge redet man nicht!“) mehrere Interessen im Spiele sind, mehrere Bundesländer, mehrere Ministerien, scheint es halt so zu sein wie bei den internationalen Verhandlungen, daß zuerst die Beamten halt einiges abklären müssen, ehe sich die Oberhäupter treffen, um zu einer Lösung zu kommen. Es ist zu hoffen, daß dieser Autobahngipfel zustande kommt und auch zu einem Ergebnis führt.

Meine Damen und Herren! Ich für meine Person als Vertreter der Bauarbeiter kann Ihnen nur sagen, daß ich eigentlich zufrieden sein müßte, was sich derzeit am steirischen Straßenbau tut. Ich wünschte, es wäre immer so gewesen und es würde immer so bleiben. Ich habe das Gefühl, daß die meisten Menschen gar nicht wissen und erkennen, was diese Generation eigentlich in diesem Lande leistet. Wenn ich nur an die Gleinalm, an die großen, sich im Bau befindlichen Umfahrungen hinweise oder sage, daß wir in Kürze sogar eines der schwierigsten und teuersten Straßenbauvorhaben, nämlich den Bosrucktunnel, angehen werden und vieles, vieles andere mehr. Ich glaube, meine Damen und Herren, wesentlich mehr wäre nur möglich, wenn es gelänge, die übrigens im gemeinsamen Resolutionsantrag verlangte internationale Beteiligung an der Finanzierung der Pyhrnautobahn tatsächlich zu erreichen. Zusammen mit den Vorhaben des Bundesstraßen-, des Schnellstraßen- und des Autobahnbaues und der vorgesehenen Bauvorhaben in der Verbesserung des Landesstraßennetzes liegt wieder ein arbeitsreiches Jahr vor uns, das uns in der Verwirklichung unserer Ziele ein gutes Stück weiter-

bringen wird. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall.)

**Dritter Präsident Feldgrill:** Zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Dr. Heidinger, ich erteile es ihm.

**Abg. Dr. Heidinger:** Herr Präsident, Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich freue mich, daß es offensichtlich zwischen Kollegen Loidl und mir, aber auch zwischen den Fraktionen im Hohen Haus bezüglich des hochrangigen Straßennetzes in der Steiermark weitgehende Einigung und Einheitlichkeit gibt. Ich freue mich auch sehr darüber, daß der Kollege Loidl anerkannt hat, daß heute von der Planung her es überhaupt kein Problem wäre, die doppelte oder dreifache Finanzierungsmasse zu verbauen, mir ist aber völlig klar, daß das auch eine Kapazitätsfrage ist, und alle diese Komponenten müssen beachtet werden. Wenn der Kollege Loidl aber, ich würde sagen als Pflichtübung, auf den Planungsrückstand von seinerzeit hingewiesen hat, dann möchte ich ihm zwei Dinge zu bedenken geben: Auf der einen Seite, daß andere Bundesländer — wir sind es ihnen nicht neidig, aber es ist eine Feststellung — die als Torso aus einem anderen Regime zurückgelassene Westautobahn übernehmen konnten und mit dem Staatsvertrag dieses als deutsches Eigentum beanspruchte Territorium übernehmen und ausbauen konnten. Und ein zweites, glaube ich, muß man objektiverweise auch sagen: In dem Bereich, in dem das Land allein entscheiden konnte, im Landesstraßenbau, gelten die Fragen für den Rückstand nicht.

Wenn man sich zurückerinnert, daß vor 15 oder 20 Jahren auch bei uns die Verkehrssituation mit dem Südosten, als die Grenze damals weitgehend eine hermetische gewesen ist, fast so war, wie sie heute noch im Norden unseres Landes gegenüber der Tschechoslowakei besteht, da war nicht vorhersehbar, daß uns diese Verkehrslawine in so rascher Zeit erreicht und etwa die Pyhrnautobahn so herankommt. Sobald das erkannt wurde, Herr Kollege Loidl, war es die OVP-Fraktion in diesem Haus, die im Jahre 1967 mit einem Resolutionsantrag den Startschuß für die Pyhrnautobahn-AG, das heißt für die Sonderfinanzierung, gegeben hat. Daß es dann bis 1971 gedauert hat, bis diese Gesellschaft überhaupt zustande kam, zeigt nur, wie schwierig eben diese Dinge sind. Sie haben ja auch den Herrn Finanzminister, der uns jetzt eineinhalb Jahre den Autobahn-Finanzierungsgipfel verspricht und bisher nicht durchgeführt hat, in Schutz genommen, daß es eben so lange dauert. Aber dann bitte müssen Sie das auch für die Situation vor 1972 gelten lassen.

Ich stimme völlig überein mit Ihnen, Herr Kollege, die Finanzierungslast nur unserer Generation aufzuheben, ist nicht zumutbar. Die technische Lösung kann nur eine Generation durchführen, wenn wir bald in den Genuß der Straßen kommen wollen, aber die Finanzierungsfrage ist eine ganz entscheidende, und ich möchte mich in meinen weiteren Ausführungen damit ein bißchen beschäftigen.

Nur eines gleich vorweg: In dem Punkt werden wir nicht einer Meinung sein. Sie sehen das Heil

in der Schwerverkehrssteuer, und ich muß Sie jetzt auf eines aufmerksam machen, Herr Kollege Loidl. Jetzt wird die wiederum „verkauft“ mit Finanzierung einer stärkeren Bauleistung im Straßenverkehr. Darf ich Sie daran erinnern, daß zwei Mineralölsteuererhöhungen, die Kraftfahrzeugsteuererhöhung, schon damit „verkauft“ worden sind, publikumswirksam verkauft werden sollten, und daß die Tatsache ist, daß wir realistischer — und das hat der Kollege Lind sehr eindrucksvoll am Beispiel der Südbahn dargestellt — weniger bekommen als früher, weil man von dieser Mineralölsteuererhöhung etwa gleich die Treibstoffrückvergütung in der Landwirtschaft, die früher aus allgemeinen Budgetmitteln finanziert wurde, weggenommen hat, weil man den Nahverkehr oder sprich, wenn Sie wollen, die Subventionierung der Bundesbahn im Nahverkehr aus der Mineralölsteuer finanziert. Wir glauben daher, und ich sage das ganz offen, daß es hier wiederum gar nicht um die Finanzierung des Straßenbaues geht, sondern daß es darum geht, Verkehrsgüter der Schiene wieder zuzuschieben. Es wird aber nicht gelingen, weil das einfach technische Fragen sind.

Nun darf ich Ihnen noch einmal ganz kurz die steirische Autobahnsituation vor Augen führen, weil zwar Sie, Herr Kollege Loidl, sowohl Pyhrn als auch Südbahn gesagt haben, aber sowohl der Generalredner Ihrer Fraktion als auch der Herr Landesfinanzreferent Pyhrn, Pyhrn und noch einmal Pyhrn! Es ist doch so, daß wir, wenn wir uns die Verkehrssituation in Europa ansehen, sehr deutlich merken, daß Graz zu einem internationalen Schnittpunkt wird, und ich glaube, die raumordnerische Funktion der Südbahn ist auch in Fachkreisen vielleicht noch zuwenig erkannt worden. Wir haben hier die Pyhrnroute, die von Norden und Nordwesten nach Südosten führt, und wir haben die Südbahn, die E 7, die von Warschau und vom Ostseeraum bis hinunter in den Raum Triest und im Anschluß an das italienische Autobahnnetz führt. (Zeigt eine Graphik.) Wenn wir es innerösterreichisch betrachten, so haben wir das Autobahnnetz Wien—Linz—Graz, wobei die roten Striche die noch nicht ausgebauten Stücke sind, weil da Ihr Bauminister diese auszubauen haben wird. (Abg. Ing. Turek: „Jetzt gibt es schon rote und schwarze Autobahnen!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe.)

Ich darf also kurz zur raumordnerischen Funktion der Südbahn in Unterstützung und Ergänzung dessen, was Kollege Lind gesagt hat, festhalten, daß es nicht nur eine innerösterreichische Verkehrslinie ist, die sehr wichtig ist, die auch etwa den Krisenraum Weststeiermark aufstößt nach Südwesten. Also auch von dort her die Dringlichkeit des Ausbaues des Packeraufstieges, das war ja auch die Ratio, wie man seinerzeit damit begonnen hat. Ich glaube, daß wir hier durchaus die These sowohl — als auch vertreten müssen als Steiner.

Wir nehmen zur Kenntnis, und wir sind darüber auch sehr glücklich, daß die Innkreisautobahn, die das deutsche Autobahnnetz, das 1981 bis Schärding ausgebaut sein wird, nach Wels und Sadlett fortgesetzt, daß also im heurigen Budget für diese Autobahn erstmals Ansätze vorhanden sind. Aber ganz

wichtig ist es, und auf das möchte ich aufmerksam machen, daß in der Priorität des jugoslawischen Netzes leider die Strecke Marburg—Zagreb, auch da dürften Kommunikationsschwierigkeiten zwischen zwei Bundesländern, nämlich Slowenien und Kroatien, bestehen, nicht aufscheint. Wir werden also alles daransetzen müssen, diese Dinge zu forcieren, Kontakte mit den Kroaten zu finden, um diese Strecke auszubauen, denn jeder, der sie fährt, weiß, daß sie eine überlastete Strecke ist.

Es könnte auch jemand auf den Gedanken kommen und sagen, na ja, die Tauernautobahn ist ja schon soweit ausgebaut, ich habe das in Diskussion mit internationalen Fachleuten erlebt, warum eigentlich in nicht allzu weiter Entfernung noch einmal eine Parallelautobahn? Ich glaube, die Dinge sind einleuchtend. Die Pyhrnautobahn, die die Südalpen nicht mehr durchqueren muß, hat lediglich als höchsten Punkt den Schoberpaß mit 855 m, während die Tauernautobahn bis auf über 1300 m hinauf und wieder herunter und wieder hinauf geht. Wenn man die Querprofile dieser Autobahn ansieht, dann sieht man, daß die Tauernautobahn eine ausgesprochene PKW-Fremdenverkehrsroute ist, während die Pyhrnroute die Transitstrecke, die Schwerverkehrsroute ist.

Und es sind die Zahlen, die das eindeutig beweisen. 1975 haben rund 2,6 Millionen Kraftfahrzeuge in beiden Richtungen das Grezzollamt Spielfeld passiert, davon waren 190.000 LKW, die Transitgüter von weit mehr als drei Millionen Tonnen durch Österreich transportierten. Eine prozentuelle Aufgliederung der Verkehrsrelationen zeigt folgendes. 60 Prozent der einreisenden Fahrzeuge waren Sattelaufleger mit mehr als 18 Tonnen Ladung, 40 Prozent davon stammen aus Kleinasien, 20 aus Griechenland und je 20 aus Bulgarien und Jugoslawien. Im Zielverkehr nimmt die Bundesrepublik Deutschland mit 50 Prozent, Großbritannien mit 12 Prozent und Österreich schließlich mit 10 Prozent den Hauptanteil ein. Im Zielverkehr der ausreisenden Fahrzeuge war wieder der Nahe Osten, diesmal mit mehr als 50 Prozent, dominierend. Am Loiblpaß, der Fortsetzung der Tauernautobahn in den slowenischen Raum, passierten nur 758.000 PKW in beiden Richtungen die Grenze, der LKW-Anteil war lediglich 23.000 Fahrzeuge, also bedeutungslos. Der Wurzenpaß schließlich, ebenfalls eine Öffnung und Fortsetzung der Tauernautobahn nach Slowenien, wurde zwar von 1,2 Millionen PKW frequentiert, also die beiden Grenzübergänge haben etwa die gleiche PKW-Übertrittszahl zusammen wie Spielfeld, der LKW-Anteil am Wurzenpaß war lediglich 880 Fahrzeuge im ganzen Jahr. Wer die Straßen kennt, wird das verstehen. Aber damit ist eindeutig bewiesen, daß die Tauernautobahn als Transitroute für den Schwerverkehr nicht angenommen wird.

Die Verkehrsplaner nehmen an, und das ist eher optimistisch, daß sich die Verkehrszahlen in zehn Jahren verdoppeln werden. Wir können mit Befriedigung feststellen, daß der Pyhrnausbau nicht mehr nur ein Anliegen der Steiermark ist, sondern daß der Bund das voll erkannt hat und durch die letzte Novellierung der Pyhrnautobahngesetzgebung

und durch die Verlängerung der Gesellschaftsstrecke einen rascheren Ausbau sichergestellt hat.

Von besonderer Bedeutung, Hohes Haus, ist, daß das europäische Parlament sich mit der Frage des Verkehrs der europäischen Gemeinschaft durch Österreich und die Schweiz in einem eigenen, umfangreichen Bericht beschäftigt hat, der als Dokument 500 per 2. Februar 1976 verabschiedet wurde, das ist der sogenannte Girauzbericht, und ich darf Ihnen daraus wörtlich den Punkt 42 zitieren: „Von großer Bedeutung für die Gemeinschaft wäre es auch, wenn Österreich die auf seinem Gebiet liegenden Teilstücke der geplanten Autobahn auf der Linie Regensburg—Linz—Graz und Salzburg—Villach—Udine sowie Ulm—Reutte—Innsbruck gleichzeitig mit den deutschen und italienischen Teilstücken fertigstellen könnte.“ Ich habe schon gesagt, daß 1981 die Deutsche Bundesrepublik mit der Fortsetzung der Pyhrnautobahn, wenn Sie so wollen, nach Norden und Nordwesten an der österreichischen Grenze stehen wird. Aber für die Slowenen, die südlich anschließen, hat natürlich die „Slovenica“ von Marburg über Cilli—Laibach nach Koper und andererseits die Transversale vom italienischen Autobahnnetz über Monfalcone—Ljubljana—Zagreb nach Belgrad Vorrang.

Nun zur Finanzierung der Pyhrnautobahn, die in der Steiermark rund 16 Milliarden kosten wird, darf ich kurz sagen, daß wir etwa 5 Milliarden davon durch die Pyhrnautobahn-AG verbauen werden, die 1981 ihre Strecken, voraussichtlich auch den Bosrucktunnel, ausgebaut haben wird. Es ist zu hoffen, daß die Zuteilungen des Bundes, die heuer für die Pyhrnautobahn laut Bundesvoranschlag 560 Millionen Schilling betragen werden, ausreichen, um den Plabutschunnel zu bauen, der schon erwähnt wurde und zu dem Herr Kollege Loidl gemeint hat, daß er natürlich gewaltige Mittel verschlingt. Wenn wir diese Zuteilung für die Pyhrnautobahn aus dem Bundesbudget erreichen, dann ist es realistisch, anzunehmen, daß 1981/82 die Nicht-Gesellschaftsstrecke zumindest bis Gralla, wenn nicht bis Vogau, fertiggestellt sein wird. Damit wären aus steirischer Sicht die wichtigsten Abschnitte mit Ausnahme der Umfahrung Trieben finanziert, weil von Trieben bis Traboch die Schoberpaßbundesstraße doch als ausreichend angesehen werden kann.

Was aber wichtig erscheint ist — und da müssen wir für die Initiative des Herrn Landeshauptmannes, der diese Frage bei seinem Besuch bei der Europäischen Gemeinschaft angeschnitten hat, sehr dankbar sein — eine internationale Finanzierung. Geld ausleihen im Ausland, wenn die österreichische Nationalbank die Bewilligung gibt, ist kein Problem. Heute wird uns das Geld sozusagen angetragen. Aber wie effektiv ein Beitrag ist, das ist die Frage. Hier glauben wir, daß es zielführender ist, die EG zu einem freiwilligen Beitrag zu bringen, sei es in Form von Zinsenstützungen oder überhaupt eines verlorenen Aufwandes, als durch diese Schwerverkehrssteuer international sehr problematische Dinge auszulösen. Denn, Herr Kollege Loidl, ich bin nicht der Meinung, selbst wenn man meine schon angemeldeten Bedenken zu dieser Frage beiseiteschiebt, daß nicht die Sondersteuer zu Repressionen ande-

rer Staaten führt, weil sie meiner Meinung nach mit internationalen Verträgen nicht im Einklang steht. Es ist so, daß der Herr Minister seinen Vorschlag mit einer Aufbringungssumme von 1,2 Milliarden etwa beziffert, Berechnungen der Handelskammer haben ergeben, daß es wesentlich mehr sein müßte. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß es sich weniger um die Belastung des Transitverkehrs und um die Finanzierung der Straßen handelt, sondern es einfach der Versuch ist, die Konkurrenz der Verkehrsträger zugunsten der Schiene zu verschieben, was ich auch verstehe, der Herr Minister Lanc hat halt sein Herz bei den Eisenbahnen.

Nun glaube ich aber, und es ist mir nicht ganz verständlich, warum ein Vorschlag, der wieder als Antrag unserer Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei im Hause liegt, nicht möglich sein soll. Auf administrativem Wege wäre nämlich zu verfügen, daß einreisende LKWs etwa nur 20 oder 50 Liter Treibstoff mitführen dürfen, wenn sie mehr mitführen, ihn verzollen und versteuern müssen. Das würde ohne weiteres möglich sein. Von der Bundesrepublik Deutschland wird das angewandt. Herr Kollege Turek, wenn es den Deutschen nicht zuviel Arbeit macht, wird es uns wohl auch noch recht sein können, wir haben vorsichtig gerechnet, daß etwa 160 Millionen Schilling Mehraufkommen pro Jahr an Mineralölsteuer hereinkämen.

Über die Autobahnfinanzierung der Südautobahn hat der Kollege Lind sehr ausführlich gesprochen. Ich möchte nur eine Ergänzung anbringen. Wenn es nicht gelingt, zu einer Sonderfinanzierung der Südautobahn zu kommen — wobei ich ausdrücklich sagen möchte, daß wir uns hier nicht vorstellen können, und da war ja Einhelligkeit im Haus, daß man die Südautobahn mit einer Maut belegt, wir können uns vorstellen, entweder alle, oder eben auch die Südautobahn nicht —, wenn das nicht gelingt, dauert der Ausbau der Strecke Mooskirchen—Pack bis 1985, Herr Kollege Loidl. Das heißt also, daß Milliardenbeträge durch Jahre, fast durch Jahrzehnte brach liegen, bis sie endlich verkehrswirksam werden. Ich glaube, allein das sollte dem Herrn Finanzminister doch die Überlegung wert sein, wie man endlich zu diesem Autobahngipfel und zur Sonderfinanzierung kommt. Wir haben ja als Fleißaufgaben, wie Sie richtig bemerkt haben, eine Fülle von Varianten vorgelegt, und es wird wohl hoffentlich eine darunter sein, die allen paßt.

Ich darf auch dazu noch einen der höchsten Straßenbaufachleute des Bundesministeriums für Bauten und Technik zitieren, der in einer Studie in der Österreichischen Ingenieurzeitung, publiziert 1975, gesagt hat, und ich darf wörtlich zitieren: „Dabei zeigt sich bei weitgehender Relativierung, daß bei einem Zinssatz je Jahresperiode von 10 Prozent“ — wir liegen also derzeit günstiger — „und bei einem Zeitwert des Geldes unter der Annahme einer jährlichen Geldwertveränderung von 8 Prozent“ — wir liegen nur wenig darunter — „durch ein Vorziehen der Investition von nur elf Jahren ohne Berücksichtigung von Mauterträgen bereits die Rentabilitätsschwelle für die Investition erreicht wird. Unter diesen durchaus der Wirklichkeit

entsprechenden Voraussetzungen ist daher dieses Finanzierungsmodell sogar für nicht bemaute Ab-schnitte vertretbar.“ Ich glaube, wenn ein so kompetenter Fachmann des Bundesministeriums für Bauten und Technik das bestätigt, und als ungläubiger Thomas habe ich seine Ansätze nachgerechnet, es ist alles richtig und zu unterstreichen, was dort publiziert wurde.

Dann darf ich abschließend zusammenfassen: Ich glaube, die Bedeutung der Autobahn als internationaler und nationaler Hauptverkehrsträger ist unbestritten. Zweitens, die komplette Finanzierung durch die derzeitigen Straßenbenutzer ist mit Rücksicht auf die Lebensdauer einer solchen Investition eigentlich unverträglich. Die Kreditfinanzierung ist daher ein absolut legitimer Weg, die Straßenbaulast auf kommende Jahre, und, wenn Sie wollen, auf kommende Generationen zu verteilen. Mit Rücksicht auf die internationale Wichtigkeit der Pyhrnautobahn sind die Bemühungen um internationale Finanzierung und Hilfe bei der Realisierung unserer Vorhaben gerechtfertigt, und die Landesregierung wird gebeten, alles zu tun, um in dieser Richtung weiter aktiv zu bleiben. Die Einbindung der Pyhrnautobahn in das internationale Straßennetz erscheint im Norden durch die Innkreisautobahn relativ bald realisierbar. Wichtig sind nun Kontakte mit Kroatien, um die Strecke Marburg—Pettau—Agram im jugoslawischen Prioritätenkatalog nach vorne zu bringen. Für die Finanzierung der Südautobahn liegen Modelle seitens der Steiermark vor und die Bundesregierung wird einmal mehr aufgefordert, endlich die seit eineinhalb Jahren verschleppten Südautobahnfinanzierungsgespräche zu führen. Eine Mautlösung erscheint uns nicht akzeptabel. Die Heranziehung des internationalen Transitverkehrs zur Finanzierung erscheint uns im Wege des Zwanges, in Österreich Treibstoff zu tanken, problemlos erreichbar. Die Lanc-Steuer lehnen wir als konkurrenzverzerrend und nur als Versuch, der Schiene verloren gegangene Transporte zurückzugewinnen, ab. Ich bitte um die Unterstützung aller Parteien für die steirische Haltung in der Autobahnfrage, die nur lauten kann: Sowohl Pyhrnautobahn als auch Südautobahn sind gleichrangige steirische, österreichische und internationale Anliegen! (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Wimmler, ich erteile es ihm.

**Abg. Wimmler:** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Im Kapitel 6 scheint auch die Wildbach- und Lawinerverbauung auf, die zwar Bundessache ist, aber auch vom Land mit einem wesentlichen Betrag, nämlich mit 16,5 Millionen Schilling, gefördert wird.

Ich glaube daher, meine Damen und Herren, daß dem Land ein gewisses Mitspracherecht zusteht, wenn im Jahre 1977 eine Reform in diesem Bereich vorgenommen werden soll. Es ist eine Verringerung der Anzahl der Gebietsbauleitungen vorgesehen, und zwar in Oberösterreich eine Verringerung von fünf auf vier, in Salzburg von sechs auf fünf und in der Steiermark gleich eine Verringerung von

sieben auf vier Gebietsbauleitungen. Wenn es sich bei dieser Reform um eine Vereinfachung, um eine Konzentration und um Einsparungen handelt, ohne daß dabei die Leistungen beeinträchtigt werden, ist eine solche Reform selbstverständlich zu begrüßen. Die Arbeiten und die Leistungen der Wildbach- und Lawinenverbauung sind zwar im wahrsten Sinne des Wortes publikumswirksam, sie werden aber von der Öffentlichkeit meist erst dann bemerkt, wenn sie fehlen.

Bei einem Vergleich der drei genannten Bundesländer fällt auf, daß in Bezug auf das technische Personal die Steiermark am schlechtesten gestellt ist. Oberösterreich hat einen Stand an technischem Personal von 24, Salzburg von 26, die Steiermark nur 17, bei annähernd dem gleichen Bauvolumen, das für das Jahr 1975 rund 90 Millionen betragen hat. Salzburg ist also in Bezug auf das technische Personal am besten gestellt. Es weist auch das höchste Bauvolumen auf, obwohl Salzburg nur halb so groß ist wie die Steiermark, nur ein Drittel Einwohner zählt und auch nur ein Drittel der bewohnbaren Häuser im Vergleiche zur Steiermark aufweist.

Ich weiß schon, meine Damen und Herren, daß dieser Vergleich nicht ganz einwandfrei ist, aber er bietet doch in einem gewissen Maße Anhalt zu Überlegungen. Während also in Oberösterreich und in Salzburg nur je eine Gebietsbauleitung aufgelöst werden soll, sollen in der Steiermark gleich drei dieser Auflösung anheimfallen. Der Bezirk Liezen ist von dieser Maßnahme in der Weise betroffen, daß die Gebietsbauleitungen Stainach und Admont zusammengelegt werden sollen. Dagegen ist an sich, glaube ich, nichts einzuwenden. Mir scheint es aber sonderbar, daß als neuer Sitz dieser vereinigten Gebietsbauleitung Admont und nicht Stainach vorgesehen ist. Nichts gegen Admont natürlich, Herr Kollege Eberdorfer, aber Stainach liegt einfach, sowohl was das Flächenmaß, was die Einwohnerzahl, die Anzahl der bewohnbaren Häuser, als auch die Anzahl der Gemeinden betrifft, weitaus zentraler als Admont. Außerdem ist die gebäude- und flächenmäßige Unterbringung von Kanzleien und des Bauhofes in Stainach ungleich günstiger als in Admont. Aber, wenn schon nicht Stainach Sitz der neuen vereinigten Gebietsbauleitung sein kann, dann wäre es doch — und das bitte ich mir nicht als Lokalpatriotismus anzulasten — die Bezirkshauptstadt Liezen als Sitz fast aller Ämter geeigneter. (Abg. Laurich: „Liezen ist vorgesehen!“) Die Gebietsbauleitungen haben davon keine Kenntnis, sie wissen nur, daß es Admont werden soll, Kollege Laurich. (Abg. Laurich: „Doch, ich habe es gestern bekommen!“) Bitte, wenn du es gestern gekriegt hast, kann ich das heute vielleicht nicht wissen. Aber so war es jedenfalls bis jetzt vorgesehen. Also, ich meine aber, wenn schon nicht Stainach, dann wäre doch Liezen als Bezirkshauptstadt mit dem Sitz fast aller Ämter und Behörden die beste Lösung. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer: „Sicher nicht sehr sparsam, wenn schon zwei Bauhöfe vorhanden sind!“) Sicher, deswegen bin ich ja der Meinung, wenn nicht Stainach bleiben kann, dann wäre eine allgemeine Reform, eine Gesamtreform

mit einem Sitz in Liezen besser. Ich wollte also den zuständigen Herrn Landesrat Dr. Krainer bitten, sich in diesem Sinne zu verwenden.

In der Gruppe 6, meine Damen und Herren, sind — wie wir ja schon gehört haben — die Straßen beinhaltet, und weil Kollege Kollmann vorgestern gemeint hat, daß mit der Herausgabe des Straßenkataloges und der damit vorgenommenen Dringlichkeitsreihung die Zeit der Straßensänger vorbei sei (Abg. Kohlhammer: „Weitgehend!“) — weitgehend, ja —, möchte ich doch auf die Tagesordnung der letzten Landtagssitzung verweisen und daran erinnern, daß in dieser Tagesordnung von 17 Tagesordnungspunkten nicht weniger als zehn Anträge auf Übernahme von Gemeindestraßen in Landesstraßen aufschien. Ich glaube, es hätte sicher einen einfacheren Weg gegeben, zu erfahren, ob die jeweilige Landesstraße Landesstraßencharakter besitzt oder nicht, ob es sich um eine typische Gemeindestraße handelt oder nicht. Mit diesem Hinweis nämlich verfielen alle Anträge, berechtigterweise, natürlich der Ablehnung. Sie wurden aber auch abgelehnt mit der Feststellung, daß weitere Übernahmen von Gemeindestraßen in das Landesstraßennetz erst dann erfolgen können, wenn der Bund wieder Landesstraßen als Bundesstraßen übernimmt.

Meine Damen und Herren, wenn der Hohe Landtag wirklich die Gesetzgebung und die Landesregierung die Vollziehung darstellen, wie dies immer auch besonders betont wird, dann könnte meines Erachtens dieser Hinweis wohl nur eine Empfehlung für den Landtag darstellen.

Meine Damen und Herren, zum Kapitel Straßen noch eines. Ich beziehe mich auf die Ausführungen meines Kollegen Turek in der Generaldebatte bezüglich der Verkehrslage in der Steiermark, und nehme die Sitzung des Gemeinderates der Stadt Liezen unmittelbar vor dieser Budgetdebatte zum Anlaß, Herrn Landesrat Dr. Krainer zu bitten, dem Ausbau der Pyhrnautobahn weiter sein besonderes Augenmerk zu schenken. Der Gemeinderat von Liezen beschäftigte sich nämlich in dieser Gemeinderatssitzung mit der bevorstehenden Einstellung der Graugießerei im VOEST-Werk Liezen trotz hoher Produktivität durch den Fleiß der dort Beschäftigten. Zwar nicht ausschließlich, meine Damen und Herren, aber doch zum Teil wurde als Ursache die Verkehrssituation und die darauf zurückzuführende kostenmäßige Belastung der Erzeugnisse als Grund für diese Maßnahme dargelegt. Was heute für die Graugießerei zutrifft, könnte morgen für andere Betriebszweige als Begründung einer Einstellung oder Verlegung herangezogen werden. Meine Bitte richtet sich daher an den Herrn Landeshauptmann und an Herrn Landesrat Dr. Krainer, dem vorrangigen Ausbau der Pyhrnautobahn — in diesem besonderen Falle die Inangriffnahme des Bosrucktunnels — ihr besonderes Augenmerk zu schenken und dabei die Erhaltung der Arbeitsplätze auch im VOEST-Werk Liezen zu berücksichtigen.

Nun zum Schluß noch eine kleine Bemerkung zur Gastarbeiterroute. Als ständiger Befahrer dieser Gastarbeiterroute fällt mir auf, daß die Übereinstimmung der Bodenmarkierungen mit den Ver-

kehrszeichen nicht überall gegeben oder nicht gleichzeitig mit der Aufstellung von Verkehrszeichen diesen angepaßt wird. Daraus ergibt sich eine Unsicherheit für die Kraftfahrer, die selbstverständlich zu erhöhter Unfallgefahr führt. Vielleicht könnten — und das wäre meine abschließende Bitte — die zuständigen Stellen veranlaßt werden, diese Übereinstimmung gleichzeitig mit der Aufstellung der Verkehrszeichen herzustellen.

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Ileschitz. Ich erteile es ihm.

**Abg. Ileschitz:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Nach der Errichtung von zwei von den Steirern dringend geforderten, erwünschten und notwendigen Bahnüber- und -unterführungen komme ich heute nun mit einem Wunsch, mit einem Ersuchen großer Bevölkerungsteile aus meinem Bezirk Graz-Umgebung. Leoben hat die Zeltenschlagstraße nach langjährigen Bemühungen erhalten. Gestern oder heute wird die Eisenbahnüberführung in Leibnitz nunmehr in Schwung gebracht, und im Bezirk Graz-Umgebung möchte ich deponieren, daß auch hier ein solcher Verkehrsengpaß besteht, und zwar die Bahnübersetzung Gratwein-Gratkorn. Wer diese Strecke in den letzten Jahren öfter befahren mußte, wird daraufkommen, daß er immer vor geschlossenen Bahnschranken steht. Wir haben genaue Erhebungen angestellt und feststellen müssen, daß achtdreiviertel Stunden im Tag dieser wichtige Bahnübergang geschlossen ist. Das ergibt sich daraus, daß immer mehr und mehr Fahrzeuge, die aus dem weststeirischen Raum über Stallhofen kommen, eine Abkürzungsrouten nach dem Norden nehmen und über Plankenwarth-St. Oswald, das ist das Einzugsgebiet auf der einen Seite, die Strecke benutzen und dann vor geschlossenen Bahnschranken stehen.

Wir haben aber auch noch eine sehr wichtige Institution in der Nähe. Auch die Menschen sind immer und immer wieder betroffen, und zwar die Insaßen und die Besucher der Landes-Sonderkrankenhäuser Hörgas-Enzenbach. Auch hier ist es immer wieder der Fall, daß Rot-Kreuz-Wagen bis zu 25 Minuten warten müssen, bevor dieser Bahnübergang freigelegt wird.

Ich glaube, daß hier ein absolutes Bedürfnis besteht, diesen Bahnübergang zu unterfahren oder zu überführen. Vor allen Dingen deshalb, weil mit einem Aufwand von über 2 Milliarden Schilling im Zuge der Verbesserung der Umwelt, also Bekämpfung der Umweltverschmutzung, aber auch aus wirtschaftlichen Notwendigkeiten die Firma Leykam-Josefstal in Gratkorn eine neue Zellstoffabrik errichtet. Nach der Planung dieser Fabrik wird es in Zukunft so sein, daß gerade auch über diesen Bahnübergang sehr viele Lastfuhrwerkszeuge mit Holz beladen diese Strecke in verstärktem Ausmaße benutzen werden. Ich glaube also, daß es richtig wäre, nunmehr mit der Firma Leykam-Josefstal, die ja ihre Straßenplanung im Werksbereich selbst durchführt und den Ausgang aus dem Werksbereich nunmehr planmäßig festgelegt hat, in Koordi-

nation zu treten, um mit diesem Unternehmen gemeinsam daranzugehen und gleichzeitig selbstverständlich auch mit der Bundesbahn, eine Koordination des Gesamtbauvorhabens durchzuführen. Denn es wäre sicherlich ein Schildbürgerstreich, jetzt das Werk zu bauen, das vielleicht in zwei bis drei Jahren in Betrieb geht, und dann erst recht wieder neu mit der Straßenplanung in diesem Bereich beginnen zu müssen.

Ich richte daher das Ersuchen, daß im Sinne des eingebrachten Antrages diese Frage einer ganz besonders wichtigen Behandlung unterzogen wird. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Kollmann, ich erteile es ihm.

**Abg. Kollmann:** Herr Präsident, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Im renommierten Hamburger Hoffmann & Campe-Verlag erscheinen in regelmäßigen Abständen die sogenannten „Merian“-Hefte. Sie sind jeweils einer Stadt oder einem Land gewidmet, und in den ersten Monaten dieses Jahres erschien nun auch ein Heft über Österreich. In diesem Heft befindet sich ein Beitrag des österreichischen Journalisten Stefan Vajda, der unter dem Titel „Trampelpfad Europas“ sich mit der sogenannten „Gastarbeiterstrecke“ befaßt. Auf knapp zwei gedruckten Seiten beschreibt dieser Herr Vajda das steirische Teilstück der europäischen Nord-Süd-Route, und er vermischt dabei so viel Phantastisches und Gemeines mit jenem Körnchen Wahrheit, das letztlich leider seinen Aufsatz für Ortskundige doch noch zu einem realistischen Wortgemälde werden läßt. Ich darf Ihnen vielleicht zwei Sätze aus diesem Aufsatz vorlesen, und zwar unter dem Titel: „Im Labyrinth der österreichischen Justiz“ schreibt Vajda, ich zitiere: „Fahren Sie bitte, bitte äußerst vorsichtig auf Leoben zu. Hier solle es — Gerüchte tauchen immer wieder auf — unter der Straße böse Strahlen geben. Im Bezirksgericht der Stadt (40.000 Einwohner, Montanistische Hochschule, am Hauptplatz schöne Bürgerhäuser) sitzen wie verfremdete K's aus dem „Prozeß“ von Franz Kafka die Schuldigen und auch die, deren Schuld an einem schweren Verkehrsunfall erst nachgewiesen wird: Touristen, Gastarbeiter, Fernfahrer aus fremden Ländern, oft ohne Geld und daher auch ohne Beistand, und da in der grünen Steiermark ein Dolmetscher nur schwer aufzutreiben ist, mitunter auch wie Taubstumme verzweifelt, unwissend, isoliert, im zeitlos anmutenden Labyrinth der österreichischen Justiz scheinbar für Jahre verschollen.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dieser österreichische Journalist hat sicherlich nicht für unser Land gehandelt, wenn er diesen Beitrag dem Hoffmann & Campe-Verlag zur Verfügung gestellt hat, aber zugegeben, es stehen hin und wieder Touristen, Gastarbeiter und Fernfahrer aus fremden Ländern vor dem Leobner Kadi, Sitzen im Sinne des Inhaftiertseins hingegen brauchen nur wenige. Es sind auch Österreicher unter jenen, deren Unfallsschuld oder Unschuld sich nur in gerichtlichen Verhandlungen, und da leider nicht immer eindeutig,

ermitteln läßt, und deren wird es, das wage ich zu behaupten, kaum weniger geben, wenn erst einmal das Pyhrnautobahnteilstück zwischen St. Michael und Deutschfeistritz wirksam werden wird. Denn der Verkehr zwischen den Industriezentren der Obersteiermark, von Mürzzuschlag bis Judenburg, auf dieser Mur-Mürz-Furche, wo alle schwerindustriellen Werke aufgefädelt sind, wird sich sicherlich weiter der Triesterbundesstraße bedienen müssen, und der Quell- und Zielverkehr in diesem Wirtschaftsraum wird bei den ständig steigenden Pendlerzahlen und Transportbedürfnissen kaum nachlassen. Im ersten Moment vielleicht etwas fühlbarer, aber dann wird er sicherlich wieder ansteigen. Das kann mit ziemlicher Sicherheit angenommen werden, denn die Prognose des Motorisierungsgrades für 1980 zeigt ein immer noch starkes Ansteigen der neu anzumeldenden Fahrzeuge. Es wird also die Triesterbundesstraße noch lange darüber hinaus auch der günstigste Verbindungsweg zwischen Wien und Kärnten bzw. Österreich und Italien mit all dem Urlauber- und Güterverkehr sein, den sie derzeit bewältigen muß.

Wie sieht derzeit, meine Damen und Herren, die Verkehrssituation in der Mur-Mürz-Furche aus? Zunächst muß einmal festgestellt werden, daß zumindest das 120 km lange Straßenteilstück zwischen Mürzzuschlag und Judenburg Belastungen aufweist, die ich als Nichtfachmann natürlich einfach deshalb bereits als Grenzwerte ansehe, da ich mir persönlich nicht vorstellen kann, daß höhere Frequenzen überhaupt noch fließenden Verkehr zulassen. Und selbst dann, wenn eine größere Belastung dieser Straße theoretisch möglich wäre, physisch dürfte vom Menschen hinter dem Lenkrad diese höhere Belastung, glaube ich, kaum verkraftbar sein, womit natürlich direkt das Unfallrisiko ansteigt.

Meine Damen und Herren, kurz nach der Landesgrenze am Semmering, also in Mürzzuschlag, beginnt diese tägliche Belastung schon so arg zu werden, daß man von einem sehr starken Verkehr sprechen muß. 9.000 bis 10.000 Einheiten in 24 Stunden, im Raum Bruck/Kapfenberg schnellst diese Ziffer auf 22.000 Fahrzeuge, das ist aus dieser Karte (zeigt eine Graphik), aus diesem Belastungsplan für Steiermark, für 1975 zu entnehmen: 22.000 Fahrzeuge Durchschnittswert zwischen Bruck und Kapfenberg, und zwischen Bruck und Leoben sind es immerhin noch 18.000 bis 19.000 Einheiten in 24 Stunden. Das sind Durchschnittswerte, bitte. In Spitzenzeiten, und das wird mir sicherlich der Herr Landesrat bestätigen können, liegen die Werte, und zwar in der Urlaubszeit vor allem in der Gegend von Niklasdorf, an dieser Zählstelle bei 35.000 Fahrzeugen innerhalb von 24 Stunden. Meine Damen und Herren, das bedeutet alle drei Sekunden ein Fahrzeug. Ich habe im vorigen Jahr — heuer habe ich mir die Mühe nicht mehr gemacht — ausgerechnet, welche Länge eine Kolonne von 35.000 Fahrzeugen hat.

Gerade in Niklasdorf gibt es etwas ganz Tolles. Unmittelbar an der Zählstelle hat man im heurigen Jahr ein brennendes Verkehrsproblem geradezu klassisch bürokratisch gelöst, und zwar vom

ministeriellen Schreibtisch aus in Wien. Nicht der Herr Minister selbst hat es gemacht, das möchte ich ihm nicht unterstellen, sondern es waren Beamte, die das in Wien so entschieden haben. Sie erinnern sich vielleicht, daß ich im Vorjahr einer Überführung der Bundesstraße 116 das Wort geredet habe, da eine solche Unterführung die beiden Ortsteile, die durch die Bundesstraße getrennt werden, am besten für Fußgänger und andere Verkehrsteilnehmer verbinden würde. Das habe nicht ich erfunden, daß das am günstigsten wäre, sondern das war das Ergebnis von eingehenden Untersuchungen, die die Landesbaudirektion, Fachabteilung II a, mit der Gemeinde Niklasdorf geführt hat. Den Vorschlag der Ministerialbeamten, eine Ampelanlage zu errichten, habe ich hier im Haus genau vor einem Jahr für eine unmögliche Lösung gehalten. Aber was geschah? Der Bund hat sich natürlich durchgesetzt, sich über die Wünsche von Land und Gemeinde hinweggesetzt und hat zwei Ampelanlagen unmittelbar hintereinander mitten im Ortsbereich Niklasdorf entstehen lassen. Diese Provisorien bewirken nun den von mir und nicht nur von mir, von den Experten natürlich in erster Linie vorhergesagten Verkehrsstau, der die Kolonnen, die ohnehin dort immer wieder zu finden sind, noch verdichtet und darüber hinaus durch Brems- und Beschleunigungsmanöver, durch Lärm und verstärkte Abgasentwicklung die Bevölkerung von Niklasdorf schwerstens belastet.

Aber das ist ja nur ein Pappenstiel, diese Belastung gegen das Ergebnis, das nebenbei noch herausgekommen ist. Man hat diese Ampeln installiert, um die Unfallgefahr zu bannen, und was ist geschehen? Seit Installation dieser Ampel — ich habe diese Zahlen telefonisch von der Gendarmerie in Niklasdorf bekommen — sind die Unfallzahlen im unmittelbaren Ampelbereich um mehr als 50 Prozent gestiegen. Das ist doch nicht der Zweck einer Ampelregelung. Man sieht also, daß diese Regelung falsch war, nur fährt man noch immer nicht ab damit, weil eben seitens des Bautenministeriums das nicht beobachtet und erkannt wird.

Diese Schreckenszahl von mehr als 50 Prozent Unfallerrhöhung wäre sicherlich noch höher, würde nicht die Gendarmerie, die im übrigen auch die Ampelanlage abgelehnt hat, nicht so vorbildlich ihre Pflicht erfüllen, würde sie nicht in Stoßzeiten hergehen, die Ampelanlage in eigener Verantwortung ausschalten und selbst den Verkehr individuell regeln, damit er überhaupt noch fließen kann.

Wenn ich in diesem Zusammenhang Niklasdorf noch jemand danken darf — es wird vielleicht grotesk gefunden werden —, dann sind es die Herren der Landesbaudirektion, Fachabteilung II a, denen ich danken muß, weil sie erstens einmal so lang mit der Gemeinde für eine bessere Lösung gekämpft haben und es ihnen auch zu danken ist, daß diese beiden Ampelanlagen schon vom optischen Eindruck her wie ein Provisorium aussehen. Und es soll ja nichts anderes sein. Es wäre also unbedingt zu fordern, daß hier schnellstens Abhilfe geschaffen wird. Aber das geht leider, weil es sich

um eine Bundesstraße handelt, nur im Zusammenhang bzw. im Einvernehmen mit Wien.

Meine Damen und Herren, was wäre nun von der künftigen Schnellstraßenverbindung durch das Mur- und Mürztal zu berichten. Ich darf Ihnen im Telegrammstil vielleicht kurz sagen: Mürzzuschlag: Umfahrung, Tunnel im Bau, 6 km Rampen werden heuer ausgeschrieben, finanzielle Belastung 800 Millionen Schilling, voraussichtliche Wirksamkeit 1980/81. Langenwang: im Zuge der Umfahrung Mürzzuschlag soll auch im Bereich über 4 km Parallelführung zur Bundesstraße eine zusätzliche Richtungsfahrbahn gebaut werden, Kostenpunkt zusätzliche 100 Millionen Schilling. Kindberg—Krieglach: Da wird es vorläufig noch nichts geben können, da wird die Bundesstraße noch erhalten müssen, aber die Umfahrung Kindberg ist bereits so weit gediehen, daß die Brückenbauten bereits vergeben werden konnten und im nächsten Jahr, Gott sein Dank, der Baubeginn sein wird. Ebenfalls voraussichtlich Fertigstellung bzw. Wirksamkeitsbeginn 1980/81.

Allerdings, Kindberg—St. Marein, dieser Anschluß müßte dazugebaut werden, um ein vierbahniges Stück etwas besser wirksam werden zu lassen. Was natürlich dringend gefordert werden muß, wobei ich aber über die Begrenzung der finanziellen Mittel selbstverständlich Bescheid weiß, wäre die Umfahrung Kapfenberg und im Anschluß daran der neue Schnellstraßenknotenpunkt Bruck an der Mur. Ich habe Ihnen schon gesagt, Durchschnittswerte 1975 zwischen Bruck und Kapfenberg 22.000 Fahrzeuge in 24 Stunden, und das sind nicht die Spitzenwerte. Umfahrung Leoben: Ein weiterer Ausbau, eine zusätzliche Richtungsfahrbahn ist ja geplant, wann der Bau begonnen werden kann, ist derzeit noch nicht zu sagen. Aber ich bin glücklich, daß wenigstens die Umfahrung Judenburg bis Ende des nächsten Jahres verkehrswirksam werden wird und dieses Nadelöhr Judenburg entschärft wird.

Zusammenfassend zur Mur-Mürz-Furche und zur Schnellstraße 6 kann man sagen, daß die Strecke von Mürzzuschlag bis Judenburg planerisch fertig ist, daß es also leider nur an den Geldmitteln fehlt. Dafür kann natürlich nicht nur der Bautenminister was, sondern in erster Linie wohl der Herr Finanzminister, der offenbar nicht in der Lage ist, dem Herrn Bautenminister höhere Budgetmitteln zur Verfügung zu stellen. Wann einzelne Teilstücke dieser Schnellstraße fertiggestellt sein werden, kann man also mit einiger Sicherheit sagen, wann die ganze Schnellstraße von ungefähr 120 km Länge beginnt, wirksam zu werden, steht noch in den Sternen. Ich glaube, das Jahr 2000 wird wohl nicht reichen, wenn man das annimmt.

Es werden also wohl neue Finanzierungsformen gefunden werden müssen und ein eigener Budgetansatz für Schnellstraßen wäre beim Bundesbudget, glaube ich, zunächst einmal eine organisatorische Voraussetzung dafür, damit auch klar zum Ausdruck kommt, was im Bautenministerium für Schnellstraßen zur Verfügung gestellt wird und was man für Bundesstraßen auszugeben gedenkt.

Wenn ich von neuen Finanzierungsmethoden gesprochen habe, meine Damen und Herren, meine ich natürlich nicht, daß man die österreichischen Verkehrsteilnehmer noch mehr zur Ader lassen soll, als dies ohnehin schon geschieht. Man wird sicherlich andere Wege finden müssen, aber Ihren Experten und Beratern in der Regierung in Wien fällt offenbar nichts anderes ein, als neue Steuern zu erfinden, die dann verschämt mit den Worten Abgabeanpassung und Regulierung umschrieben werden.

Aus der Steiermark, meine sehr geehrten Herren, Sie wissen es ja selbst, Sie hören es immer im Hohen Haus, kommen ja doch einige Finanzierungsvorschläge nach Wien, und hin und wieder wird sogar einer aufgegriffen. Leider nicht aufgegriffen wurde in Wien der Vorschlag der Steiermark betreffend die Südautobahnfinanzierung. Sie werden sich sicherlich an diese Broschüre erinnern können, die voriges Jahr herausgekommen ist. Die Südautobahn wäre aufgrund dieser Finanzierungsmethode, die der Landesrat Dr. Krainer mit seinen Mitarbeitern ausgearbeitet hat, bis 1986 fertigzustellen gewesen, aber da hat man in Wien offenbar kaum mit dem Ohrwaschel gewackelt.

Eine andere Anregung und eine Initiative, die ganz besonders zu begrüßen ist, der Herr Kollege Dr. Heidinger hat das schon erwähnt, ist natürlich der Vorstoß unseres Herrn Landeshauptmannes bei der EG in Brüssel. Meine sehr geehrten Damen und Herren, den Wienern ist das offenbar nicht eingefallen, ich bin aber glücklich darüber, daß — ich hoffe es stimmt — man nun in Wien darangeht, auch diesen Vorschlag des Herrn Landeshauptmannes um diesen Vorstoß, den er in Brüssel unternehmen hat, auszuwerten und dahingehend wirksam zu machen.

Wenn Sie hier im Hohen Haus schon von der Generaldebatte an durch sämtliche Gruppen eigentlich immer wieder nach der steirischen Kraft gefragt haben, meine Damen und Herren, das ist die steirische Kraft, das ist die Initiative, das sind die Initiativen, die immer wieder von der Steiermark in Richtung Wien gehen, aber leider nicht immer angenommen werden. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Zinkanell: „Vorläufig ist die Kraft nur verbal!“ — Abg. Dr. Dorfer: „So schnell geht es nicht, daß in 14 Tagen alles geschieht!“) Eine Verhandlung bei der EG in Brüssel wird natürlich durch Gespräche geführt, aber was da dahintersteckt, merkt man doch jetzt.

Auch der Zehnjahresplan für die Landesstraßen ist so eine steirische Kraft, meine Herren. Erarbeitet wieder vom Team Dr. Krainer, Hofrat Theussl usw. Ich frage Sie, wo gibt es im Bund ähnliche klare Konzepte wie dieses Konzept für den Ausbau der Landesstraßen innerhalb von zehn Jahren.

Es darf also keineswegs hingegenommen werden, meine Damen und Herren, wenn der Herr Minister Lanc mit einer Geldquelle spekuliert, die — das wurde auch schon hier gesagt — ohnehin schon seit vielen Jahren die kräftig zahlenden Fernfrächter trifft, das heißt, mit einer Geldquelle, die ohnehin schon seit x Jahren sprudelt. 25 Groschen je

Tonne Nutzlast und Kilometer, meine Herrschaften, das ist eben ein wahnsinnig hoher Betrag, und wenn das der Herr Verkehrsminister von den Frächtern einheben will, um zunächst einmal den Transitverkehr einzuschränken, wie er gesagt hat und wie es in der „Neuen Zeit“ steht, um dann erst den Straßenbau zu schützen, dann muß ich sagen, ich weiß nicht, was er damit bezweckt. Es liegt aber sehr nahe, anzunehmen, daß er letztlich nichts anderes will, als die österreichischen Fernfrächter zu treffen, sie zum Zahler zu machen und damit natürlich direkt den Konsumenten. Denn die Fernfrächter müßten — und das ist errechnet worden — ihre Tarife um etwa 40 Prozent erhöhen, was, so glaube ich, uns allen, Sie eingeschlossen, nicht recht sein kann.

Meine Damen und Herren, die SPÖ redet also wohl sehr viel von der Arbeitsplatzsicherung, gefährdet aber immer wieder durch solche Vorgangsweisen, wie die des Herrn Minister Lanc, selbst Arbeitsplätze und daher muß ich klar aussprechen: Wenn der Herr Minister Lanc sich in Ihrer Partei, meine Damen und Herren von der linken Seite, durchsetzen sollte, gefährdet er ganz klar die Arbeitsplätze in 7700 österreichischen und 1101 steirischen Güterbeförderungsunternehmungen. (Bei der OVP.)

Es wäre also sehr zweckmäßig, würde der Herr Minister oder würde die Regierung in Wien doch den Vorschlag der Abgeordneten Nigl und Genossen aufnehmen und die Einfuhr von Treibstoff an der Grenze beschränken.

Abschließend möchte ich, meine Damen und Herren, einen Ball aufnehmen, den der Herr Generalredner der Sozialistischen Partei in seiner Generalrede gespielt hat. Der Herr Kollege Gratsch hat eine sehr gute bildliche Darstellung jener hohen Summen gegeben, die in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren für Rüstung ausgegeben werden dürften. Er hat gemeint, man würde etwa 126.000 Jahre lang jede Sekunde einen Silberdollar auf einen Haufen werfen müssen, um diese Summe von Rüstungsausgaben für zehn bis fünfzehn Jahre zu erreichen. Solche Vergleiche, verehrte Damen und Herren, erscheinen mir deshalb als wichtig, weil wir allesamt kaum noch in der Lage sind, hohe und höchste Summen richtig abzuschätzen und zu bewerten. Ich habe daher ein ähnliches Rechenexempel angestellt. Ich bin dem Beispiel des Herrn Gratsch gefolgt und ich habe mir errechnet, wie lange der Herr Finanzminister Androsch benötigen würde, müßte er sein für 1977 mögliches Budgetdefizit durch den Wurf von 25-Schilling-Silbermünzen ausgleichen. Jede Sekunde eine 25-Schilling-Münze von Androsch auf den vom Kollegen Gratsch zitierten Haufen geworfen, was glauben Sie, wie lange er damit beschäftigt wäre? 76 Jahre. Und weil bei aller Wertschätzung nicht anzunehmen ist, daß der Herr Finanzminister das erleben kann, kann ich doch annehmen, daß in so einem Fall der Herr Bundeskanzler mit seinen sämtlichen Ministern den Herrn Finanzminister unterstützen würde. Dann würde dieses Team von zwölf Herrschaften immerhin noch sechs Jahre brauchen. Und jetzt meine Damen und Herren, stellen Sie sich

das einmal bildlich vor, sechs Jahre keine neuen Steuern. Danke. (Beifall bei der OVP.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hammerl, ich erteile es ihm.

**Abg. Hammerl:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich will mich nun nicht in das Muskelspiel meines sehr geehrten Herrn Vorredners einlassen. Sie alle wissen, daß wir zeitlich sehr begrenzt sind, und ich bin davon überzeugt, daß Herr Landesrat Doktor Krainer diese Muskelschwellungen wieder auf das richtige Normalmaß letztlich zurückführen wird. Davon bin ich wirklich überzeugt.

Nun, meine Damen und Herren, ich möchte zum Problem des Straßenbaues nun doch einmal aus einer Sicht Stellung nehmen, die anders ist, als das meine bisherigen Vorredner getan haben. Mir scheint entscheidend, wie weit sich die bisher investierten Milliardenbeträge nur in bezug auf die Verkehrserschließung und Verkehrsbeschleunigung ausgewirkt haben, oder ob doch auch die Verkehrssicherheit und die Verkehrsunfallzahl günstig beeinflusst werden konnten. Wenn man die Statistik diesbezüglich durchleuchtet, dann kann man die Frage nur zum Teil bejahen und muß in einem Atemzug anführen, daß noch weitaus zu viele Unfälle passieren.

Allein in der Steiermark sind im Jahre 1975 23.719 Unfälle mit 473 Toten und 11.286 Verletzten registriert worden. Meine Damen und Herren, das ist ein trauriger Tribut, den wir der Motorisierung zollen müssen. Aber als besonders gravierenden Umstand betrachte ich die Zahl der getöteten Fußgänger. Von 573 Fußgängern, die bei Verkehrsunfällen in Österreich getötet wurden, entfallen auf die Steiermark mehr als 20 Prozent, nämlich 123 Tote, und fast drei Viertel der 16.000 in Österreich schwer verletzten Fußgänger sind über 60 Jahre alt.

Aus diesen Zahlen muß man doch einige Schlüsse ziehen. Schlüsse, daß es heute noch viele ungesicherte Straßenübergänge gibt, und Schlüsse, daß in vielen Bereichen ausgebaute Gehsteige für die Fußgänger fehlen. Meine Damen und Herren, ich glaube, daß man auf Grund dieser Fakten zur Meinung kommen muß, daß zur Behebung der besonderen Gefahrensituation der Fußgänger ein dringliches Ausbauprogramm für Gehsteige entlang von Bundes- und Landesstraßen erstellt werden sollte.

Die Gemeinden, die ja in dieser Frage an sich zuständig sind, sind größtenteils finanziell überfordert und nicht in der Lage, diese notwendigen Fußgeherwege speziell im Freilandbereich zu erstellen. Ich glaube, meine Damen und Herren, und ich finde mich eigentlich durch meine Vorredner bestätigt, die ja durchaus günstige Aussagen über den Stand des Straßenausbaues getroffen haben, daß es jetzt auch finanziell möglich sein müßte, aus dem allgemeinen Straßenausbaufonds nunmehr Geldmittel für diese Gehsteigerstellung abzugeben zu können. Die Sicherheit der Fußgeher im Orts- und Freilandbereich ist ein so wichtiges Anliegen, daß man vorübergehend lieber auf einige Ausbaukilometer im Straßennetz zugunsten der

Herstellung von Gehsteigen verzichten sollte. Das ist meine persönliche Meinung, meine Damen und Herren! Ich glaube, daß einem solchen Vorschlag auch die Kraftfahrer selbst zustimmen können, weil auch für sie die Gefahr, einen Unfall zu verursachen, geringer wird, wenn Fußgänger nicht mehr die Straße als Gehweg benützen müssen. Meine Damen und Herren Abgeordneten, Sie alle sind Autofahrer, und Sie sind sicher viel auf den Straßen unterwegs, das hängt einfach mit der Ausübung unserer Funktion zusammen. Gerade im Herbst und Winter sind die Straßensituationen besonders gefährlich und dadurch die Unfallfolgen oft schrecklich für den, der in einen Unfall unverschuldet einbezogen wird. Mit den Ausbaurkosten von einem Kilometer Straße, so schätze ich, könnten sicher sieben bis zehn Kilometer Gehsteige hergestellt werden, so daß zumindest die stark frequentierten und gefährlichsten Stellen auch rasch saniert werden könnten. Ich ersuche Sie daher, Herr Landesrat Dr. Krainer, alle Prüfungen und erforderlichen Vorarbeiten in dieser Hinsicht für den Bereich der bestehenden Landesstraßen einzuleiten. Bei Neuanlagen von Landesstraßen sind — wie ich höre — ja bereits schon Gehsteige miteinbezogen worden; das ist neu, und ich danke für eine solche Regelung.

Wir wollen nur hoffen, daß auch im Bundesstraßenbereich ähnliches geschieht. Hier liegt ein gemeinsamer Resolutionsantrag vor, in dem die zuständigen Bundesdienststellen ersucht werden sollen, die zur Erlassung notwendigen gesetzlichen Maßnahmen für den Bundesstraßenbereich zu treffen. Im Bereich der Bundesstraßen geht es ja vor allem um frequentierte Ortsverbindungen über Freiland, wo dringend Gehsteige benötigt werden.

Meine Damen und Herren, zum Abschluß, ich glaube, wir sollten alles tun, um Menschen vor den Gefahren des Straßenverkehrs soweit als möglich zu schützen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Ich erteile dem Herrn Landesrat das Schlußwort in dieser Gruppe.

**Landesrat Dr. Krainer:** Herr Präsident, mein sehr geehrten Damen und Herren!

Drei Charakteristika dieser Baudebatte heute. Erstens erfreulicherweise auch im Geiste der Fairneß von Loidl als dem Hauptsprecher der SPO anerkannt, daß es nicht um Probleme der Planung, sondern um Probleme der Finanzierung im Straßenbau in erster Linie geht. Eine erfreuliche Übereinstimmung in den Hauptanliegen aller Fraktionen des Hauses.

Zweitens und vielleicht gerade auch am heutigen Tag mit einigem Grund gesagt: Eine erfreuliche sachliche Diskussion mit überaus sachkundigen Hauptrednern, aber auch durchwegs ganz sachliche Interventionen aller, die sich beteiligt haben. Ich glaube, daß das auch damit zusammenhängt, daß wir in den vergangenen Jahren eine erfreuliche Entwicklung gerade auch hinsichtlich der Konzepte im Bau- und Straßenbaubereich zustande bringen konnten.

Drittens kein Straßensängerchor wie in den Vorzeiten dieses Hauses, sondern, wenn ich recht sehe, mit eingeschlossen, ein Oktett, nachdem das in der Form des Gesangs in der Regel nicht auftritt, könnte man das eher als ein Oktett von Blasinstrumenten verstehen, das liegt, glaube ich, auch dem Straßenbau näher.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich werde mich bemühen, das gewonnene Terrain hinsichtlich des Ablaufes der Zeit nicht in meinem Schlußwort zu verspielen. Ich glaube, Sie alle sind daran interessiert. Ich glaube, es ist auch ein erfreuliches Kennzeichen der heurigen Budgetdebatte, daß wir Zeit gegenüber der vorjährigen gewonnen haben und die Sache dadurch etwas gestraffter werden konnte. (Abg. Turek: „Das liegt am Luftdruck!“) Es scheint nicht ganz so, denn der hat erst gestern sich, glaube ich, zum negativen Punkt hin bewegt, am ersten Tag war, glaube ich, der Luftdruck ganz in Ordnung. Jedenfalls möchte ich aber trotzdem auf einige wichtige Dinge eingehen, die in der Diskussion angesprochen wurden und auch auf einige Fragen zu sprechen kommen, die in der Diskussion nicht behandelt wurden. Wie üblich, ich habe mich auch voriges Jahr damit beschäftigt, möchte ich ganz kurz einleitend einen Blick werfen auf die allgemeine konjunkturelle Entwicklung, weil sie für das Baugeschehen von eminenter Bedeutung ist, und dann auch einiges zur Baukonjunktur sagen.

Ich habe voriges Jahr, es ist ein interessanter Fall in vieler Hinsicht, die erste Studie des Professors Lorenz Klein zur Verfügung gehabt der, wie Sie wissen, an der University of Pennsylvania ein ökonomisches Weltmodell für die Konjunkturentwicklung der Welt zu erstellen versucht hat. Ich habe es Ihnen auch deshalb vorgestellt, weil einer seiner engsten Mitarbeiter der junge steirische Wirtschaftsforscher Dr. Stefan Schleicher ist, der auch im vergangenen Jahr und auch in diesem Sommer wieder mit Klein gearbeitet hat und der den mitteleuropäischen Teil dieser Studie erarbeitet hat. Klein ist inzwischen, wie Sie wissen, zum engsten ökonomischen Berater des inzwischen auch gewählten amerikanischen Präsidenten Carter geworden, war es schon während seines Wahlkampfes, wird also sicherlich auch in der kommenden Administration auf diesem Gebiet eine bedeutsame Rolle spielen. Es ist, glaube ich, gar nicht weit hergeholt, wenn man sich darüber freuen kann, daß ein junger steirischer Wissenschaftler auch dorthin einen guten persönlichen Draht besitzt.

Aber zur Sache. Klein hat also, wie man jetzt feststellen kann, ein Jahr danach sozusagen, seine Prognose, die relativ optimistisch war, in der Grundtendenz getroffen. Er hat also eine positive Wirtschaftsentwicklung des Jahres 1976, des abgelaufenen Jahres, vorausgesagt, und er sagt in seinem neuen, für das Jahr 1977 auf der Basis gerade dieses „summer low“, wie er es nennt, dieser Abschwächung, die im Sommer spürbar geworden ist, vor allem in der amerikanischen Konjunktur, eine schwächere, aber immerhin eine Aufwärtsentwicklung des Bruttonationalproduktes, „gross national product“, voraus.

Wir haben, wenn wir uns die österreichischen Prognosen zu diesem Thema ansehen, insbesondere die Prognose des österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung, zwar die sehr optimistische Prognose von einem Wachstum plus fünf Prozent 1977, und es sind die Interessenvertretungen der Meinung, daß es zu hoch gegriffen ist. Sie reden von 3,5 Prozent. Die OECD fürchtet, daß es plus drei Prozent sein werden, aber immerhin nach dem Aufschwung, nach dem relativ deutlichen Aufschwung des Jahresbeginnes — in der Mitte des Jahres hat ja der Aufschwung leider zu Ende des Jahres nachgelassen —, ist wahrscheinlich die realistischere Prognose jene, die unterhalb der Annahme des Professors Seidl liegt.

Das schlägt sich natürlich auch im Leistungsbild und in den Entwicklungstendenzen der Bauwirtschaft nieder. Wie alle wissen, die sich mit dieser Frage beschäftigen, und wir haben in den „Berichten und Informationen“ im letzten Heft eine kurz gefaßte Zusammenstellung dieses Leistungsbildes und der Entwicklungstendenzen der österreichischen Bauwirtschaft, wo auch für 1976 gesagt wird, daß sich die Bauwirtschaft nach der schweren Rezession wieder erholt hat. Die Belebung der Baukonjunktur, die sich zu Jahresbeginn 1976 abzuzeichnen begann, wurde im Frühjahr deutlich spürbar, im ersten Quartal lag die reale Bauproduktion noch um drei Prozent unter dem entsprechenden Vorjahresergebnis, im zweiten Quartal um drei Prozent darüber. In der zweiten Jahreshälfte weisen sämtliche für die Baukonjunktur relevanten Indikatoren auf eine günstige Entwicklung der Bautätigkeit hin. Allerdings, und das weiß Loidl von der anderen Seite des Flusses her sehr wohl zu beurteilen, im Vergleich zu früheren Konjunkturperioden wird das Tempo des Aufschwungs viel langsamer sein.

Die weitere Entwicklung des Baugeschehens wird also von der Investitionsbereitschaft der öffentlichen und auch der privaten Auftraggeber abhängen. Meine Damen und Herren, „Bauintern“ vom November 1976 ist noch zurückhaltender, weil naturgemäß und verständlicherweise gerade eine Studie, die innerhalb der Bauwirtschaft und der Bauindustrie vor allem erstellt wurde, von der „inside“ her die Probleme sehr viel deutlicher spürt.

Was bedeutet das für uns, ich möchte das ganz kurz ansprechen, auf eine einfache Formel gebracht: Ich freue mich, daß es auch heuer möglich war, in den Budgetverhandlungen sowohl für die Landesstraßen wie überhaupt für das gesamte Bauressort in der Steiermark eine konjunkturgerechte Budgetierung, wie wir meinen, zu erreichen. Wir haben festzustellen, daß das, was uns zur Verfügung steht — wir werden sehen, wie sich die Dinge tatsächlich verhalten, aber nach der bisherigen Übereinstimmung, insbesondere auch in der Regierung —, bei 904 Millionen insgesamt für das Landesbaubudget beträgt, so daß wir über dem Budget des vorigen Jahres liegen und daher da und dort auch reale Zuwächse möglich sein werden.

Ich möchte aber auch nicht verhehlen, meine sehr geehrten Damen und Herren, und ich tu das ohne bösen polemischen oder parteipolitischen Unterton oder ohne eine solche Nebenabsicht: Wir haben

leider auch in den Beratungen um das Bundesstraßenbudget so wie sie jetzt sich darstellen, und das ist ein wenig auch das Problem der Darstellung dieser Verhandlungen, weil sie knapp vor den Budgetverhandlungen des Landtages auch heuer wieder geführt wurden und mein Gespräch mit dem Herrn Bautenminister erst nach den Budgetverhandlungen möglich sein wird auf Grund seines Terminkalenders, wir haben zwar nach der ersten Verhandlungsrunde, der Herr Baudirektor und der Herr Hofrat Theussl haben selber in dieser Frage verhandelt — einen nominellen Zuwachs, nur bedeutet das, daß wir real auf der Stelle treten. Ich möchte Ihnen das anhand einiger Zahlen auch kurz darlegen. Die Zuteilungspolitik des Bundes hat die Steiermark in den Jahren 1974 und 1975 zusammen 389 Millionen Schilling gekostet, weil nämlich der genehmigte Budgetrahmen in der Zuweisung um diesen Betrag unterschritten wurde. Der sich ergebende Schuldenstand mußte nämlich jeweils mit dem Budget des Folgejahres abgedeckt werden. Eine solche Zuteilungspolitik läßt, fürchte ich, den Schluß zu, daß wir auch für das Jahr 1977, mit etwa 100 Millionen aus diesem laufenden Jahr negativ jetzt ins Rennen gehen. Das heißt, daß wir also insgesamt auf der Basis dieser Art der Zuteilungspolitik 1974, 1975, 1976 um 489 Millionen weniger bekommen haben als der Budgetrahmen ausweist.

Meine Damen und Herren, ich möchte gerade heute und hier, wie schon das letzte Mal, mit aller Deutlichkeit sagen, daß wir uns dazu sehr entschieden äußern werden, daß es meine Hoffnung ist, daß dies nicht das letzte Wort des Ministeriums ist und daß der Herr Bautenminister uns auch aus seiner unmittelbaren Kenntnis der steirischen Probleme jene notwendige Unterstützung ange-deihen läßt, die den Straßenbauproblemen der Steiermark zuzuwenden ist.

Denn ich möchte es vorwegnehmen, auch wenn wir die Mittel der Pyhrnautobahn-AG nehmen, so haben wir 1976 einen Aufwand für Baumaßnahmen, das ist die Unterlage der Pyhrnautobahn-AG, von 745 Millionen. Wir haben für 1977 präliminiert 702 Millionen. Das liegt auch natürlich daran, daß das Baugeschehen eben technisch in einer bestimmten Weise abzuwickeln ist, aber in summa bedeutet das, daß wir real bestenfalls auf der Stelle treten, verglichen mit dem Jahre 1976.

Deshalb möchte ich zwar durchaus anerkennen, daß wir eine beachtliche positive Entwicklung feststellen, daß wir aber auch gar keinen wie immer gearteten Grund haben, in irgendwelchen euphorischen Tönen uns hinsichtlich dieser Zuteilung der Bundesmittel zu äußern.

Meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang eine Ziffer. Für die Autobahnen, um sie fertigzustellen, brauchen wir in der Steiermark noch 13,2 Milliarden Schilling. Für die S-Straßen, der Herr Abgeordnete Kollmann hat dieses Problem angesprochen, brauchen wir 12 Milliarden Schilling und für den Ausbau des Bundesstraßennetzes im Sinne der Prioritätenliste des Ministeriums brauchen wir 4,4 Milliarden Schilling. Das ist eine Summe von fast 30 Milliarden Schilling, jetzt stehen wir bei

rund 1,3 Milliarden jährlicher Zuteilung für A-, S- und B-Straßen in der Steiermark. Eine sehr einfache Rechnung, wenn sie die Sache in die Zukunft projizieren.

Das bedeutet also, daß ich dick unterstreiche was von allen Rednern, die sich dazu geäußert haben, gesagt wurde, und was wir leider schon allzu oft und allzu lange auch immer wieder sagen müssen, nämlich, daß wir nur mit der Erschließung neuer Finanzierungsmethoden, und ich werde auch kurz darauf zu sprechen kommen, in der Lage sein werden, die ach so schweren und menschlich auch so harten Probleme, die im Gefolge eines nicht zeitgerechten Ausbaues gerade der großen Hochleistungsstraßen in diesem Lande erlitten werden müssen, zu meistern. Herr Abgeordneter Hammerl, ich unterstreiche Ihre Befürchtungen, Ihre Sorgen in diesem Zusammenhang voll und ganz und habe mich auch gefreut, daß insbesondere aus dieser Sicht das Problem angesprochen wurde. Aber es ist gar kein Zweifel, daß wir mit dem Problem nur fertig werden, wenn es uns gelingt, mit neuen Finanzierungsquellen an die Sache heranzugehen.

Nun zu dieser Frage Pyhrnautobahn und Südautobahn. Meine Damen und Herren, der Krieg, bitte sehr, ist doch längst vorbei. Ein so sachkundiger Mensch wie der Herr Landesfinanzreferent meint, Pyhrn, Pyhrn, Pyhrn. Herr Turek als Hauptredner der FPÖ, der Krieg ist doch längst vorbei. (Abg. Ing. Turek: „Es ist kein Krieg, es ist eine Frage der Vernunft!“) So kann man es sagen, nur umso ärger, wenn es eine Frage der Vernunft ist, denn es gibt überhaupt keinen vernünftigen Grund, hier das eine gegen das andere auszuspielen.

Ich möchte es mir nicht versagen und werde die Zeit trotzdem einhalten, weil ich darum werbe, wirklich darum werbe, daß wir eine gemeinsame Linie in dieser Frage haben. Sie beginnt nämlich beim Minister Moser, dem steirischen Bautenminister, über die Landesregierung, über den Landtag, selbstverständlich zu unseren Beamten in der Landesbaudirektion, ich werbe um diese gemeinsame Linie und daher möchte ich noch einmal zu dieser Frage, hoffentlich ist es das letzte Mal, etwas sagen:

Schauen Sie, der Herr Abgeordnete Lind hat in seiner Stellungnahme auch auf die Verkehrszählungen hingewiesen und so haben wir auf der Wechselbundesstraße zwischen 1970 und 1975 eine Zunahme des Verkehrs um 70 Prozent. Wir haben auf der Zählstelle Schoberpaß — und ich sage es nicht, um es herunterzuspielen — eine Zunahme um 64 Prozent bei ähnlichen durchschnittlichen Verkehrsziffern gemessen, obwohl die Qualifizierung der Statistik für den Fachmann natürlich das Problem des internationalen Transitverkehrs mit alle häßlichen Begleiterscheinungen finanzieller, wirtschaftlicher und insbesondere auch menschlicher Art uns besonders schwer drückt.

Wenn es uns tatsächlich gelingen sollte, und der Minister Moser hat einen mutigen Schritt gesetzt mit der „§ 4-Verordnung“, den Plabutschunnel im nächsten Jahr zu beginnen, dann werden wir auch diese lange Streitfrage durch Fakten, durch Bautätigkeit, aus der Welt geschafft haben und wir

werden das ärgste Problem, das es überhaupt auf diesem Gebiet gibt, nämlich den Transitverkehr auf der Grazer Gürtelstraße aus der Stadt hinausbringen. Es wird ohnedies lange genug dauern.

Wie gesagt, keine historischen Reminiszenzen, aber zur Steuer der Wahrheit. Zitat Minister Moser, 36. Osterreichischer Straßentag, 20. Mai 1974, darf ich Ihnen das vorlesen, für Ihre Seite des Hauses — wenn Sie so wollen —, für den Landesfinanzreferenten: „Die besondere Bedeutung der Pyhrn-AG für die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesländer Steiermark und Oberösterreich begünstigt auch Überlegungen,“ — hat er damals, 1974 gesagt — „die einen vorrangigen Ausbau der wichtigen Abschnitte dieser Autobahn zum Inhalt haben. Konkrete Gespräche mit den Ländern über den Bau des sogenannten Bosrucktunnels durch eine schon bestehende Gesellschaft sind bereits im Gange.“ Der Herr Landeshauptmann Dr. Niederl, der Herr Landeshauptmann Dr. Wenzel, die Klubs der Parteien dieses Hohen Hauses haben vor Jahren immer wieder darauf hingewiesen, heute sind wir soweit. Es sind die Planungen in ein Endstadium getreten, Herr Abgeordneter Wimmeler, auch Sie haben davon immer wieder gesprochen, es ist zu hoffen, daß wir dem Anfang wirklich sehr nahe gekommen sind.

Es ist inzwischen gelungen, gerade auf diesem Gebiet mit dem — in Anwesenheit des Landeshauptmannes muß ich sagen — Lassing-Selzthal-Tunnel zu beginnen und wir haben — schwierig genug, wie Sie wissen —, Gott sei Dank, also auch im engeren Bereich von Selzthal bei dieser wirklichen Falle in diesem Nadelöhr der Gastarbeiterroute einige Maßnahmen unsererseits setzen können, die eine gewisse Entlastung gebracht haben.

Wir hoffen, daß wir auch für das Problem Trieben durch die Zusammenarbeit mit dem Bürgermeister von Trieben, dem Gemeinderat, der Bauernschaft — der Abgeordnete Lackner war damals auch mit einer großen Delegation hier — auch diese Frage einer Lösung nähergebracht haben. Aber was sagt er weiter, der steirische Bautenminister: „Über die Notwendigkeit des forcierten Ausbaues der Südautobahn, glaube ich, muß heute nicht mehr diskutiert werden. Es wurden daher schon Untersuchungen über Finanzierungsmöglichkeiten aufgenommen, die eine durchlaufende Befahrbarkeit bis etwa Mitte der achtziger Jahre, wenn auch streckenweise nur auf einer Fahrbahn, zum Ziel haben.“ Das war Bautenminister Moser. Dem Herrn Finanzminister Androsch wurde am 17. August 1975 von einem Journalisten die Frage gestellt: „Welche Garantien gibt es dafür, daß Ihre Ankündigung, die Südautobahn werde bis 1985 durchgehend befahrbar sein, auch nach dem 6. Oktober 1975 noch gilt.“ Er wurde befragt am 17. August 1975. Oder anders gefragt: War das nur ein Wahlzuckerl? Androsch sagte: „Die Garantie einer Regierung, die in fünf Jahren 270 km Autobahn übergab, davon allein in diesem Jahr 66 km mit der so wichtigen Tunnelstrecke durch die Tauern und den Katschberg.“ Weitere Frage, weitere Antwort: Welche sind die wichtigsten Strecken: „Im Autobahnbau geht es um eine Bandbreite von Prioritäten, hier

sind Süd- und Pyhrnautobahn gleich wichtig. Das Autobahndreieck Wien—Linz—Graz muß nun schneller ausgebaut werden als bisher. Vor allem, weil im Westen Österreichs ohnedies viele Strecken im Bau sind.“ Eine Regierungserklärung des Bundeskanzlers Dr. Kreisky vom 5. November 1975 zum Abschluß: „Beim Ausbau des Fernstraßennetzes wird gewissen Straßen eine besondere Vorrangigkeit eingeräumt werden, so zum Beispiel dem Ausbau der Südautobahn, aber auch der Pyhrnautobahn, wobei letztere für die weitere wirtschaftliche Entwicklung des steirischen und oberösterreichischen Industrieraumes von großer Bedeutung ist.“

Nicht, meine sehr geehrten Damen und Herren, um hier der Rechthaberei das Wort geredet zu haben, sondern einfach dem Umstand Rechnung getragen zu haben, daß es uns durch unsere jahrelange feste Haltung in dieser Frage gelungen ist, sogar einen Passus in der Regierungserklärung vorzufinden, der sich mit unserer steirischen Position voll und ganz deckt. Ich sehe gar keinen Anlaß und ich will kein kräftigeres, oder gar häßliches Wort gebrauchen, ich sehe gar keinen Anlaß, daß wir diesen Erfolg, der letzten Endes auch ein gemeinsamer Erfolg ist, neuerlich mit Diskussionen aufs Spiel setzen, an denen viele interessiert sind, aber außerhalb der Steiermark, bitte sehr, meine Damen und Herren. Näher möchte ich mich nicht äußern. Gerade, wenn Sie die Herren Beamten fragen und jeder von uns weiß, wenn es um die Auseinandersetzung geht, wenn es um den Anteil geht des Landes, dann geht jeder für sich, da gibt es keine parteipolitischen Bindungen, da steht das Interesse des eigenen Landes im Vordergrund. Und in diesem Sinne bitte ich also auch noch einmal um Ihre einheitliche Vertretung dieser Auffassung. (Beifall)

Ich bin gerne bereit — den Herren der Regierung und den zuständigen Herren des Verkehrsausschusses habe ich es bereits zur Verfügung gestellt —, die Studie des Herrn Prof. Aita über die 192 Finanzierungsmodelle für die SAB 1986, das heißt, daß also die Südautobahn 1986, zur Verfügung zu stellen. Wir haben nicht zuletzt diesen Weg gewählt — Sie werden es gemerkt haben in den letzten Monaten —, der Beiziehung eines unabhängigen renommierten Wissenschafters, der uns diese Untertage erarbeitet hat, eine gründliche ausgezeichnete Arbeit eines Baupraktikers, aber ebenso eines Theoretikers des Herrn Prof. Aita in Zusammenarbeit mit unseren Herren, um auch dem Finanzminister die Möglichkeit zu geben, wie schon gesagt wurde, eines dieser 192 Modelle sich zu eigen zu machen und in einer sicherlich nicht leichten Verhandlung diese Frage einer baldigen Lösung zuzuführen.

Meine Damen und Herren, darf ich ein zweites Problem in diesem Zusammenhang ansprechen, nämlich unser Landesstraßenbauprogramm in der Steiermark. Wir haben im vergangenen Jahr erfreulicherweise eine Arbeit vorlegen können, nämlich das Zehnjahreslandesstraßenbauprogramm, das sich in diesem abgelaufenen Jahr bereits bestens bewährt hat. Das kann ich mir allerdings auch nicht versagen, in dem Zusammenhang zu sagen, ich muß ja dann aufs Spezielle auch noch zu reden kommen.

Herr Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: Prioritätenkataloge und Dringlichkeitsreihungen können nicht von Wunschvorstellungen ausgehen, die der Realität des Budgets nicht entsprechen. Das weiß der Herr Finanzreferent noch weit besser als jeder andere in diesem Hause.

Wir haben unser Zehnjahresstraßenbauprogramm nicht an utopischen und zum Teil durchaus wünschenswerten Vorstellungen orientiert, sondern sind ausgegangen von einer finanzierbaren Entwicklung von rund 450 Millionen, die wir für den Straßen- und Brückenausbau in der Steiermark zur Verfügung haben. Wir werden auf diese Weise bis zum Jahre 1985 die Hauptzielsetzungen dieses Programms, nämlich, daß alle Landesstraßen einen Asphaltbelag haben und daß wir alle regionalen Hauptverbindungen homogen und leistungsfähig ausgebaut haben werden, erreichen können.

Das heißt, daß wir auch etwa, Herr Präsident Hleschitz zu Ihrer speziellen Frage, in der Lage sein werden, das Problem der Unterführung Gratkorn, zu lösen. Es ist ein sehr, sehr schwieriges Planungsproblem wie Sie selber wissen. Wir haben bei einem Betriebsbesuch mit Präsident Feldgrill in der Leykam und einem Gespräch mit dem Generaldirektor Spiegelfeld auch aus unmittelbarer Anschauung und auch aus häufigerer unmittelbarer Anschauung, das Problem vor Augen gehabt. Wir haben die Planung fertig. Es ist nur so, daß die Leykam ihre notwendigen Betriebsabsichten in dieses Konzept homogenisieren muß oder umkehrt. Daher werden wir zu einer brauchbaren Lösung erst eben im Laufe des Jahres 1977 planerisch gekommen sein. Wir werden sehr rasch die rechtlichen Verfahren einleiten und die Grundablösungen durchführen, denn ich bin völlig einer Meinung mit Ihnen, und das ist auch ein ganz entscheidender Punkt, daß wir dieses Problem lösen müssen. Dasselbe gilt, wenn ich es in diesem Zusammenhang schon sagen kann, auch für das große Problem der Straßen, die wir im Bereiche insbesondere der Stadt Graz haben. Das gilt auch für alle jene notwendigen Vorhaben, die wir im Laufe dieses Zehnjahresprogramms auf diese Weise auch wirklich realisieren können.

Ein Wort, weil ich ich Abwesenheit — ich war mit dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter zum Begräbnis des Obmannes Zwanzger in Köflach während der Nachmittagssitzung, aber es ist mir berichtet worden —, wegen der Ortsplanung angesprochen wurde, noch dazu vom Herrn Abgeordneten Hammerl, einem guten Kenner gerade auch personalrechtlicher Fragen. Ich sage Ihnen ganz offen, diese Personalentscheidung, einen jungen Mann, wie den Herrn Dipl.-Ing. Hasewend, zum Vorstand der Abteilung I b zu machen, ist eine jener personalpolitischen Entscheidungen, wie man sie vielen verantwortlichen Herren wünschen könnte und für die ich jederzeit mit den Herren unserer Fraktion dem Herrn Landeshauptmann an der Spitze, sehr gerne geradestehe. Denn die Intensität, die Intelligenz und das Engagement eines Mannes von der Qualität ist auch in dieser an sich mit vielen Qualitäten ausgestatteten Baudirektion ein seltener Fall. Es ist das Ergebnis auch schon

seiner Tätigkeit, daß wir in Kürze dieses Handbuch der örtlichen Raumplanung der Steiermark der Öffentlichkeit und den Bürgermeistern übergeben können. Er hat mit seinen Herren in diesen letzten Monaten außerordentlich viel dazu beigetragen, daß das, was die Herren Abgeordneten dieses Hauses beschlossen haben, nämlich das Raumordnungsgesetz, auch tatsächlich vollzogen werden kann. Jeder Praktiker, und wenn Sie ehrlich sind, auch Ihre Praktiker, wissen das ganz genau. Ich habe noch nie, und das ist ganz selten, über einen Beamten so übereinstimmende positive Urteile der Bürgermeister vor allem gehört, die gesagt haben, das ist ein Mann, der hinauskommt, der sich mit uns zusammensetzt, der sich um unsere Probleme bemüht, der nicht vom Grünen Tisch her die Dinge angeht, sondern der eine echte Hilfestellung zu leisten in der Lage ist. Ich möchte sagen, ich habe den Ton nicht im Ohr, weil ich nicht da war. (Abg. Hammerl: „Es ist nicht um die Qualität des Herrn Hasewend gegangen!“) Ich möchte nur sagen: Das ist mir das Entscheidende. (Abg. Ing. Turek: „Herr Kollegen Hammerl waren die Jahresringe, das Sitzfleisch bedeutender!“) Und hinsichtlich der Frau Oberbaurat Gorbach, (Abg. Hammerl: „Gleiche Rechte für Frauen!“) seien Sie beruhigt. Herr Abgeordneter, weil Sie das im Zusammenhang mit der Bewerbung der Frau Oberbaurat Gorbach gebracht haben. Es ist an sich bedauerlich, daß solche persönliche Dinge angesprochen werden, aber bitte sehr, das ist jedermanns Recht. Die Dame sitzt am richtigen Platz. Und Sie können sich darauf verlassen, daß sie ebenso wie Hasewend in der I b in der Landesentwicklungsplanung eine ganz ausgezeichnete Arbeit leistet.

Das, was zum Landesentwicklungsprogramm in diesem Zusammenhang vom Herrn Abgeordneten Kohlhammer — auch da war ich leider nicht hier — gesagt wurde, ich möchte Ihnen wünschen, daß Sie in der Lage sind, dieses Phantom, von dem Sie geredet haben, selbst zustande zu bringen. (Landesrat Gruber: „Das bringt ja nicht einer zustande!“) Es ist weitgehend ein Werk der Frau Oberbaurat Gorbach. Das kann ich Ihnen auch sagen. Der Herr Professor Nußbaumer, damit es nicht zu friedlich abläuft, (Landesrat Gruber: „Das macht nicht einer allein!“) der Herr Professor Nußbaumer hat uns jedenfalls ein Gutachten zu dieser Frage geschrieben, und er ist ein renommierter Nationalökonom. Er sagt, das vorliegende Landesentwicklungsprogramm stellt eine beachtliche Leistung des Landes dar und bedarf nur in wenigen Details, wie oben angeführt, vor Endredaktion geringfügiger Ergänzungen. Ich würde Ihnen auch empfehlen, sich mit Praktikern solcher Programme zusammensetzen. Gar nicht weit von Ihnen, räumlich und auch heimatisch gesprochen, sitzt ein solcher. Fragen Sie ihn, er wird Ihnen sicherlich auch eine entsprechende Meinung sagen können.

Darf ich kurz noch, ohne meine Zeit zu überziehen — es ist mir gesagt worden, es wäre wünschenswert, wenn das um etwa 12.00 Uhr zu Ende sein könnte —, ein Wort zum Krankenhaus Bruck und zum Generalhochbauplan sagen und zum Krankenhaus Deutschlandsberg. Ich habe es schon ange-

deutet. Ich habe mir eine Unterlage geben lassen, und ich bitte Sie, auch hier mir ein wenig Aufmerksamkeit zu schenken. Die Erhebung über die Wünsche der einzelnen Ressorts für diesen Generalhochbauplan hat ergeben, daß in den nächsten zehn Jahren Landeshochbauten mit Gesamtkosten von sechs Milliarden Schilling errichtet werden sollten, um es so zu sagen.

Allein der derzeit noch im Amt befindliche Spitalsreferent beziffert seine Hochbauwünsche für die nächsten zehn Jahre — ich sage Wünsche — auf drei Milliarden Schilling. Ich habe sie im Detail auch hier vorliegen. Ich glaube, daß man sich gar nicht wundern sollte, Herr Landeshauptmannstellvertreter, warum gerade dieser Ressortwechsel so intensivst diskutiert wurde in den letzten Monaten, weil Sie gemeint haben, bei anderen Ressortwechseln hat es bisher keine Diskussion gegeben. Sie wissen es und Ihre Herren wissen es und Ihre Damen wissen es, was die Hintergründe sind. Ich möchte mich nicht weiter dazu äußern, meine Damen und Herren. Die Leute haben ein Gespür dafür. Auch der einfache Mann auf der Straße, aber das ist wirklich Ihre Torte. Der Herr Finanzreferent hat in den Verhandlungen um den Generalhochbauplan erklärt, daß für den gesamten Hochbau des Landes bis 1985 insgesamt, das ist eine verantwortungsbewußte Äußerung, 2,7 Milliarden Schilling zur Verfügung stehen.

Die Wünsche beziffern sich auf sechs, die des Spitalsreferenten auf drei Milliarden. (Landesrat Gruber: „Und der Piaty sagt, er hat nichts getan!“ — Abg. Fuchs: „Wünsche!“) Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Krankenhaus Bruck kostet nach vorsichtigen Schätzungen zwischen etwa 700, nach wahrscheinlich realistischeren Schätzungen rund 800 Millionen bis eine Milliarde Schilling, das Krankenhaus Deutschlandsberg rund 250 Millionen Schilling. Und nun darf ich Ihnen noch eine Liste vorlegen. Derzeit im Bau, nicht finanziert, sind Landeskrankehausbauten in der Größenordnung von 512 Millionen Schilling, durchschnittlich hat der Spitalsreferent im außerordentlichen Haushalt bisher 100 Millionen gehabt, (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „65“) 75 heuer, wenn Sie es genau sagen wollen, Sie wissen es ja und im Schnitt 100 Millionen. Sie wissen auch, warum es heuer 75 sind, das kann Ihnen der Herr Finanzreferent ganz genau sagen, es trifft nicht nur Sie, es trifft uns alle. Wir haben es auch miteinander beschlossen, bitte sehr, das sage ich noch dazu.

Eine Aufstellung über Bauvorhaben, die sich bereits im Planungsstadium befinden und die im Budget 1976 mit geringfügigen Beträgen berücksichtigt sind, macht noch einmal 405 Millionen aus, das sind also dann 917 Millionen. Daher, meine Damen und Herren, die Frage, auch die begründete Frage eines Abgeordneten wie des Herrn Kollegen Aichhofer, gestern am Abend: „Wann, wie, was?“. Hoffentlich gelingt es, in den Besprechungen des Beamtenkomitees und auch der anschließenden Regierungsverhandlungen, Sie werden (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Nicht nur ich!“) Sie werden ja dieses Problem nicht austragen, (Heiter-

keit bei der ÖVP.) ich will keine Nebenbemerkungen in diesem Zusammenhang machen, (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Da wird halt dann die Priorität hervorkommen, was wichtig ist!“) aber der neue Spitalsreferent wird es in diesem Zusammenhang schwer genug haben, schwer genug haben, nichts anderes wollte ich sagen. Schauen Sie, das imponiert mir, wenn ein Mann wie Loidl heute hier auch sachlich und realistisch redet, lügen wir uns doch nicht selber in den Sack und wenn es Piaty gestern etwas dramatisch gesagt hat — jeder hat seinen Stil —, es ist die Stunde, in der man halt auch da und dort nein sagen muß. In der Verhandlung um die Prioritäten kann man nicht immer nur ja sagen. Das ist eine schwere Last und eine schwere Verantwortung, die soll man sich nicht leicht machen, nur darum geht es. (Beifall bei der ÖVP. — Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Ich habe es gleich gesagt, der Herr Landeshauptmann hat es sich leicht gemacht!“)

Lassen Sie mich in die Zielgerade kommen, Herr Abgeordneter Wimpler, die Wildbach- und Lawinenverbauungsproblematik der Gebietsleitungen ist uns bekannt, wir haben einen gemeinsamen Resolutionsantrag im Finanz-Ausschuß eingebracht. Ich werde mich in persönlichen Gesprächen mit dem Herrn Landwirtschaftsminister dazu auch noch äußern.

Es gäbe viele, viele Probleme, über die noch aus dem Baubereich zu berichten wäre, das, worüber wir diskutiert haben, ist, glaube ich, umfangreich genug gewesen. Ich bin überzeugt, daß wir in einer guten Kooperation mit unseren Herren der Landesbaudirektion, aller Sparten, und auch mit der Unterstützung des Landtages auch im Jahre 1977 eine gute Arbeit leisten werden. (Beifall bei der ÖVP.)

**Zweiter Präsident Gross:** Da zur Gruppe 6 keine weitere Wortmeldung mehr vorliegt, erteile ich dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

**Abg. Dr. Schilcher:** Ich verzichte auf das Schlußwort und wiederhole meinen eingangs gestellten Antrag auf Annahme der Gruppe 6.

**Präsident:** Wer dem Antrag des Berichterstatters zustimmt, möge ein Zeichen mit der Hand geben. Die Gruppe 6 ist angenommen.

#### **Gruppe 7: Wirtschaftsförderung.**

Berichterstatter ist Abgeordneter Prof. Dr. Karl Eichinger. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Prof. Dr. Eichinger:** Die Gruppe 7 befaßt sich mit der Wirtschaftsförderung, dem land- und forstwirtschaftlichen Wegebau, Wasserbau, Strukturverbesserung, Elektrifizierung und Mechanisierung, Besitzfestigung, Bildung und Beratung, Produktionsförderung, Jagd, Fischerei und Förderung der Landwirtschaft. Weiters sind in diesem Kapitel enthalten die Fremdenverkehrsförderung, die Förderung von Handel und Gewerbe und wirtschaftspolitische Maßnahmen.

Die Ausgaben in dieser Gruppe betragen 450.940.000, die Einnahmen 75.227.000 Schilling.

Der Ausschuß hat dieses Kapitel beraten und ich bitte um spätere Annahme.

**Präsident:** Meine Damen und Herren! Im Einvernehmen mit den Obmännern der in diesem Haus vertretenen Parteien schlage ich vor, die Spezialdebatte der Gruppe 7 zu teilen, und zwar als ersten Teil in die Landwirtschaft, als zweiten Teil in den Fremdenverkehr und als dritten Teil in die Wirtschaftsförderung. Wird dagegen ein Einwand erhoben?

Ich stelle fest, daß das nicht der Fall ist.

Wir beginnen daher mit dem ersten Teil der Gruppe 7, Landwirtschaft.

Zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Präsident Koiner. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Koiner:** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Eingebunden in die allgemeine Wirtschaftsentwicklung vollzog sich 1976 auch die Entwicklung der österreichischen und damit der steirischen Land- und Forstwirtschaft, wobei sowohl die Beschäftigtenzahl als auch der Anteil am Sozialprodukt, der ja, wie Sie wissen, seit Jahren zurückgeht, vielfach Anlaß dafür sind, die Rolle der Land- und Forstwirtschaft in der Gesamtwirtschaft eines Landes und eines Staates zu unterschätzen.

Das darf nicht verwundern, denn, wenn wir die Zahl der Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft nehmen, so ist sie zurückgegangen auf neun Prozent, nach der Arbeitserhebung auf zwölf Prozent, das sagt aber nur, daß dort auch noch Menschen mitarbeiten, die an und für sich sonst nicht im Arbeitsprozeß stehen. Die Zahlen für das Sozialprodukt sagen, daß etwa 6,5 Prozent des gesamten Sozialproduktes von der Land- und Forstwirtschaft erarbeitet werden. Das sind an und für sich im Verhältnis zu den Zahlen der Gesamtwirtschaft noch eher klein scheinende Zahlen.

Trotzdem, meine Damen und Herren, wäre es ein Irrtum, zu meinen, daß mit diesen Zahlen allein die Rolle der Land- und Forstwirtschaft in der Gesamtwirtschaft charakterisiert wäre. Professor Malassis, ein Franzose, hat bei der jüngsten CA-Tagung auch ein sehr interessantes Ergebnis seiner Forschungen mitgeteilt. Er sagt, daß sich die Land- und Forstwirtschaft inmitten eines sogenannten Agro-Ernährungssystems als Basisproduktion befindet und daß es eine logische Folge der Entwicklung der Landwirtschaft der letzten Jahre oder Jahrzehnte ist, nämlich der fortschreitenden Mechanisierung, des Strukturwandels, der Arbeitsteilung, daß die Anzahl der Beschäftigten in der land- und forstwirtschaftlichen Basisproduktion zwar kleiner wird, der Gesamtumfang aber des Agrarnahrungsmittelsystems an und für sich zu Zahlen führt, die eigentlich überraschen. Er rechnet zu diesem gesamten Agrarnahrungsmittelsystem die vorgelegerten notwendigen Industrien und auch die nachgelagerten Industrien und den Verteilungsapparat. Das ist eben in einer arbeitsteiligen Wirtschaft selbstverständlich, daß die Basisproduktion, die Ur-

produktion kleiner wird, daß aber als Ersatz dafür vor- und nachgelagerte Industrien und Arbeitsplätze zunehmen.

Nun kommen hier Zahlen heraus, die an und für sich, glaube ich, doch etwas überraschen. Dieser Professor Malassis kommt zu folgenden Zahlen, meine Damen und Herren. Wenn in Europa für die Ernährung ein Betrag von etwa 100 ausgegeben wird, dann gehen 15 Prozent von diesen 100, also ein Betrag von 15, an die vorgelagerten Industrien, 55 Prozent, oder 55 von 100, an die verarbeitende nachgelagerte Industrie und an den Verteilungsapparat und 30 Prozent an die Basis, also an die Landwirtschaft. Eine zweite, nicht uninteressante Zahl, obgleich also die Zahl der Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft ständig im Abnehmen begriffen ist. Überraschend hoch sind also die Zahlen, die in diesem gesamten Agrarernährungssystem zutage treten. Was mich selbst überrascht hat, daß gerade in hoch industrialisierten Ländern dieser Anteil der Beschäftigten in diesem Gesamtkomplex ein unverhältnismäßig hoher ist, nämlich in Frankreich fallen zum Beispiel 25 Prozent aller Arbeitsplätze in dieses Agro-Ernährungssystem und in den USA sind es immerhin 20 Prozent.

Das sind, glaube ich, doch Zahlen, die deutlich machen, daß die Beschäftigtenzahl und auch das Bruttosozialprodukt in der Basis dieses Agro-Ernährungssystems, also in der Land- und Forstwirtschaft, sehr leicht dazu verleiten, die Rolle zu unterbewerten. Das zeigt die Bedeutung der landwirtschaftlichen Produktion in der Basis für die Arbeitsplätze insgesamt, vor allem auch in den vor- und in den nachgelagerten Bereichen.

Es drängt sich hier eigentlich der Vergleich auf, oder die Tatsache, warum besonders Länder, in denen die land- und forstwirtschaftliche Basisproduktion verhältnismäßig klein ist, etwa Italien oder auch England, in Zeiten einer Rezession auf dem gewerblich-industriellen Sektor mit ganz besonders hohen Arbeitslosenzahlen aufwarten. Ich glaube, daß das zusammenhängt damit, daß dieses Agro-Ernährungssystem ein grundlegendes Bedürfnis ist, auch dann erfüllt werden muß, wenn die Rezession da ist und daß hier dann, wenn diese Arbeitsplätze im vor- und nachgelagerten Bereich nicht vorhanden sind, es besonders schwierige Auswirkungen auf dem ganzen Gebiet des Arbeitsmarktes zeitigt.

Eine zweite Feststellung sei mir dabei erlaubt: Die Verflechtung der Land- und Forstwirtschaft, der Urproduktion, mit den übrigen Zweigen ist so groß, daß die gegenseitige Beeinflussung zunehmend und ganz stark geworden ist. Wer gestern die letzten Meldungen durchgehört hat, daß Carter, der neue Präsident der USA, der ja an und für sich die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in seinem Wahlkampf sehr stark betont hat, als erstes nun eine expansive Agrarexportpolitik, als erste konkrete Maßnahme, verlautbart hat, der findet, glaube ich, hier auch den Zusammenhang zwischen der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und einer expansiven Agrarpolitik und damit Beschäftigung in diesem an und für sich recht umfangreichen Zweig der Wirtschaft.

Deshalb, meine Damen und Herren, ist also die Ausrichtung der österreichischen Land- und Forstwirtschaft auf die Aufnahmefähigkeit des Inlandmarktes ganz scharf abzulehnen, weil erstens damit auch die vorgelagerten Industrien und Arbeitsplätze in Gefahr kommen und natürlich benachteiligt werden und weil zweitens durch ständige Importe an Agrarprodukten und Gütern des Nahrungsmittelbereiches die Aufnahmefähigkeit des Inlandmarktes ohnedies laufend verringert wird. Die Tatsache, meine Damen und Herren, daß Exporte industriell-gewerblicher Güter als, im allgemeinen, große Erfolge hingestellt werden, daß aber die Erzeugung von Exportgütern im landwirtschaftlichen Bereich vielfach pauschal als eine Überproduktion abgetan und faktisch disqualifiziert wird, ist daher nicht zu halten und ist auch nicht zweckmäßig für eine Volkswirtschaft.

Interessant ist es dabei, daß gerade höchst entwickelte Industrieländer, wie zum Beispiel die USA und Frankreich, auch zu den größten Agrarexporteuren der Welt überhaupt zählen und daß sie diesen Agrarexport ständig ausdehnen, und bei Beschränkung oder Benachteiligung ihrer Agrarexporte sogar riskieren, einen Handelskrieg aufzunehmen. Ich erinnere an den berühmten Hähnchenkrieg der USA, wo es de facto wirklich zu einem solchen Handelskrieg gekommen ist. Dieser agrarische Außenhandel ist für Österreich und natürlich auch für die steirische Landwirtschaft von entscheidender Bedeutung. Jeder Versuch, in der arbeitsteiligen Weltwirtschaft eine Ernährungspolitik unter streng nationalen Gesichtspunkten zu betreiben, ist daher, meine Damen und Herren, zum Scheitern verurteilt.

Einige Zahlen, bitte, die dies erhärten sollen: Wir haben 1975 nach Österreich eingeführt agrarische Güter um einen Betrag von 14,8 Milliarden Schilling und wir haben solche ausgeführt um einen Betrag von 5,7 Milliarden Schilling. Die Tatsache, die das noch einmal erhärten könnte, auch Zahlen im Agrarhandel mit den EG-Staaten, sagt folgendes: Wir haben 1972 mit den EG-Staaten ein Agrarhandelsdefizit gehabt von 500 Millionen Schilling im Jahr und im Jahre 1976 erwarten wir ein solches von vier Milliarden Schilling. Das heißt also, daß von 1972 bis 1976 das Defizit des Agrarhandels mit den EG-Staaten sich verachtfacht hat.

Was heißt das aber im Klartext: Daß man die Möglichkeit der Landwirtschaft, hier Einkommen durch die Produktion zu erzielen, entscheidend geschmälert hat, ohne daß leider Gottes die Hoffnung in Erfüllung gegangen ist, als Ausgleich dafür etwa im industriell-gewerblichen Sektor jene Steigerungen im Export zu erzielen, die das ausgleichen könnten. Das ist besonders in der letzten Zeit typisch und auch Anlaß für eine gewisse Besorgnis in der Außenhandelsbilanz Österreichs.

Ja, meine Damen und Herren, das sollte doch eine gewisse Einleitung sein, auch in Richtung auf die Bedeutung, die einfach dieser Basisproduktion der Land- und Forstwirtschaft zukommt. Das Konzept der Agrarexporte, der Inlandsproduktion, meine Damen und Herren, schaut nun also so aus: Wir glauben, daß es hier eines neuen Anstoßes be-

darf, daß es hier entscheidende Weichenstellungen geben muß, vor allem deswegen, weil wir in letzter Zeit das Gefühl haben, daß die Meinung, daß das wirtschaftliche Instrumentarium eine gewisse Vollkommenheit erreicht hat, doch einen kräftigen Dämpfer bekommen hat.

Das ist auch sehr deutlich in den Ausführungen des Landesfinanzreferenten in seiner Einbegleitungsrede zum Ausdruck gekommen. Wir haben dem auch entsprechendes Verständnis entgegengebracht und müssen es auch unterschreiben. Ich war aber einigermaßen doch erstaunt über seine Ausführungen, wie das zu bekämpfen wäre. Er hat etwa den richtigen Hinweis gegeben, daß durch eine zusätzliche Förderung der Exporte hier zumindest ein Mittel gegeben wäre. Er meinte aber, daß die Landwirtschaft in bezug auf die Förderung ihrer Exporte in Österreich einen Sonderstatus erreicht hat.

Das hat mich also doch sehr verwundert, weil — zumindest meiner Meinung nach — das nicht der Fall ist. Wie war denn das überhaupt? Schauen Sie, wenn wir etwa um nicht allzu in die Ferne zu schweifen, den Abschluß der EG-Verhandlungen Österreichs mit der EG zum Ausgangspunkt nehmen, das war 1972, so ist mit dem Abschluß dieses EG-Vertrages erreicht worden, daß in einem fünfjährigen stufenweisen Abbau der Zölle — und das Ende ist jetzt abzusehen, es ist nur mehr ein halbes Jahr bis dahin — im industriell-gewerblichen Bereich diese Zölle völlig abgebaut sein werden. Mit Ausnahme allerdings der sensiblen Produkte, aber auch hier ist mit 1980 und bei der Papierindustrie mit 1984 abzusehen, wann hier, zumindest auf dem Gebiet der Zölle, die Chancengleichheit Österreichs mit der übrigen Wirtschaft der EG erreicht worden ist.

Die Landwirtschaft, meine Damen und Herren, ist in diesem Abkommen nur am Rande berücksichtigt. Im Agrarbriefwechsel ist eine Sonderregelung vereinbart worden, die mit 1. Februar 1973 in Kraft getreten ist, Österreich und die österreichische Landwirtschaft hat grundsätzlich die Herstellung des Freiverkehrs auch für den agrarischen Bereich angestrebt. Das darf man nicht vergessen. Die Gemeinschaft hat sich aber nicht bereit erklärt, dem näherzutreten, sie hielt die Einführung dieses Freiverkehrs für Agrarprodukte nur bei voller Beteiligung an der gemeinsamen Agrarpolitik der EG einschließlich einer Einbringung in die Agrarmarktordnung, einschließlich Finanzierung dieser EG-Agrarmarktordnung und einschließlich Anerkennung der Institutionen dieser EG-Agrarmarktordnung für möglich. Das ist von Österreich aus staats- und neutralitätspolitischen Gründen nicht in Erwägung gezogen worden. Daß heißt aber, daß die österreichische Landwirtschaft auf dem Altar des Vaterlandes geopfert worden ist. Das muß man doch einmal in aller Deutlichkeit sagen.

Ich sage nun nicht, weil das nicht erreicht worden ist, weil das für die Landwirtschaft nicht erreichbar war, meine Damen und Herren, hätten wir also diesen EG-Vertrag nicht machen sollen, denn dann hätten wir für alle übrigen Wirtschaftszweige ähnliche Nachteile in Kauf nehmen müssen, wie das

heute sehr deutlich für die Landwirtschaft da ist. Wir haben also auch von der Landwirtschaft diesem EG-Vertrag zugestimmt, allerdings hat auch die Regierung — und es war auch damals schon eine sozialistische Regierung — eingesehen, daß das nur möglich ist, wenn hier flankierende Maßnahmen von dieser Regierung getroffen werden, um etwa die Nachteile der Landwirtschaft auszugleichen, die sie damit in Kauf genommen hat. Da ist auch ein Abkommen geschlossen worden, und so stellt sich das also nun dar.

Wenn also heute gesagt wird, und das hat mich so sehr verwundert, daß die österreichische Landwirtschaft und damit auch die steirische Landwirtschaft einen Sonderstatus in bezug auf die Agrarexportförderung genießt, dann stimmt das wirklich nicht und man muß das mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Ganz abgesehen davon, daß der Herr Landesfinanzreferent ja auch erwähnt hat, meine Damen und Herren, daß ein Großteil des heutigen Defizits und des Schuldenberges, der da ist, aus der Tatsache stammt, daß diese Regierung genötigt war, die Arbeitsplätze zu halten. Nun, wenn das stimmt, dann ist das auch nichts anderes als ein ganz besonderer Status der übrigen Wirtschaft. Ich glaube, das kann man ruhig damit vergleichen. Dann hat sie aber auch den anderen Status oder zumindest ein Gleichziehen in der Beziehung gehabt. Sollte das allerdings nicht stimmen, sollte also dieser Status für die anderen nicht gegeben worden sein, dann müßte auch einbekannt werden, daß also die Mittel nicht zur Arbeitsplatzsicherung verwendet worden sind. Ich glaube, daß sie dazu verwendet worden sind, aber ich glaube auch, daß damit von einem Sonderstatus der österreichischen Landwirtschaft in bezug auf die Exportförderung nicht geredet werden kann und das eine falsche Darstellung ist.

Und dazu ein paar Zahlen. Ich habe mir, meine Damen und Herren, die Zahlen der vorletzten Oktoberwoche, sie sind die letzten, die zu erreichen waren, in bezug auf die Preise der Schlachtrinder in der EG und in Österreich kommen lassen. Um etwa auch darauf zu reagieren, daß Österreichs Landwirtschaft eine solche Sonderstellung im Export hat. Das schaut nun so aus:

In Österreich haben wir in dieser Woche einen Durchschnittspreis, also aller Kategorien von Schlachtrindern mit Ausnahme von Kälbern, von 20,25 Schilling, Italien hat in der gleichen Woche — AGRAROP verkündet immer diese Preise — einen Durchschnittspreis von 27,30 Schilling, Frankreich von 28,20 Schilling und die EG im Durchschnitt von 26 Schilling. Ich glaube nicht, daß man hier von einem besonderen oder besonders günstigen Status der Landwirtschaft reden kann, sondern die Tatsache ist, daß durch die Nichteinbeziehung der österreichischen Landwirtschaft in diese EG-Regelung, und zwar aus staatspolitischen Gründen, der österreichischen Landwirtschaft, dem österreichischen Rindererzeuger gute sechs Schilling je Kilo Lebendgewicht vorenthalten werden, daß er also benachteiligt ist. Daß diese Tatsache dann auch noch auslöst, daß wir uns praktisch nicht vorwerfen,

aber vorhalten lassen müssen, wir hätten einen besonders günstigen Status, ist nicht verständlich.

Herr Landesfinanzreferent, bei einem Schlachtrind macht der vorenthaltene Preis so viel aus wie der Direktzuschuß bei einem Bergbauern, etwa diese 2500 Schilling. Wenn Sie 500 mal sechs multiplizieren, kommen Sie auf 3000 Schilling. So schaut das aus. Alle anderen rinderhaltenden Betriebe haben sowieso überhaupt keinen Ersatz dafür, überhaupt keinen Ersatz, weil es gibt eben nur für die Bergbauern diesen Direktzuschuß.

Ja, ich bitte sehr, so schauen diese Tatsachen in Wirklichkeit aus, und ich möchte das deshalb so breit und klar dargestellt haben, weil es ungerrecht ist zu behaupten, daß der Landwirtschaft eine quasi bevorzugte Stellung eingeräumt wäre, während es in in Wirklichkeit, leider Gottes, ganz anders aussieht.

Die Tatsache wird ja nun auch offensichtlich, meine Damen und Herren, es steht außer Zweifel, daß die Bergbauern insbesondere die Benachteiligten dieser, leider Gottes, eingetretenen Entwicklung sind. Das ist nicht eine Behauptung, die ich aufstelle, sondern der Beweis wird vom Landwirtschaftsministerium, und zwar mit dem Grünen Bericht für das Jahr 1975, geliefert. In diesem Bericht kommt das also ganz drastisch zum Ausdruck.

Im Bundesdurchschnitt, meine Damen und Herren, sind die landwirtschaftlichen Einkommen je Familienarbeitskraft laut diesem Grünen Bericht 1973 bis 1975 von etwa 48.000 Schilling auf 60.000 Schilling gestiegen. Ich sage das auch bewußt, weil ich nicht der Meinung bin, wir sollen in allen Dingen jammern. Wir sollen auch einmal sehen, wo es eine Aufwärtsentwicklung gegeben hat. Das entspricht immerhin einer Zunahme von 26 Prozent, meine Damen und Herren, allerdings betrug die Inflation in diesem Zeitraum ebenfalls 26 Prozent, so daß die Landwirtschaft real von 1973 bis 1975 etwa auf dem gleichen Status geblieben ist. Das sind die Zahlen des Grünen Berichtes, das sind die Zahlen des Landwirtschaftsministeriums.

Was aber ganz deutlich ist, ist, daß das landwirtschaftliche Einkommen je Arbeitskraft im Hochalpingebiet, in der Steiermark also die Bergbauern, in den verschiedenen Tälern, sich im gleichen Zeitraum, 1973 bis 1975, von 37.700 Schilling auf 34.000 verringert hat, also um elf Prozent zurückgegangen ist. Das bedeutet aber, daß dieses landwirtschaftliche Einkommen in diesen Betrieben in Wirklichkeit nämlich unter Berücksichtigung der Inflationsrate sich um 36 Prozent verschlechtert hat, meine Damen und Herren. Das sind alles Zahlen, wie sie der Grüne Bericht uns ganz un widersprochen und deutlich zum Ausdruck bringt.

Ich sage also damit, die Tatsache, daß die Bergbauern und die Grünlandgebiete die Hauptgeschädigten gerade dieser Entwicklung sind, kommt nun hoffentlich ganz deutlich auch in diesem Grünen Bericht des Landwirtschaftsministeriums zum Ausdruck. Nun mögen Sie sagen, was hilft das, jetzt wird halt wieder einmal herumgesempert, bösaartig unterstellt oder wie immer Sie das interpretieren.

Wo soll also der Ausweg sein? Es hat ja, nachdem diese Rinderimportsperrre der EG, die das ja aus-

gelöst hat, im 74. er Jahr zum Greifen angefangen hat, immer wieder Meinungen gegeben, Äußerungen, wie man dem begegnen soll, nämlich der Tatsache, daß die EG Maßnahmen setzen kann, auf die Österreich de facto nur ganz schwer und sehr zu Lasten der Betroffenen und auch des Steuersackes, meine Damen und Herren, auch des Herrn Finanzministers, reagieren kann. Ich war nicht ganz glücklich über die Präsentation, über diese Vorschläge. Ich erinnere daran, daß es Vorschläge gegeben hat, auch von Leuten unserer Seite, man müßte härter zur EG werden, man müßte in Bereichen, wo sie importieren, die entsprechenden Maßnahmen ergreifen. Der damalige Landwirtschaftsminister Weihs hat etwa in der Form reagiert, daß ja man als kleiner Staat nicht mit diesem riesigen Wirtschaftsraum in einen Handelskrieg treten kann. Das war eine Auskunft, die sicherlich auch überlegt war und ihre Berechtigung hat, aber dabei ist es geblieben. Das heißt, wir haben keine Änderung dieser diskriminierenden Tatsache bis jetzt erfahren. Gibt es überhaupt eine solche? Ich glaube schon, meine Damen und Herren. Es gibt sie. Denn wie erreicht diese EG die Tatsache, daß sie die österreichischen Rinder so diskriminieren kann. Sie hat eine Abschöpfungs- und Erstattungsregelung in ihrer Marktordnung, die ihr folgendes ermöglicht: Wenn Lebensmittel in die EG hineinkommen, setzen sie, und zwar obwohl sie bei der GATT sind, wenn sie das für notwendig erachten, eine Abschöpfung fest, geben das in einen Topf und erstatten dann, wenn sie glauben, sie müssen aus der EG landwirtschaftliche Produkte hinausgeben. Eine Waffe, die unendlich wirksam ist, was die Ausdehnung vor allem der EG-Agrarexporte beweist, und der Österreich keine gleichwertige Waffe zur Verfügung stellt.

Fürchten Sie nun nicht, wir verlangen oder ich verlange, daß diese Abschöpfungs- und Erstattungsregelung die große Glocke ist, unter der sich die österreichische Landwirtschaft weiter entwickeln kann zu einem Treibhaus, das möchte ich gar nicht haben. Aber die Waffe muß man haben. Die gleiche Waffe.

Ich bin überzeugt davon, daß diese Sprache auch von den EG-Leuten verstanden wird. Man kann sie handhaben, man braucht sie aber auch nicht handhaben. Aber wenn die EG sagt: „Wenn Österreich nach Italien Rinder exportiert, dann zahlt gefälligst an der Grenze 13 Schilling an Abschöpfung“, und Österreich das gleiche nicht auf einem anderen Gebiet machen kann, dann wird die EG gar nicht reagieren, wie sie leider Gottes ein paarmal nicht reagiert hat. Wie wir draußen waren, hat sie nicht reagiert, wie Weihs draußen war nicht und genausowenig wie jetzt Haiden draußen war. Und wenn wir oder Weihs oder Haiden gebeten haben: „Das könnt ihr doch nicht machen, haut doch den österreichischen Rinderhaltern nicht immer mit dem Schlegel auf den Kopf“, dann haben die gesagt: „Tut uns leid, das brauchen wir jetzt, wir werden noch ein bisserl fester hauen.“ Was uns auch noch bevorsteht ist die Hinaufsetzung der Abschöpfung, sie ist ja faktisch in der EG schon gelaufen.

Ich glaube, daß hier der Ausweg ist, es sich hier um ein grundsätzliches Problem der österreichischen Landwirtschaft dreht, vor allem auch der steirischen Landwirtschaft und vor allem der Bereiche, die laut Grünem Plan am meisten in den letzten Jahren in Nachteil gekommen sind. So. Ich bitte vielmals, das war jetzt ein bisserl lang, aber ich habe es für notwendig erachtet, dieses grundlegende Problem einmal aufzuzeigen.

Ich möchte folgendes noch sagen, gekennzeichnet war das Jahr 1976 auch für die Landwirtschaft durch eine Dürre, wie sie, glaube ich, seit langer Zeit überhaupt nicht verzeichnet werden konnte. Ich habe Verständnis dafür, daß in einer Zeit, in der wir auch mechanisierte, fortgeschrittene und technisierte Landwirte sind, manche, in einer solchen Zeit, überhaupt nichts machen können, sie rein abhängig sind von dem Zufall, ob es regnen oder nicht regnen wird, zu bitten und manchmal fast zu beten anfangen: Man kann sich die Geisteshaltung auch dieses französischen Bauern vorstellen, der halt in dieser Ausweglosigkeit einfach keinen anderen Ausweg mehr gesehen hat als Selbstmord zu begehen. Ich bitte, das muß berücksichtigt werden deshalb, weil, wie kein anderer Berufsstand, diese Landwirtschaft von Faktoren abhängig ist, die heute leider noch gar nicht zu beeinflussen sind.

Nun, meine Damen und Herren, es sieht so aus, nachdem die Regenfälle eingesetzt haben, nachdem das sich wieder gebessert hat, daß man etwa doch in der Öffentlichkeit auch der Meinung ist, es ist vorbei, es ist nichts passiert, der Regen hat an und für sich wieder früh genug eingesetzt. Ich muß sagen, das ist leider Gottes falsch. Wir haben die Untersuchungen und Erhebungen über Aufforderung des Landwirtschaftsministeriums gemacht, und es ist immerhin der Betrag, meine Herren, von drei Milliarden Schilling an Ertragsverlusten herausgekommen. Drei Milliarden Schilling. Ich muß Ihnen das sagen. Insbesondere betroffen waren wieder leider Gottes die Berg- und Grünlandgebiete, die extremen Bergbauern, allerdings auch sehr stark der Feldgemüsebau und die Maisproduzenten in einzelnen Gebieten. Ich glaube, daß man hier gut daran tut, diese drei Milliarden Schilling in irgendeiner Form auch etwas zu mildern, und daß das kein unsinniges Verlangen der Landwirtschaft ist.

Nun, ich möchte doch zum Schluß kommen, weil ich glaube, daß einige Herren noch zu Spezialproblemen der steirischen Landwirtschaft reden werden. Das war eher ein allgemeiner Überblick.

Noch ein paar Sätze für das, was ich für die Zukunft sehe. Meine Damen und Herren, wir haben mit 1. Oktober einen Ministerwechsel gehabt, und ich habe bei einer anderen Gelegenheit betont, daß wir in sehr entscheidendem Maße in der österreichischen und steirischen Landwirtschaft abhängig sind auch vom Agieren des zuständigen Ressortministers. (Abg. Dr. Eberdorfer: „Das ist ein Krampf!“) Ich habe, wie sich das abgezeichnet hat, auch mit dem Kollegen Zinkanell in einem sehr privaten Gespräch meine Befürchtungen geäußert, und er hat darauf erwidert: „Wenn der im Amt ist, wenn die Verantwortung da ist, glaubt er, daß es eine

gute Entwicklung geben wird.“ (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Ich hoffe das!“) Nun, ich hoffe das auch, und zwar deshalb, weil die Zukunftsaspekte doch etwa in die Richtung weisen, daß uns nicht nur rosige Zeiten bevorstehen. (Abg. Pözl: „Nur rote, meinst du!“)

Aber das, was bisher an Agieren des neuen Landwirtschaftsministers in aller Objektivität zu sehen war, macht mich besorgt, deshalb besorgt, weil sicherlich der neue Landwirtschaftsminister von der Ausbildung her kein eigentlicher Agrar-Experte war, kein Agrarfachmann, und weil sich auch in einer zweijährigen Zeit als Staatskörper sowas sehr schwer erwerben läßt. Er ist ein bisserl ein mißtrauischer Mensch, das hängt einfach mit seinem persönlichen Stil zusammen, er ist besonders wahrscheinlich auch mißtrauisch, weil er die Notwendigkeit der Profilierung in der nächsten Zeit ja vor sich hat (Abg. Ing. Turek: „Er ist dem Bauernbund gegenüber mißtrauisch!“) und weil er ja mit dem ehemaligen Landwirtschaftsminister nicht gerade ein sehr exzellentes Verhältnis gehabt hat, was ja von niemandem bestritten wird. (Abg. Ing. Turek: „Was auch von der SPO kritisiert wurde!“)

Von dem, was bis jetzt an konkreten Dingen von ihm gesetzt wurde, hat man manchmal das Gefühl, daß er die Dinge hochspielt, die an und für sich nicht relevant sind, die nicht die eigentlichen Bedürfnisse der Landwirtschaft darstellen, und daß er an Dingen eigentlich vorbeigeht, die notwendig wären, gelöst zu werden. Das ist ein sehr gefährlicher Weg, und zwar deshalb, weil Ressortminister einfach verpflichtet sind, die relevanten Dinge, die aktuellen Dinge in Angriff zu nehmen und zu lösen. Weil das wie bei einem Faß ist, da tropft es jedesmal hinein, und wenn das also immer wieder hineintropft, wenn das nicht gelöst wird, dann ist der Zeitpunkt abzusehen, wo das Faß einmal übergeht. Ich selber habe mich jedenfalls immer wieder bemüht, den Spund herauszuziehen, damit das Faß nicht so schnell übergeht, weil wir nicht daran interessiert sind. Ich würde es aber sehr für notwendig erachten, wenn hier zielgerichtet auf die Notwendigkeiten der Land- und Forstwirtschaft agiert wird und etwa doch viel, viel weniger wichtige Angelegenheiten nicht in der Öffentlichkeit so hochgespielt werden. Wir sind nicht an einer Konfrontation interessiert, vor allem in einer Zeit, die uns sicherlich viel abverlangen wird.

Aber wer, meine Damen und Herren, und das möchte ich in aller Deutlichkeit und zum Schluß sagen, wer immer wieder einmal in das Feuer hineinblast und wenn es dann ein bisserl zu brennen anfängt sagt: „Nein, nein, jetzt dürfen wir schnell ein bißchen!“, und kaum ist man weg, blast man wieder hinein, der muß gewärtig sein, daß das Feuer einmal anfängt zu brennen. Und das ist in niemandes Interesse. In der Beziehung wäre ich sehr froh, wenn der neue Landwirtschaftsminister seinen Stil ändern würde, und zwar bald. (Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident:** Das Wort hat der Abgeordnete Lackner. (Landesrat Bammer: „Karl, kommst du jetzt mit

der Kultur?" — Abg. Pranchh: „Mit der Landeskultur!“)

**Abg. Lackner:** Hoher Landtag, meine Kolleginnen und Kollegen!

Ich komme nicht zur Kultur, obwohl ich gestern ein paarmal angesprochen worden bin, warum ich mich nicht zum Kapitel 3 gemeldet habe. Aber mir war voriges Jahr — wenn ich schon gefragt worden bin, muß ich es sagen — vollkommen klar daß ich mich auf einer sehr steilen Gradwanderung befunden habe. Ich bin alt genug, um zu wissen, daß man auf einer solchen Gratwanderung einmal ausrutschen könnte, und das wollte ich nicht. Ich bin daher der Meinung, daß man gemeinsam — wenn ich sage gemeinsam, meine ich auch die Künstler — einen sicheren Weg suchen sollte, auf dem wir uns auf das Gebiet begeben, nachher werden wir uns sicher in der Gruppe 3 wieder einmal hören.

Nun zum Kapitel Landwirtschaft: Der Präsident Koiner hat ja schon sehr deutlich darüber gesprochen, und man hat aus den vielen Reden der Kolleginnen und Kollegen gehört und gemerkt, daß ein großes Bündel von Sorgen immer wieder zum Ausdruck kam. Solche Sorgen wie nie zuvor, und so ein Bündel Sorgen ruht natürlich auch auf unseren Bergbauern, die man wohl als die Stiefkinder unserer Wohlstandsgesellschaft bezeichnen kann. Ich bin nicht ganz glücklich, daß man alle Jahre in diesem Haus immer wieder von den Problemen und umgekehrt von der Bedeutung der Bergbauern reden muß. Ich weiß, es wird oft ein bisschen belächelt, in Wirklichkeit ist es aber tragisch.

Glücklich hingegen bin ich, daß sich in der letzten Zeit immer mehr Menschen, nichtbäuerliche Menschen, auch mit dieser Frage beschäftigen, Experten auf internationaler Ebene. Es hat erst vor kurzem einmal in Tirol eine Fachtagung zur Erhaltung des alpinen Lebensraumes stattgefunden. Diese Fachtagung hatte die Bezeichnung „Herausforderung“. Es haben damals sogar einige Experten den Anspruch getan, daß der Alpenraum der Dachgarten Europas ist. Sie haben festgestellt, daß gerade dieser Alpenraum ein lebensnotwendiger Rohstofflieferant ist. Die Rohstoffe, die er uns liefert, sind für uns selbstverständlich, sind es aber nicht. Von dort kommt das gesunde Wasser, die gesunde Luft, unberührter Boden und ein Land mit hohem Erholungsgrad. Und es sind einmal die Bergbauern, die dafür sorgen, daß dieses Land grünt und blüht. Wenn die Bergbauern nicht selber wesentlich dazu beigetragen hätten und getrachtet hätten, daß auch der Fremdenverkehr besonders im Bergland ausgebaut wurde, wo natürlich die Landwirtschaft einen wertvollen Nebenerwerb erzielt hat, würden heute weite Gebiete bereits der Entsiedlung preisgegeben sein.

Aber es haben nicht nur Fachexperten die Bedeutung der Bergbauern entdeckt, dies hat auch die sozialistische Regierung. Es gibt sogar einen Staatssekretär für Bergbauernfragen, es wurden Programme erstellt, es wurde viel versprochen.

Aber wie schaut die Situation wirklich aus? Herr Präsident Koiner hat es schon gesagt: Im Grünen Bericht, dem Organ des Landwirtschaftsministeriums, ist zu lesen — und das ist tragisch —, daß

erstmalig seit vielen Jahren die Ertragslage in der Landwirtschaft bei den Bergbauern rückläufig ist. Als Ursache führt man einerseits die Preisschere und andererseits die geringe Ertragslage an. Gerade dadurch ist es ja notwendig, daß die Bergbauern besonders gefördert werden.

Es ist gerade erschütternd, was man dem Bergbauern zumutet, mit welchen Bedingungen er landwirtschaftliche Geräte und Maschinen ankaufen soll. Es ist ja völlig unmöglich. Ich will euch nicht mit Zahlen belästigen, aber nur zwei Beispiele. Der Reform-Motormäher hat im Siebzigerjahr 16.000 Schilling gekostet, jetzt kostet er 27.000 Schilling, der Reform-Muli mit Ladewagen und Miststreuer, das ist ein Transporter, der das einzig brauchbare Gerät überhaupt ist, obwohl er den Traktor nicht ersetzt, kostete im Siebzigerjahr 143.000 Schilling, und jetzt kostet er 311.000 Schilling. Dieselöl hat bisher 2,40 Schilling gekostet, jetzt kostet es 6,10 Schilling, die Mechanikerstunde hat damals 65 Schilling gekostet, jetzt kostet sie 140 Schilling.

Wie schaut es umgekehrt in der Einnahmenseite aus? Der Viehpreis: Im siebzigerjahr war das Kilo Lebendgewicht 15 Schilling, 1973 war es 18, jetzt sind wir auf 22 Schilling. Der Milchpreis im dreundsiebziger Jahr war 2,49 Schilling jetzt 2,88 Schilling. Wir wissen alle miteinander, wir freuen uns sogar, daß wir ab 1. Jänner eine Milchpreiserhöhung haben, 25 Groschen steht in der Zeitung, nach außen hin dürfte es sogar stimmen, es ist nur nicht wahr, weil uns ja gleich schon wieder aus dem Krisengroschen ein Geld abgezogen wird, und 14 Groschen bekommt der Bauer in Wirklichkeit. (Abg. Heschitz: „Das war noch nie da, daß der Krisengroschen abgezogen wird!“) Wir müssen einen Krisengroschen zahlen. Damit es Deutsch ist. (Landesrat Bammer: „Wer hat den erfunden?“) Es ist daher die Bilanz erschreckend an der ganzen Geschichte, wenn dies so weitergehen sollte.

Bedauerlich dabei ist ja das eine noch: Obwohl wir ein Überangebot in der Milch haben, ist es unverstündlich für uns, daß heuer trotzdem 6607 Tonnen Käse importiert worden sind und wir umgekehrt wieder unter großen Opfern unsere Überschussprodukte ins Ausland exportieren müssen. Das ist eine Frage, bei der man nicht ganz richtig mitkommt.

Wenn die Bergbauern heute überhaupt noch existieren oder man müßte schon fast sagen vegetieren, dann nur durch den unbedingten Leistungs- und Erfolgswillen, dann nur deshalb, weil die Bäuerin, die bäuerliche Jugend bescheiden ist, weil sie auf so manches verzichten, was für andere selbstverständlich ist, Urlaub oder Karenzurlaub ist ein Fremdwort, und weil auch die Bergbauern sich auf einer gefährlichen Gratwanderung befinden. Ich muß das Wort jetzt noch einmal sagen, und zwar wegen der Verschuldung. Man müßte eigentlich fragen, was ist denn für ein Unterschied zwischen dem Finanzminister und den Bergbauern? Es ist gar keiner. Beide sind total verschuldet. (Beifall bei der ÖVP. — Heiterkeit)

Die Ursache dieses Zustandes ist halt einmal eine nicht ganz agrarfreundliche Regierung. Der ehema-

lige Staatssekretär (Abg. Loidl: „Die klatschen, weil du verschuldet bist!“) — nein, deswegen haben sie nicht geklatscht. Sie haben wegen etwas anderem geklatscht — und heutige Minister Haiden hat einmal in einem Pressegespräch den Ausspruch getan: „Man sagt mir nach, daß ich alles, was ich mir einbilde, durchsetze.“ Das ist ein erfreulicher Ausdruck, und wir sind alle in der großen Hoffnung, daß er sich in Zukunft mehr und Besseres einbildet, als es bisher der Fall war. (Abg. Brandl: „Mit dem Bergbauernzuschuß hat er sich durchgesetzt!“) Es gibt ein Bergbauernsonderprogramm mit 1.500.000.000 Schilling. Gegeben sind 900 Millionen Schilling worden. Da fehlt noch ein bißchen. (Abg. Hleschitz: „Das ist ja kein Viehhändler!“)

Ich bekenne mich selbstverständlich zur Direktförderung, aber wenn jemand der Meinung ist, daß man mit 2000 oder 3000 Schilling pro Jahr und Hof seine Pflicht getan hat, dann ist das wohl lächerlich und nicht gerade unbedingt das glückliche. (Abg. Zinkanell: „Du willst ja auch kein Staatsangestellter werden!“) Nein, das nicht, man kann nicht sagen, daß das eine Bergbauernhilfe ist, wenn man 2000 oder 3000 Schilling bekommt, wenn man auf der anderen Seite die Preise sieht. Oder wenn man zum Beispiel überlegt, der Staat gibt ohne viel Aufhebens nur zur Deckung des Defizits der Bundestheater eine Milliarde Schilling. Ich bin überzeugt, daß wir die Theater brauchen, aber ich bin auch überzeugt, daß da sehr viel zum Einsparen wäre. Man wird manchmal schwindlig, wenn man da hört oder liest, was so ein Künstler für einen einzigen Auftritt kassiert. Das versteht der Bauer nicht mehr ganz richtig; bei aller Wertschätzung und Bedeutung unserer Kunst. (Abg. Gerhard Heidinger: „Wir verstehen es auch nicht!“ — Abg. Brandl: „Ich auch nicht!“) Versteht es auch nicht? Ja, aber da wäre was drinnen. (Landesrat Bammer: „Karl, jetzt kannst du zusperrern! Du kriegst keinen Künstler um wenigen Geld!“ — Abg. Ing. Turek: „Wenn er italienisch singt, verstehst du ihn überhaupt nicht!“) Ein bißchen spanen müßten wir. (Landesrat Bammer: „Zusperrern wie die Landesbahnen!“ — Landesrat Peltzmann: „Ihre Fraktion hat sich geändert!“ — Landesrat Bammer: „Arbeitsplatzsicherung!“ — Landesrat Peltzmann: „Ohne Dienstposten!“)

Ich möchte nur feststellen, daß jeder Schilling, den man dem Bergbauern gibt, ja für den Staat in vielfacher Weise zurückkommt, weil es keinen anderen Stand oder niemanden mehr gibt, der das Land so billig bebaut und dafür sorgt, daß alles wächst und grünt. Man muß dem Bergbauern die Möglichkeit geben, daß er das Werkzeug, das er braucht, um den Boden zu bebauen, kaufen kann. Das muß doch möglich sein, daß diese Maschinen und Geräte entsprechend gestützt werden. Es wäre ein Vergnügen, in Jugoslawien einen Steyr-Traktor zu kaufen. Ja, wenn es dort geht, müßte man doch dem Bergbauern, der diese große Aufgabe zu erfüllen hat, auch die Möglichkeit geben, daß er entsprechend billig die Maschinen bekommt, wenn es einmal in die Hunderttausender geht. Wir wissen genau, daß die Maschinen gerade durch die extreme Belastung im Bergland viel mehr beansprucht werden als es in der Ebene der Fall ist.

Es wäre sehr gut, wenn der Herr Landwirtschaftsminister sich einbilden würde, daß der Bund maßgebliche Mittel für die Erhaltung der Wege beistellen würde und nicht, so wie er es sich einbildet hat, die Gemeinden sollen dies tun, wo jeder Mensch weiß, wie es um die finanzielle Lage unserer Bergbauerngemeinden überhaupt steht. Es ist dringend notwendig, daß eine positive Regelung der Agrarpreise einmal durchgeführt wird, daß der Bergbauernzuschuß noch weiter ausgebaut wird, daß der Zuschuß für die Erhaltung der Almen nicht nur gegeben — dankenswerterweise in der Steiermark gegeben —, sondern daß noch mehr gegeben wird. Es ist eine dringende Regelung notwendig in der Agrarpreisfrage und Außenpolitik und Außenhandel.

Der Herr Minister beschäftigt sich zur Zeit mit der Bildung von Kontrollausschüssen, durch die die Bauernkammern kontrolliert werden sollten. (Abg. Gratsch: „Sehr notwendig!“) Das ist notwendig? Ich weiß nicht, ich komme da nicht ganz mit. Es ist auf der OVP-Seite noch niemandem eingefallen, daß man die Arbeiterkammer kontrollieren soll. (Abg. Dr. Maitz: „Kontroll-Ausschuß für die Arbeiterkammer!“) Was die Arbeiterkammer für den Arbeiter ist, ist die Bauernkammer für den Bauern. Und ich kann nur sagen, die Bauernkammer hat seit ihrem Bestand Großartiges und Beachtliches geleistet. Es wäre viel gescheit, wenn der Herr Minister schon gerne Ausschüsse bildet, ich wüßte schon da etwas, wo man diese Ausschüsse ansetzen könnte. Wenn ich nur so an die Bauringgeschichte denke. Seit Jahren wird da herumgeredet, wird verschleiert. Da würde so ein Ausschuß hingehören oder bei der letzten Schmutz- und Spionageaffäre mit den Koreanern. Da wäre auch ein Geld zu holen, das wir notwendig brauchen könnten, nicht jetzt da irgendwelche Kontrollen durchführen. (Beifall bei der OVP.) Der Bauer hat seine Pflicht bis jetzt immer getan, und wir hoffen und erwarten, daß wir auch von seiten des Landes, das heißt vom Land haben wir es sowieso, von seiten des Bundes entsprechende Unterstützung bekommen. (Beifall bei der OVP.)

**Zweiter Präsident Gross:** Meine Damen und Herren, ich unterbreche die Beratungen bis 14 Uhr.

*(Unterbrechung der Sitzung: 12.55 Uhr, Wiederaufnahme der Sitzung: 14 Uhr.)*

**Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren:** Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf. Wir stehen bei der Behandlung der Gruppe 7. Als nächster Redner hat sich zu Wort gemeldet der Herr Abgeordnete Schrammel. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Schrammel:** Verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich hoffe, daß sich die Kollegen inzwischen einfinden werden, damit die Debatte der Landwirtschaft weitergeführt werden kann. Der Kollege Lackner hat die Probleme der Bergbauern gebührend erörtert, ich möchte das Grenzland behandeln, wo es ebenfalls Schwierigkeiten gibt. Es darf nur eines festgestellt werden, daß man von seiten des

Landes für das steirische Grenzland zeitgerecht schon versucht hat, die Förderung so auszurichten, daß die Probleme letztlich nicht zu wirtschaftlichen Schwierigkeiten geführt haben. Es zeigt sich, daß sich die Einkommenssituation im steirischen Grenzland echt gebessert hat und das ist eine erfreuliche Tatsache und eine sehr erfreuliche Feststellung.

Es muß wohl auch gesagt werden, daß sich das Land Steiermark schon zu Ende der fünfziger Jahre mit einer massiven und gezielten Förderung für die Wirtschaft im Grenzland eingesetzt hat und daß es dabei gelungen ist, das wirtschaftliche Gefälle zwischen dem Binnenland — wenn ich so sagen darf —, also zwischen den Zentralräumen und dem Grenzraum, erfolgreich aufzuheben.

Es ist für uns, die wir an der Grenze zu leben haben, eine große Genugtuung, wenn kein milderer als eben unser verehrter Herr Landeshauptmann bei einer Tagung in Radkersburg im Frühjahr des heurigen Jahres vor einem großen Forum betont hat, daß die Grenzlandförderung als Staatspolitik ersten Ranges zu betrachten ist. Wir wissen, daß der Grenzraum hinsichtlich seiner Besiedlung und seiner wirtschaftlichen Basisbereiche letztlich doch große staatspolitische Aufgaben zu erfüllen hat.

Das steirische Grenzland gilt allgemein auch als ausgezeichnetes, landwirtschaftliches Produktionsgebiet und es ist daher auch erklärbar, daß die steirische Wirtschaftsförderung gerade die Landwirtschaft immer wieder sehr maßvoll positiv beeinflusst hat. Es war das aber sicher kein Almosengeben, sondern eine echte Wirtschaftsförderung.

Charakteristisch für die Wirtschaft im Grenzland ist der Kleinbesitz und der Leistungswille der Bauernschaft. Es sind gerade in der Landwirtschaft natürlich deshalb viele dieser Kleinbetriebe gezwungen, entweder durch arbeitsintensive Spezialkulturen einerseits, oder durch einen Neben- oder Zuerwerb das Familieneinkommen zu verbessern. Nun, diese Bemühungen dieser Grenzlandbauern hat das Land Steiermark sehr maßvoll in den letzten Jahrzehnten unterstützt. Wir können aber im Grenzland nicht das Schicksal eines Berufsstandes herausgreifen, denn es ist die Landwirtschaft, das Gewerbe und das dort seßhaft gemachte Industrielieben so stark ineinander verzahnt, daß sie nicht auseinanderzuhalten sind.

Die maßvollste Unterstützung für das Grenzland war wohl die Verbesserung der Infrastruktur. Ich möchte hier nicht die Detailbereiche im einzelnen aufzählen, sondern nur einige Dinge hervorheben, und zwar den Wegebau, den Straßenausbau, die Telefonverbindungen, die verstärkt wurden, und letztlich die Kredite, die schwerpunktmäßig im Grenzland vergeben wurden. All diese Maßnahmen, ich möchte das noch einmal sehr klar wiederholen, sollen nicht als Almosen gegeben werden, sondern sind letztlich eine Anerkennung für den Leistungswillen der Menschen in diesem Gebiet. Wenn gerade bei Kreditmaßnahmen die Bevölkerung immer wieder den Willen zum Schuldenmachen gezeigt hat, so ist das auch ein Zeichen des Überlebenswillens an der Grenze und damit auch eine große staatspolitische Leistung. In der Landwirtschaft war man bemüht, die Sonder- und Spezialkulturen maß-

voll zu unterstützen, wie beispielsweise den Anbau von Obst, Wein, Feldgemüse, Hopfen, Tabak, Kürbiskern und Mutterkorn. Es sind alles Spezialkulturen, die im einzelnen sicher nicht allzu große Flächen darstellen, aber sie bringen doch für die kleinbäuerlichen Betriebe eine wesentliche Existenzverbesserung. Man sollte nicht übersehen, daß beispielsweise 80 Prozent des Obstaufkommens in Österreich aus der Steiermark kommt und 60 Prozent der inländischen Tabakproduktion in der Steiermark erzeugt wird und daß das auch sehr wesentliche wirtschaftliche Leistungen sind.

Das Nächste, die Arbeitsplatzsicherung und der Nebenverdienst für die Kleinlandwirte. Es hat die Steiermärkische Landesregierung seit dem Jahre 1970 1,5 Milliarden Schilling an Wirtschaftsförderung zur Auszahlung gebracht und es sind mit dieser Förderung nicht weniger als 6500 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen worden. Die Erfolge zeichnen sich auch ab, und zwar, daß die Prokopfsteuerquote dadurch von 60 Prozent im Jahre 1961 auf 70 Prozent im Jahre 1971, gemessen am Landesdurchschnitt, verbessert werden konnte. Die Abwanderung aus dem Grenzland konnte gebietsweise sogar umgekehrt, zumindest stabilisiert werden. Man merkt, daß man aus den Zentralräumen, zumindest am Wochenende, gerne ins Grenzland fährt, und man bereit ist, sich dort seßhaft zu machen.

Zum Schluß noch ein nicht zu übersehender wertvoller Förderungskern der steirischen Politik ist wohl die Förderung des bodenständigen Kulturlebens. Man soll nicht übersehen, daß die vielen Vereine, die es vor allem in diesem Grenzmilieu gibt, wo man das Gefühl zum Zusammenleben noch eher hat als vielleicht in den Zentralräumen, große Aufgaben erfüllen. Sie machen das meist ohne großen finanziellen Aufwand und vor allem ohne große Förderungsmittel, ohne großes Kulturbudget.

Im Jahre 1976, also im heurigen Jahr, ist endlich — muß ich jetzt wirklich sagen — der Bund dem guten Beispiel des Landes Steiermark gefolgt, und es wurde ein Grenzlandsonderprogramm geschaffen, ich darf da dem Herrn Landeshauptmann Dr. Niederl recht herzlich danken für seine Bemühungen, daß die Steiermark in die Grenzlandförderung ab dem Jahre 1976 einbezogen wurde.

Wir hätten aber auch Wünsche, daß das Grenzlandsonderprogramm — wie es genannt wird — auch für die Zukunft erfolgreich für unser Gebiet ausfallen soll. Es sind weitere Verbesserungen in der Infrastruktur notwendig, wir freuen uns über das Zehnjahresstraßenbauprogramm des Landes, wo nach Aussage des Referenten Landesrat Dr. Krainer 900 Millionen Schilling für den Ausbau der Landesstraßen im Grenzbereich ausgegeben werden sollen. Wir wollen uns auch nicht in den Streit zwischen der Südautobahn und Pyhntautobahn einmischen, nur möchten wir uns auch erlauben, die Anmerkung an die Verantwortlichen zu richten, daß in unserem Gebiet sicher auch die Südautobahn eine wesentliche, rein wirtschaftliche Rolle zu erfüllen hat. Der Telefonausbau ist noch ein großes Bedürfnis, die Stromnetzverstärkung eine wichtige Maßnahme für die weitere wirtschaftliche Entwicklung. Die Flußregulierungen in so manchen Gebie-

ten zum Hochwasserschutz notwendig, und sehr wesentlich ist eine ausreichende Versorgung mit Ärzten, Krankenanstalten und den notwendigen Dienstleistungen.

Hier gestatte ich mir eine Anmerkung. Es ist für uns nicht beruhigend, wenn es Debatten gibt wie beispielsweise wieder heute, wo gerade ein Krankenhaus, nämlich das Krankenhaus Fürstenfeld, aus dem Kontrollbericht herausgegriffen und im Teilbereich negativ hingestellt wird. Meine Damen und Herren und verehrter Herr Landeshauptmannstellvertreter Sebastian, das Landeskrankenhaus Fürstenfeld ist für uns in der Oststeiermark ein Lebensnerv und wehe, wer daran rührt. Da gibt es eine Solidarität über alle Parteien und die Aufregung, die solche provozierenden Ausführungen wie vorhin hervorrufen, könnte dann nicht mehr gedämpft werden. Wem sie schaden, das möchte ich dahingestellt lassen. (Abg. Ing. Turek: „Laßt euch nicht provozieren!“) Wir lassen uns nicht provozieren, aber, wenn es um unsere Probleme geht, dann werden wir uns natürlich wehren. (Abg. Ing. Turek: „Auch ihr anderen laßt euch nicht provozieren, sonst geht es wieder los!“)

Dann ein wesentliches Problem die Bildungseinrichtungen. Es fehlen uns sicher noch im Grenzland berufsbildende mittlere und höhere Schulen. Wir hoffen, daß das in den nächsten Jahren ausgeglichen werden kann. Es hat der seinerzeitige Bundesminister Dr. Piffl einen guten Anfang gesetzt, daß jeder Bezirkshauptstadt eine höhere Schule zugesprochen wurde. Weiter gezielte Förderungen für das Kindergartenwesen, für uns ist das ein sehr wesentliches Problem, und die Aufrechterhaltung des bodenständigen Kulturlebens.

Zur allgemeinen Förderung der Wirtschaft eine globale Feststellung: Wenn die gutnachbarlichen Beziehungen mit Jugoslawien immer wieder auch von seiten der Steiermärkischen Landesregierung zum Wohle des Grenzlandes, aber auch zum Wohle der gesamten Steiermark und des Bundesstaates gefördert wurden, so soll das in Zukunft auch so bleiben. Wir bitten nur, daß eine Belebung der Kontakte mit Ungarn auch geschaffen wird. Wir wissen aber auch, wie schwer das auf Grund der gegebenen politischen Verhältnisse ist. Aber man sollte es nicht unversucht lassen. Das betrifft vor allem die Bezirke Hartberg und Fürstenfeld, die von einer solchen Belebung wirtschaftlich sehr betroffen wären. Die Fremdenverkehrsförderung ist ein wesentlicher Belebungs-pol für die gesamte Wirtschaft. (Abg. Gerhard Heidinger: „Wenden die Ungarn bei uns einkaufen?“) Lieber Kollege Heidinger, ich weiß, daß du immer etwas weißt, wenn man versucht, die Dinge sachlich darzustellen. Du verstehst es meisterhaft, destruktiv im Landtag tätig zu sein und Dinge, die ernst behandelt werden sollen, lächerlich zu machen. Wenn das eine politische Arbeit ist (Abg. Gerhard Heidinger: „Jetzt ist er beleidigt. Nicht böse sein!“), na bitte, dann will ich das dir in dieser Form eben überlassen.

Zum Fremdenverkehr: Die Belebung der Bäderachse Loipersdorf—Gleichenberg—Radkersburg zu erwähnen ist mir sicher eine Herzensangelegenheit, und ich bitte, daß die wirtschaftlichen Zielsetzungen,

die als Anfang schon mit echten Taten betrieben wurden, weiter so verfolgt werden.

Natürlich, die Arbeitsplatzbeschaffung muß erwähnt werden. Wir brauchen nach einer sachkundigen Schätzung noch etwa 5000 Arbeitsplätze im Grenzland.

Zur Landwirtschaft noch einige Ersuchen für das künftige Grenzlandsonderprogramm. Die Grundzusammenlegungen, die in den letzten Jahren sehr zügig vorangetrieben werden konnten, sollen weiter verfolgt werden. Seit dem Jahre 1970 wurden rund 2500 ha landwirtschaftlicher Grundfläche kommassiert übergeben und es müßten im Grenzbereich noch mindestens 35.000 ha kommassiert werden, wobei ein finanzieller Aufwand von rund 500 Millionen Schilling erforderlich sein wird. Wir hoffen, daß die neuen gesetzlichen Maßnahmen kein Hemmnis darstellen. Wir anerkennen die Demokratisierung auch auf diesem Gebiet, man soll aber nicht einzelnen Eigenbrötlern — ich wähle bewußt das Wort — so weit Raum geben, daß sie dann ein gemeinsames Werk verhindern können.

Der Wegebau: Rund 3000 Höfe sind, nur im Grenzland, noch unerschlossen. Es fehlt ihnen noch ein ausgebauter Zufahrtsweg und es wäre dafür ein Kapitalaufwand von rund 300 Millionen Schilling erforderlich. Es ist bedauerlich, daß die Bundesmittel doch nicht im gebührenden Ausmaß fließen, um diese Wünsche rechtzeitig verwirklichen zu können. Die Entwässerung muß vor allem im Raum Radkersburg weitengeführt werden.

Mit besonderer Betonung soll die Kleinlandwirtschaft erwähnt werden. Sie wird von manchen, die sie nicht kennen und die die Probleme der Grenzlandbauern nicht kennen, vielleicht belächelt. Sie ist aber ein wesentlicher, auch wirtschaftlicher Faktor für dieses Gebiet, wenn man bedenkt, daß in den letzten fünf Jahren 21 Millionen Schilling im Rahmen dieser Förderungsmaßnahme vom Land ausgegeben wurden.

Die Förderung der Spezialkulturen, hier vor allem im Rahmen des Weinbauplanes 2, gibt den Weinbauern eine echte Chance. In den Bezirken Leibnitz, Feldbach, Hartberg und Fürstenfeld sind doch auch recht viele Weinbaubetriebe sesshaft. Sie bewirtschaften Hänge, die sonst nicht nutzbringend bewirtschaftet werden könnten.

Zum Tabakanbau noch eine kurze Anmerkung: Tabak gedeiht in der Steiermark wie in keinem anderen Bundesland vorzüglich und liefert beste Qualitäten. Es wäre nach der Aussage der Generaldirektion eine Anbauausweitung noch möglich. Es wird immerhin noch für 600 Millionen Schilling Rohtabak importiert, während der Wert der heimischen Produktion erst bei 20 Millionen liegt und die Inlandsproduktion lediglich zu 4 Prozent gedeckt werden kann. Nun, wir hoffen, daß das Finanzministerium hier bereit ist, weiter mit Förderungs-mitteln mitzuhelfen, denn in den letzten Jahren waren die Preise für den Rohtabak keinesfalls so verlockend, daß der Anbau ausgedehnt werden könnte. (Abg. Gratsch: „Aber fordern, fordern, fordern, das ist ja unerhört!“) Ich muß aber anerkennend festhalten, lieber Kollege Gratsch, daß eine Preisanhebung für die Tabakbauern erreicht werden

konnte, und ich möchte das sehr positiv hinstellen.

**Saatmaisbau:** Es wird aus Jugoslawien importiert, das heißt im Vertragswege dort angebaut. Bei den Ölfrüchten wäre noch eine Ausweitung möglich. Wir importieren zu 95 Prozent aus dem Ausland und vielleicht können hier uns gescheite Leute, die Wissenschaftler, weiterhelfen, um auch den Ölfruchtanbau im Inland gewinnbringend zu gestalten.

**Mutterkornbau:** Vielfach ist er gar nicht bekannt. Für die pharmazeutische Industrie werden rund 200 ha Mutterkorn im Raum Weiz/Fürstfeld angebaut, und es wäre auch hier eine Ausdehnung möglich.

Nun, zum Schluß darf ich bitten, daß Polemiken, wie sie bei der letzten dringlichen Anfrage, eingeleitet vom Arbeiterkammerpräsidenten Ileschitz, im Landtag betrieben wurden, unterbleiben. Es wurde behauptet, daß der Wegebau nicht förderungswürdig ist. Ich habe genau mitgeschrieben, was er gesagt hat. Präsident Ileschitz kritisierte, daß Karrenwege ausgebaut werden. Nun, dort leben halt auch Menschen, die einen Weg brauchen. Er kritisierte aber auch die Wirtschaftsförderung des Landes. Er hat gesagt: „Wir Arbeitnehmer verlangen daher, daß mit der bisher geübten Förderung Schluß gemacht wird.“ Ich möchte bitten, daß nicht Schluß gemacht wird mit dieser Förderung des Landes (Abg. Ileschitz: „Du kannst sogar fordern!“), denn das wäre eine sehr ungute Entwicklung für das Grenzgebiet und man sollte sich merken, Herr Präsident Ileschitz, wenn man in Graz sitzt oder in den Zentralräumen lebt und sitzt, daß halt, wenn das Grenzland verlorengeht, dann diese Räume, die heute Zentralräume sind, zum Grenzraum werden. Wir wollen uns das nicht wünschen. (Beifall bei der OVP.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ing. Turek, ich erteile es ihm.

**Abg. Ing. Turek:** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Als Nichtbauer bin ich natürlich nicht in der Lage, so fundiert in die Materie einzugehen, wie meine Vorredner diese Materie behandeln konnten. Ich nehme mir aber bei jeder Budgetdebatte die Freiheit heraus, zur Frage der Landwirtschaft aus der Sicht eines Nichtbauern Stellung zu nehmen, weil ich glaube, daß gerade die Lösung des Problems der Landwirtschaft und der bäuerlichen Frage nicht zuletzt eine berufsständische Frage, aber darüber hinaus eine Frage der landwirtschaftlichen Gesinnung, die in unserem Volk vorherrscht, ist. Aus diesem Grund möchte ich gerade als Nichtbauer und auch als Nichtbewohner des ländlichen Raumes, sondern als Bewohner einer Großstadt wie sie Graz darstellt, einige Anmerkungen hier vorbringen und vielleicht auch Überlegungen darstellen, was die Bauernschaft vielleicht manchmal zu sehr in einer gewissen Betriebsblindheit verhaftet, vielleicht auch beachten könnte.

Es ist sicher so, daß ich Überlegungen in zweierlei Hinsicht anzustellen habe, und zwar erstens als Mensch und zweitens als Politiker. Es ist so, daß beide Positionen von einer anderen Warte das Problem und die bäuerliche Frage sehen. Wir ste-

hen vor folgender Tatsache, daß wir anerkennen und zuerkennen müssen, daß der Bauer eine gesellschaftspolitische Aufgabe zu erfüllen hat, daß er für die Ernährung und für die Versorgung unserer Bevölkerung mit gesunden Nahrungsmitteln zu sorgen hat, und daß er die zweite wichtige Funktion, die erst langsam in das Gedächtnis der übrigen Bevölkerungskreise einrückt, die Funktion der Erhaltung der Kulturlandschaft auszuüben hat. Gerade wir Städter anerkennen diese zweite Funktion, wenn wir am Wochenende hinaus aufs Land fahren, sehr dankbar.

Politisch sehe ich das so, daß wir als Politiker aus einer gemeinschaftlichen Aufgabe heraus, aus einem gemeinschaftlichen Denken heraus, einfach vor der Tatsache stehen und die Tatsache anerkennen, daß die Erhaltung eines Bauernstandes unbedingt notwendig ist. Ich glaube, darüber gibt es kaum Diskussionen. Aber es ist auch notwendig, das einmal ganz offen in den Raum zu stellen, weil damit natürlich manche Fragen und manche Lösungsprobleme und Lösungsaufgaben verbunden sind.

Politisch ist aber auch eines zu sehen, meine Damen und Herren, und das erschwert das Ganze, daß der Bauernstand nun einmal, was den Bevölkerungsanteil anbelangt, ein schrumpfender Berufsstand ist. Wenn wir uns heute etwa bei 10 Prozent Bevölkerungsanteil, was die bäuerliche Bevölkerung anbelangt, bewegen, so werden wir — wenn wir Prognosen glauben können — in etwa zehn Jahren bei 5 Prozent sein. Das ist eine Tatsache, und ich möchte auch gar nicht untersuchen, warum das so ist. Es wird manches sachlich darüber ausgesagt, aber es wird auch sehr viel parteipolitische Polemik damit betrieben, die ich hier nicht betreiben möchte.

Es ist aber eines, daß natürlich ein schrumpfender Berufsstand parteipolitisch gesehen sicher bedeutungsloser wird. Das ist ein Schicksal, das in der Demokratie einer Minderheit zugeordnet ist. Ich glaube, daß dadurch, daß er die Funktion, Wählerlieferant zu sein, im erhöhten Maße verliert, natürlich auch die politischen Parteien — und da nehme ich die OVP nicht aus — in ihren Bestrebungen, wirklich bäuerliche Interessen im Vordergrund zu sehen, in diesen Bestrebungen natürlich etwas lahm werden und hier sich die Orientierung und die Hauptstoßrichtung politischer Aktivität auch etwas verlagert.

Welche Chance hat eigentlich dann der Bauer, wenn er Bauer bleiben möchte und weiterhin Bauer sein will? Diese Frage erhebt sich ja auch. Ich glaube, daß wir auch eines sehr offen hier aussprechen müssen, daß es immer noch Menschen gibt, die sehr gerne ihren Beruf ausüben und das erstreckt sich nicht nur auf die Bauernschaft, sondern das erstreckt sich ja auch auf andere Berufsstände. Wir stellen fest, daß zum Beispiel der kleine Gewerbetreibende sehr stark um seine Existenz zu kämpfen hat, daß er aber auf der anderen Seite, obwohl er stets diesem Wind ausgesetzt wird, trotzdem sehr gerne seinem Beruf nachgeht und wenn ihm die wirtschaftlichen Möglichkeiten eingeräumt werden, er auch, wenn er dort und da auch wirtschaftlich ins Hintertreffen gelangt, seinem Beruf zuliebe diesen

auch weiterhin ausüben möchte. Dasselbe trifft auch auf den Bauernstand zu.

Das zweite, meine Damen und Herren, ist die Frage, welche Chance haben wir Konsumenten oder Nichtbauern in dem Sinne, daß dieser Bauernstand uns erhalten bleibt, damit uns nämlich die Ernährungsgrundlage gesichert ist, daß wir das, was ich damit auch verbunden habe, daß wir diese Kulturlandschaft erhalten und sie uns erhalten wird und daß natürlich auch für Krisenfälle die Krisenvorsorge und der Selbsternährungsgrad bis zu einem gewissen Prozentsatz auf Notfälle abgestimmt, uns auch gesichert ist.

Die Chance des Bauern liegt nicht darin, daß er rein berufsständisch sein Problem sieht, auf den Tisch haut, streikt, das wird nur Emotionen wachrufen und es wird leicht festzustellen sein, daß Streiks, die die Bauernschaft in den vergangenen Jahren durchgeführt hat, indem sie in die Städte fuhr und versucht hat durch Traktoraufmärsche, durch Demonstrationen auf ihr berufsständisches Problem und Anliegen aufmerksam zu machen, daß die im wesentlichen danebengegangen sind, weil einfach die städtische Bevölkerung diesen Aktionen sehr verständnislos gegenüberstand. Ich glaube, daß eine wesentlich größere Chance darin liegt, nicht zu demonstrieren, sondern zu informieren. Hier gibt es natürlich eine ganze Reihe von Klischees und Vorurteilen, die abgebaut werden müssen. Ich denke nur daran, und ich sage es hier ganz offen, ich stimme diesen Menschen nicht zu, die sich in dieser Form äußern, aber es gibt aus dem Jahre 1945 herrührend noch eine Reihe von Emotionen. Sie wissen, welche ich meine, ich identifiziere mich nicht damit, aber es erschwert nun einmal das Problem. Es ist also notwendig, daß auch die Bauernschaft dem Städter gegenüber soweit aufklärend wirkt, daß man sagt, das Jahr 1945 ist vorbei, das gemeinschaftliche Denken steht jetzt wieder im Vordergrund und der Bauer ist nicht mehr gewillt, wenn er einmal wieder eine stärkere Position bekommen sollte, diese Position auszunützen. Das ist einfach da, meine Damen und Herren, ich habe es nicht erfunden, aber es ist so.

Ich glaube auch, das zweite, meine Damen und Herren, was wir Freiheitlichen immer wieder als falsch aufzeigen, daß das gerade den Bauernstand sehr trifft. Wir finden es einfach falsch, in Klassen zu denken und auch in Berufsständen zu denken. Das berufsständische Denken, das vornehmlich im Bauernbund betrieben wird, fällt auch bis zu einem gewissen Grad dem Bauernbund selbst auf den Kopf. Wir haben ja auch in diesem Jahr Landwirtschaftskammerwahlen gehabt und die haben ganz eindeutig gezeigt — das müssen wir einfach anerkennen —, daß der Bauernbund mit einer übertragenden Mehrheit aus diesen Wahlen hervorgegangen ist und der größte Prozentsatz der Bauern im Bauernbund steht und auch diesen Bauernbund wählt. Das ist keine Frage, so leid es mir als politischem Gegner tut, aber ich muß dies anerkennen, es ist eine Tatsache und Realität, die nicht wegdiskutiert werden kann. Und das ist allerdings die Crux dabei. Da der Bauernbund faktisch den Alleinvertretungsanspruch, was bäuerliche Fragen und

die Vertretungsfragen anbelangt, erhebt und auch erheben kann und gleichzeitig dieser Bauernbund auch eine Unterorganisation der Österreichischen Volkspartei ist, so wird jede bäuerliche Forderung, die aus dem Munde des Bauernbundes zwangsläufig erhoben wird, zu einer parteipolitischen Forderung der ÖVP umgemünzt. Das ist eine sehr schwierige Frage, und wir können um die Tatsache nicht herum, daß ein politischer Gegner dem anderen politischen Gegner natürlich nicht sehr gerne zu einem politischen Erfolg verhilft. Da gibt es automatisch die Reaktion, wenn der Bauernbund bei der Bundesregierung vorstellig wird, daß die zuständigen Herren dort ein bißerl die Haare aufstellen und sich sagen, was können wir da machen, um dieses Anliegen zum Scheitern zu verurteilen? Aus diesem parteipolitischen Gezänk oder Hintergrund her gesehen, kommt natürlich der Bauer als Berufsstand unter die Räder.

Ist eine Realität, ist nicht gerecht, ist manchmal nicht ganz sachlich, aber wir sind alle in der Politik tätig, meine Damen und Herren, und wir wissen, wie in der Politik die Spielregeln aussehen. Es fällt in dieser Frage sicher den Bauern auf den Kopf. Wenn auf der anderen Seite sehr wohl oft und oft aufgezeigt wird, daß gerade die Arbeiterschaft, was dem sozialen Fortschritt anbelangt, in den vergangenen Jahren recht erkleckliche Zuwächse zu verzeichnen hatte, so liegt es darin, daß auf der anderen Seite die Arbeiterschaft es doch verstanden hat, im Rahmen des Österreichischen Gewerkschaftsbundes eine überparteiliche Organisation ins Leben zu rufen und hier in diesem Österreichischen Gewerkschaftsbund doch der Eindruck erweckt werden kann, wenn es auch nicht immer ist, daß das eine Forderung ist, die nicht unbedingt nur eine Forderung der Sozialistischen Partei ist, sondern daß dahinter natürlich auch die anderen oder andere politische Gruppierungen stehen. Deswegen hat es die Arbeitnehmerschaft sicher leichter, als es auf der anderen Seite die Bauernschaft hat. (Abg. Pölzl: „Es sind auch mehr!“)

Unsere Chance, meine Damen und Herren, und da meine ich jetzt die Chance der nichtbäuerlichen Bevölkerung, ist es, einen Bauernstand erhalten zu helfen, der uns diese Bedürfnisse und Forderungen, die wir an diesen stellen, erfüllen kann. Unsere Chance liegt darin, daß wir tatsächlich dafür sorgen, daß der Bauernschaft ein entsprechendes Einkommen gesichert wird, daß sie nicht allzuweit — muß man beinahe schon sagen — hinter den anderen Berufsständen nachhinkt, daß, wenn dieses Einkommensziel erreicht ist, natürlich auch die entsprechenden Sozialleistungen diesem Bauernstand zugestanden werden, Sozialleistungen, die bei anderen Berufsständen schon zu einer täglichen Selbstverständlichkeit geworden sind. Ich weiß, daß das nicht sehr leicht ist, aber bei gutem Willen und bei gemeinschaftlichem Verständnis müßte es auch möglich sein, daß der Bauernstand an diese Sozialleistungen anderer Berufsstände herangeführt wird. (Beifall bei der ÖVP.)

Das dritte ist wieder diese bekannte Chancengleichheit, über die wir uns ja immer wieder unterhalten, das ist jene geographische Chancengleich-

heit, die einfach der bäuerlichen und der ländlichen Bevölkerung bisher nicht in dem Maße gewährt werden konnte, weil jene Einrichtungen, die dem Städter zur Verfügung stehen, der bäuerlichen Bevölkerung nicht in diesem Maße zugänglich gemacht werden konnten. Auch auf diesem Sektor müssen wir uns bemühen, diese Chancengleichheit herzustellen. Ich bin überzeugt, daß es noch eine Reihe von Punkten gibt, aber ich möchte es mit diesen drei Schwerpunkten — ich glaube, es sind sicher Schwerpunkte — bewenden lassen, und ich glaube, daß wir vorerst versuchen sollten und versuchen müssen, als Nichtbauern diese drei wesentlichen Schwerpunkte der Bauernschaft einzuräumen.

Abschließend, meine Damen und Herren, glaube ich, und das sage ich noch einmal, die politische Kraft der Bauernschaft, sprich als parteipolitische Kraft, ist einfach in Zukunft im Abnehmen. Das ist eine Realität, und ich betone es noch einmal, ich wünsche es mir nicht, aber es ist einfach so. Also auf Grund dieser Kraft, auf Grund des starken Armes der Bauernschaft, wird es nicht ganz gehen. Ich glaube aber, wenn die Bauernschaft von sich aus informiert, die Probleme aufzeigt, und wenn auf der anderen Seite natürlich von der städtischen Bevölkerung her das Verständnis aufgebracht wird, wird auch die landwirtschaftliche Frage und die bäuerliche Frage zu unser aller Zufriedenheit gelöst werden können. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Zinkanell. Ich erteile es ihm.

**Abg. Zinkanell** (Abg. Schrammel: „Aber Staatssekretär wird ein anderer!“): Wenn ihr keine gescheiteren Witze habt, Kollege Schrammel, da kommt's nicht an.

Wir haben sehr gute Leute draußen. Ich bin froh, daß die da sind, meine sehr geehrten Damen und Herren. (Abg. Aichhofer: „Gefallen hättest du mir besser als Staatssekretär!“ — Abg. Laurich: „Weil ihr ihm im Landtag weggehabt hättet!“) Moment, moment, moment, so schnell geht das nicht. (Weitere unverständliche Zwischenrufe. — Glockenzeichen des Präsidenten.)

Es geht schon, glaube ich, Herr Präsident. Ich werde ein bißchen lauter reden, dann werde ich mich schon durchsetzen schön langsam. Aber so, wie die Kollegen meinen, mich hinauskeilen zu können, so geht es ja überhaupt nicht (ÖVP: „Na, na!“ — Heiterkeit — Abg. Wimmler: „Wir haben es wirklich nur gut gemeint!“), so auf die „liebe Tour“.

Ich wollte mich vorerst doch auch mit einigen Ziffern des landwirtschaftlichen Teiles unseres Budgets befassen. Daraus sind ja einige ganz interessante Ziffern zu entnehmen, zum Beispiel, daß der ländliche Wegebau um 5 Millionen auf 56,4 Millionen aufgestockt wurde, der Wasserbau um rund 3 Millionen auf 26 Millionen, Strukturverbesserung auf 15 Millionen, Besitzfestigung um über eine Million auf 14 Millionen, Personalkosten für die Landwirtschaftskammer plus 8,4 Millionen auf 69,5 Millionen, Bildung und Beratung plus 0,001 Millionen, das heißt auf deutsch gesagt, hätte ich beinahe gesagt, um 10.000 Schilling auf 1.550.000 Schilling. Die Produktionsförderung, übrigens ein Minus, wo-

bei hier dazu gesagt werden soll, daß für den Weinbau, nachdem vorher schon sehr viel getan wurde — ich möchte hier das ganz sachlich feststellen —, weniger aufgewendet werden mußte oder muß.

Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit, meine Damen und Herren, aber jetzt nicht auf die Personalkosten, auf den Personalkostenzuschuß für die Landwirtschaftskammer lenken, darüber habe ich mich voriges Jahr einigermaßen ausgesprochen, ich möchte diesmal eine ganz unscheinbare Post heranziehen für eine kurze Betrachtung, und zwar die Post 741015, Beiträge zur Verbesserung der Bildungsstruktur im ländlichen Raum. Da ist die Post mit 100.000 Schilling angesetzt und um 10.000 mehr gegenüber dem vorigen Jahr.

Wir haben am 23. November hier in diesem Hause über die landwirtschaftliche Fachschulausbildung gesprochen und festgestellt, daß sie erfreulicherweise im starken Zunehmen ist. Sie erfaßt allerdings nicht alle jungen Bauern und Bäuerinnen oder die jungen Leute, die Bauern und Bäuerinnen werden, und daher bin ich der Meinung, daß es sehr notwendig wäre, mehr Erwachsenenbildung im Bereich der Landwirtschaft zu praktizieren. Daß das mehr Geld kostet, ist auch klar. Wenn man es nicht anders bekommt, müßte man vielleicht doch überlegen, ob man es nicht aus dem Landwirtschaftsteil nehmen sollte, und zwar dort, wo der Geld-einsatz meines Erachtens einigermaßen problematisch ist, nämlich bei der Vergrößerung der Produktionsfläche.

Wir haben Überschußsorgen. Man kann da natürlich verschiedener Meinung dazu sein, aber die Tatsache, daß wir Überschußprobleme haben, die besteht ja, und daher, glaube ich, wäre es keine unbedingte Notwendigkeit, daß wir die vollproduktionsfähigen Flächen noch wesentlich ausweiten durch eine verhältnismäßig massive Förderung der Ent- und Bewässerung.

Wir haben im Jahre 1976 einen nicht unbeachtlichen Betrag von 20 Millionen Schilling für diesen Zweck zur Verfügung gehabt, und für das Jahr 1977 sind dafür um 2 Millionen mehr noch, also 22 Millionen Schilling, vorgesehen. Da bin ich der Auffassung, daß man mit 21,5 Millionen zum Beispiel, man könnte darüber reden, man könnte darüber streiten, daß man mit 21,5 Millionen Schilling auch eigentlich ganz beachtliche Leistungen hervorbringen könnte, und daß man die halbe Million, also 500.000 Schilling, wenn man die bei der Bildung dazugeben würde, so würde das den Betrag von plus 10.000 Schilling, den wir jetzt haben, um das fünfzigfache übersteigen, und da ließe sich schon einiges machen, wobei ich glaube, daß diese eine halbe Million weniger bei der Ent- und Bewässerung kaum etwas ausmachen würde in der Leistung und sicher natürlich auch nicht eine wesentliche oder überhaupt eine merkbare Steuerung der Überproduktion bedeuten könnte. Das ist mir völlig klar. Eher vielleicht noch nicht das Wegnehmen auf der einen Seite, sondern das Dazugeben auf der anderen Seite, eben indem man mehr Bildungsarbeit bewältigen kann, mehr Erwachsenenbildungsarbeit.

Darüber gibt es, glaube ich, im Hause hier keine Diskussion und keinen Streit, denn je komplizierter

das Bauersein in der modernen Industriegesellschaft ist, desto mehr Bildung und Ausbildung ist erforderlich. Die erwähnte Steuerung der Überproduktion ist ja auch nur ein Beispiel der schwierigen Probleme, die ein Landwirt zu bewältigen hat, und wir haben ja ähnliche Dinge bereits in den letzten 15 Jahren in verhältnismäßig guter Weise bewältigen können. Nämlich, wenn man daran denkt, daß Anfang der sechziger Jahre noch ein sehr beachtlicher Futtergetreidemangel — und jetzt rede ich von der Steiermark hauptsächlich — geherrscht hat und daß wir um über eine Milliarde Schilling Futtergetreide eingeführt haben. Wir haben damals im Jahre 1961/62 auch hier im Hohen Hause mehrmals darüber geredet. Wir hatten damals zugleich also einerseits einen Futtergetreidemangel, auf der anderen Seite einen Milchüberschuß, den wir subventionieren mußten, der praktisch mit Schleuderpreisen, soweit es das Ausland betrifft, mit Zuschuß hinaus abgesetzt werden mußte. Ich möchte hier nicht den Herrn Präsidenten angreifen — er war damals ja nicht Präsident —, aber ich möchte doch sagen: Es hat die Landwirtschaftskammer verhältnismäßig lange gebraucht, um sich auf diese Tatsache einzustellen und in der Landwirtschaft mehr darauf zu dringen, daß eine Umstellung erfolgt. Sie ist inzwischen erfolgt, und wir führen ja — wie Sie auch wissen — wesentlich weniger Futtergetreide und solche Dinge ein, und die Steiermark ist ja förmlich zu einem ausgesprochenen Maisanbau land geworden, und das Geld, das wir früher ins Ausland gegeben haben, bleibt in diesem Falle, oder für diese Frucht, bei uns im Inland, vor allem in der Steiermark.

Der Futtergetreideanbau läßt sich jetzt kaum mehr wesentlich erweitern, aber — und da bin ich mit dem Kollegen Schrammel einer Meinung — wir haben ja sehr hohe — und der Herr Präsident hat es ja auch übrigens erwähnt — Einfuhrziffern in bezug auf die pflanzlichen Fette und Öle, und der Kollege Schrammel hat ja ganz richtig erwähnt, daß hier eine gewisse Ausweitungsmöglichkeit vorhanden wäre, sowohl was die pflanzlichen Fette und Öle betrifft, aber auch noch bei Gemüse und bei Obst, denn wenn man bedenkt, daß wir immerhin um 7 Milliarden Schilling Einfuhren in diesem Bereich bei diesen Waren oder Gütern tätigen mußten. Wenn man vorsichtig rechnet, könnten wir bei einer entsprechenden Selbstproduktion, soweit sie nach Klima und Lage möglich ist — und es ist meine Überzeugung, daß das drinnen wäre — zirka 1,5 Milliarden Schilling, die wir ins Ausland zahlen, im Inland behalten, wenn wir selber produzieren. Das ist auch eine gute Möglichkeit, um mit dem Überschußproblem einigermaßen fertig zu werden. Wir haben ja auch gute Voraussetzungen dafür.

Bei Gemüse darf ich daran erinnern, es ist auch schon einige Male hier im Hause erwähnt worden, daß wir sehr, sehr beachtliche Versuchsergebnisse in Purgstall-Wies haben, aber daß noch eine gewisse Breitenwirkung in dieser Hinsicht fehlt. Nicht uninteressant ist auch, wenn man noch einmal auf die pflanzlichen Fette und Öle hinweist, daß hier für die nächsten zehn Jahre ein ganz beachtlicher Bedarfszuwachs prognostiziert wird von zirka 30 Prozent, so daß, wenn man sich doch auf diese

Produktion mit allem Drum und Dran natürlich mehr einstellt, man auf lange Sicht sicher sein kann, daß hier der Absatz gewährleistet ist.

Wir haben in der Kammer auch schon darüber gesprochen, das heißt, ich darf hier auch sehr deutlich sagen, der Herr Präsident hat das auch schon vor längerer Zeit einmal angeschnitten, aber davon zu reden ist zu wenig, sondern man müßte meines Erachtens allenfalls eben gemeinsam versuchen, hier mehr als bisher tätig zu werden. Und zwar in Zusammenarbeit mit dem Bund, mit dem Land und der Landwirtschaftskammer, weil ich auch sehr davon überzeugt bin, daß die Zusammenarbeit wesentlich besser und fruchtbarer ist, als kleinliche parteipolitische Verunglimpfung. Ich möchte nicht heute noch einmal die Problematik des gestrigen Tages heraufziehen, aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, man muß doch wirklich sagen: Kritik jawohl, und heute haben wir ja auch Kritik gehört, Kritik in einer Art und Weise wie man sie zur Kenntnis nehmen muß, weil selbstverständlich ist jedem das Recht gegeben zu kritisieren, aber nicht so, daß man heute und hier im Hause gewissermaßen, wenn ich das landwirtschaftlich oder ländlich sagen darf, Lamperl spielt und damit den Zinkaneil förmlich veranlaßt, auch ein Lämmchen zu sein (Abg. Schrammel: „Bissiges Lamperl!“), aber daß man in den Zeitungen — „Neues Land“ — bis heute und ab morgen oder übermorgen schon wieder weiterfährt in der Presse, mit aller Wucht die Sozialisten anzugreifen. Dieses Spiel, das kann ich nicht mitspielen, sondern werde hier im Hause auch auf diese Dinge aufmerksam machen.

Daher noch einmal, Kritik jawohl, ist eine klare Sache, und man wird diese kritischen Bemerkungen auch gebührend überlegen, aber Verteufelung, das ist etwas ganz anderes, und da muß man sich meines Erachtens ganz entschieden zur Wehr setzen. So geht es nicht, und ich habe das gestern in einem kurzen Zwischenruf gesagt, so geht es nicht, daß wir Sozialisten gewissermaßen die Watschenmänner sind, die Ohrfeigen ständig einstecken, aber ja nicht sich erlauben dürfen, irgendwann sich allenfalls zu wehren und einmal zurückzuschlagen. Das geht nicht. (Abg. Dr. Maitz: „Das ‚Agrarjournal‘ ist das Pendant auf Bundesebene!“) Kollege Maitz, wenn Sie das letzte „Agrarjournal“ anschauen, die anderen habe ich jetzt nicht in Erinnerung, der Kollege Aichholzer hat es liegen, ich kann es Ihnen gerne zur Verfügung stellen, das ist so lammfromm, daß man es gar nicht mehr frommer machen kann. (Heitenkeit — Abg. Pränckh: „Der Wolf im Schafspelz!“) Na ja, bitte, das ist eine Auffassungssache, Kollege Pränckh.

Ich habe gesagt, Verteufelung soll nicht sein, und ich muß sagen, ich bin ein wenig besorgt, wenn man in der „Südost-Tagespost“ — ich beziehe mich sehr gerne immer wieder auf Ihre Zeitung, weil ich glaube, daß Sie Ihrer Zeitung doch eine gewisse Aufmerksamkeit zollen — (Abg. Schrammel: „Eine gute Zeitung!“), wenn man da drinnen liest und das bitte — ich soll es vielleicht nicht demagogisch sagen — aber als eine Art Anweisung betrachten müßte, wenn es hier in der Überschrift, einem Zweispalter, heißt: „Venschweigen ist ärger als ver-

drehen." Wenn ich das jetzt umkehre, dann heißt es, verdrehen kann man ohne weiteres. Bis dato hat es immer geheißt: Reden ist Silber, Schweigen ist Gold, jetzt ist das eine neue Aussage, oder eine neue Interpretation, daß das Verdrehen förmlich zur politischen Praxis dazugehört, denn hier in der „Tagespost“ vom 19. November heißt es — der OVP-Geschäftsführer Bengmann sprach vor selbständig Erwerbstreibenden, er hat ja eine Reihe sehr beachtlicher Zuhörer gehabt, wie ich das aus der Zeitung entnehme, und hier wird das förmlich, bitte vielleicht ist das demagogisch, wenn ich sage, zu einem Prinzip erhoben: — „Verschweigen ist ärger als verdrehen.“ Mir scheint das eine etwas eigenartige Auffassung zu sein. Man sieht daraus schon, wie das praktiziert wird, wie sich das in der Praxis auswirkt, am gleichen Tag, lieber Herr, darf ich Ihnen den Abschnitt geben? (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Ich wollte nur sagen, nichts ist so alt wie eine Zeitung von gestern!“) Ja, aber sie kommt ja wieder (Abg. Dr. Maitz: „Gott sei Dank!“), lieber Herr Landeshauptmannstellvertreter, und ich fürchte, in der gleichen Art und Weise, deswegen redet man ja auch davon. (Abg. Pözl: „Herr Abgeordneter Zinkaneil, hat das mit der Landwirtschaft etwas zu tun?“)

Moment, Kollege Pözl, wie sehr das mit der Landwirtschaft zu tun hat, geht daraus hervor, daß am gleichen Tag, am 19. November, der Herr Obmann des Grazer Milchhofes dies ja schon praktiziert hat, und zwar hat er wiederum laut Ihrer Zeitung „Tagespost“ — ich nehme an, die Damen und Herren kennen ihn — folgendes gesagt: „Dabei hätten die Milchbauern bei der Verständnislosigkeit der Regierung“ (Abg. Pözl: „Hätten wir das verschweigen sollen?“), gemeint ist die Bundesregierung, nicht die Steiermärkische Landesregierung, „wahrlich nichts zu lachen.“ Bitte, das ist seine Meinung. Da muß man dann dazu fragen, ob er glaubt, wegen der fünf Milchpreiserhöhungen in sechs Jahren, ob deswegen die Bauern nichts zum Lachen haben im Gegensatz zu der Zeit 1966 bis 1970, wo keine Milchpreiserhöhung in vier Jahren gewesen ist.

Und noch ein bißchen weiter in der Meldung Ihrer Zeitung, da heißt es: „Ganze 20 Groschen werden den Bauern ab 1. Jänner als Milchpreiserhöhung zugestanden, obwohl der Konsument wahrscheinlich acht Schilling pro Liter wird zahlen müssen.“ Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, Sie merken ja auch, was er damit so ein bißchen unterschwellig aussagen wollte. Nur 20 Groschen bekommen die Bauern, acht Schilling müssen die Konsumenten bezahlen, 7,80 Schilling steckt offenbar der Bund oder der Hannes, der Finanzminister, oder irgend jemand ein. Also so ungefähr, so unterschwellig, war das offenbar gemeint. Hier muß man doch dem Obmann des Milchhofes ein bißchen in Erinnerung rufen, wie er selber noch — ich sehe ihn jetzt im Augenblick nicht — Milch geliefert hat. Damals haben auch die Konsumenten um 1,20 Schilling für die Milch mehr bezahlen müssen, das ist die gleiche Zeit, in der es in vier Jahren für die Bauern nichts gegeben hat. Von diesen 1,20 Schilling haben eben die Bauern nichts bekommen, wohl

aber jetzt bekommen die Bauern eben diese 20 Groschen, und zwar als fünfte Milchpreisregelung.

Nebenbei muß ich doch auch die Frage stellen, meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Milchpreiserhöhung, von der die Rede ist, ist das von der Regierung diktiert worden? Ja doch sicher nicht, und ich nehme an, daß der Herr Präsident mir hier gerne zustimmt, daß diese Milchpreisregelung mit der Präsidentenkonferenz abgehandelt wurde, und daher ist das etwas sonderbar, wenn man jetzt so tut, nur 20 Groschen, die 20 Groschen, die abgehandelt wurden und die Regierung hier schuldig werden lassen möchte.

Ich möchte noch etwas dem Obmann des Milchhofes sagen. Aber es ist für die anderen vielleicht auch nicht ganz uninteressant. Vielleicht ist den Bauern eher deswegen das Lachen vergangen, weil — ich will es nur feststellen, ich greife das gar nicht an — die Molkerei und auch der Milchhof etwas mehr als 50 Prozent des Produzentenmilchpreises als Verarbeitungs- und Verteilungsspanne für sich in Anspruch nehmen. Das ist nur eine nackte Feststellung. Der Erzeugerpreis für die Bauern ohne Mehrwertsteuer liegt bei 2,91 und die Molkerei hat eine Verarbeitungs- und Verteilungsspanne von 1,48 Schilling. Das sollte festgestellt werden.

Wenn man schon davon redet, noch ein bißchen eine Erinnerung in diesem Zusammenhang, wie diese Dinge in einer anderen Zeit behandelt wurden. Ich habe hier die „AIZ“, das Agrarische Informationszentrum vom 25. April 1968. Hier heißt es: „Die Präsidentenkonferenz“ — die gleiche Präsidentenkonferenz, nur ein paar andere Leute sind jetzt drinnen, die jetzt mit der Regierung abgehandelt hat — „befaßte sich eingehend mit der gegenwärtigen, damaligen, Milchmarktlage im In- und Ausland sowie mit der notwendigen Finanzierung des Absatzes. Sie nahm zur Kenntnis, daß auf Grund der gestiegenen Produktion und der katastrophalen Absatzverhältnisse auf den internationalen Märkten eine Erhöhung des Absatzförderungsbeitrages ab 1. April 1968 von 5 auf 19 Groschen unvermeidlich ist.“ Sie haben es zur Kenntnis genommen. Sie haben weiters zur Kenntnis genommen, daß ein Werbegroschen eingeführt wird, und sie haben weiters zur Kenntnis genommen, daß gleichzeitig die Fettbewertung der Rohmilch dadurch geändert wird, daß als Basis nicht mehr 3,5 Prozent, sondern 3,7 Prozent Fett angenommen werden. Das bedeutete eine Verminderung des Erzeugerpreises, eine weitere Verminderung des Erzeugerpreises von 9,64 Groschen je Kilogramm, meine Damen und Herren. Das sind Dinge, die man halt in diesem Zusammenhang wieder einmal sagen muß. Diese damalige Härte der Regierung und die Starrheit der Regierung, die ist nicht nur akzeptiert worden, sondern ist vom Bauernbund vor den Bauern auch vertreten worden.

Hier eine kleine Nebenbemerkung: Die dicke Kerze, die ich ungefähr vor einem Jahr draußen in Mariatrost gesehen habe, die, vermute ich, wurde vom Bauernbund gestiftet, daß der 5. Oktober so gut ausgegangen ist. Das nur nebenbei auch. (Abg. Pözl: „Was haben Sie jetzt mit der Kerze gemeint?“) Eine Dankkerze, daß die Sozialisten am

5. Oktober gewonnen haben und weiterhin ein roter Landwirtschaftsminister am Arbeiten ist, bei dem man verlangen kann oder auf den man schimpfen kann. Das ist damit gemeint gewesen. (Abg. Pözl: „Das ist sehr interessant!“)

Die heutige Leistung und das Verständnis der heutigen Regierung hingegen, das wird ununterbrochen heruntergesetzt, ich habe schon gesagt, bis heute in der Presse, morgen geht es wieder weiter. Und der Bauernbund ist, leider muß man sagen, zur Zeit noch — heute hier im Hause hat man das nicht so gemerkt — ein Partner, der gewissermaßen drohend fordert — das ist heute schon einmal gesagt worden, zum Beispiel mit Traktoraufmärschen — und der dann das gemeinsam Ausgehandelte noch verhöhnt.

Unter diesen Umständen, meine sehr verehrten Damen und Herren, unter der Parole, daß der Bauernstand zugrunde gerichtet wird, gibt es hier in der Steiermark und in Österreich ein kleines Wunder, und diese Wunder sind für mich die Bäuerinnen. Sie haben das ja auch wahrscheinlich gelesen und mit Interesse vermerkt, 76 Prozent der Bäuerinnen lieben ihren Beruf, 76 Prozent der Bäuerinnen würden wieder den gleichen Beruf ergreifen. Das ganze Schlechtmachen, das vom Bauernbund praktiziert wurde, nützt nichts. Ich sage, Gott sei Dank nicht für die Volkswirtschaft und Gott sei Dank nicht auch für den Bauernbund. Die Haltung der Bäuerinnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, haltet den Bauernbund und den Bauernstand aufrecht. Die Bäuerin erlebt trotz ihrer großen beruflichen Belastung ihre berufliche Freiheit. Sie vergleicht mehr, als man vielleicht glaubt, sie sieht und weiß, wie es war und wie es anderswo ist. Sie schaut ja auch Fernsehen.

Gerade vor ein paar Tagen, da konnte man die Fernsehaufzeichnung vom Parlament sehen, wie die ÖVP auf die Sozialisten losgegangen ist und gleich darauf hat Alfons Dalma aus Italien berichtet, und wenn da die Bäuerinnen zugeschaut haben, haben sie sich halt auch gedacht, Gott sei Dank, daß wir in Österreich sind, auch wenn der Taus und wenn die Herren der ÖVP diese österreichische Leistung förmlich in Grund und Boden hineinkritisieren wollen. Die Bäuerin schaut ja nicht nur, sie spürt ja auch die Hilfe für sich selbst und das, was für die Familie geleistet wird: Die Achtung auf die Gesundheit, die Hilfe, daß sie ihre Gesundheit besser erhalten kann, die 16.000 Schilling bei der Geburtenbeihilfe und einiges andere. Für die Kinder die Schulfahrt, die Schulbücher, ich brauche das gar nicht alles aufzählen. Oder zum Beispiel bei der Frau eines Nebenerwerbslandwirts auch die Sicherung der Arbeitsplätze, von der schon einige Male gesprochen wurde.

Aber, meine Damen und Herren, wie kleinlich diese heute weniger spürbare, aber in der Presse feststellbare destruktive Kritik des Bauernbundes in Wahrheit ist, das möchte ich Ihnen insofern und damit aufzeigen, daß ich, nachdem es der Herr Präsident Koimer nicht gemacht hat, einiges aus den Leistungen zitiere, die in den letzten Jahren unter der Ministerschaft des Ministers Weihs erbracht wurden. Der Herr Präsident hat, und das

hat mich sehr gefreut, darauf hingewiesen, daß er ein sehr exzellentes Verhältnis zum Landwirtschaftsminister Weihs gehabt hat, ich nehme an, das kann ja andauern, und daher hätte es mich gar nicht gewundert, wenn er diese Leistungen auch ein bißchen herausgehoben hätte. Nachdem er es nicht getan hat, Herr Präsident, darf ich das gewissermaßen stellvertretend für Herrn Präsident Koimer tun. (Heiterkeit — Abg. Koimer: „Er verteilt die Arbeit wie ein Bauer!“)

Im Zeitraum 1970 bis 1975 wurden insgesamt fast 136.000 Hektar Zusammenlegungsfläche an 68.000 Beteiligte übergeben und dafür über 300 Millionen Schilling Bundesmittel aufgewendet. Der Herr Kollege Schrammel hat heute auch schon über die Zusammenlegung geredet, da ist eine enorme Leistung drinnen.

Oder Rindermarkt: Besondere Anstrengungen hat das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft in den vergangenen Jahren auf dem Rindersektor unternommen. Vordringlich waren die Erschließung neuer Exportmärkte, um eben in dieser schwierigen Situation abzuverkaufen und die Stabilisierung des Inlandmarktes, die Produktion zur Umstellung von der Milch auf die Fleischerzeugung wurde weitergeführt. Die Rindfleischproduktion ist von 487.000 Stück auf 584.000 Stück, um rund 20 Prozent, gestiegen. Durch die Rindfleischverbilligungsaktionen ist der Rindfleischverbrauch, auch das ist nicht uninteressant, von über 19 kg auf 23 kg pro Kopf der Bevölkerung angestiegen.

Ein weiteres aus dem Leistungsbericht des Landwirtschaftsministers Weihs: Seit 1970 wurden insgesamt etwa 21.000 Tonnen Butter, 156.000 Tonnen Käse, 77.000 Tonnen Vollmilchpulver ausgeführt und dafür 3,3 Milliarden Schilling Exportstützung dazugegeben.

Noch ein kurzes weiteres Zitat. Mit den Mitteln der Bergbauernförderung, mit den Mitteln des Bergbauernsonderprogramms konnten bis Ende 1975 — die Ergebnisse bis 1976 sind noch nicht bis ins Detail bekannt — unter anderem 2200 Hektar Hochlagen aufgeforstet, 23 Hektar sonstige Neuaufforstungen und Bestandsumwandlungen durchgeführt werden, über 4000 Bergbauernhöfe durch 2300 km Güterwege erschlossen werden und noch einiges mehr, was man eigentlich auch noch dazu sagen müßte.

Noch ein letztes Zitat, zwischen 1970 und 1975 wurden für die österreichische Landwirtschaft aus Mitteln des Grünen Planes 6 Milliarden Schilling bereitgestellt. Mit diesen Bundesmitteln konnten rund 15.000 Betriebe an das öffentliche Verkehrsnetz angeschlossen werden. Im gleichen Zeitraum wurden 25.000 bäuerliche Betriebe, 21.000 sonstige ländliche Anwesen mit elektrischem Strom versorgt. Grundstückszusammenlegung und Flurbereinigungen, das habe ich bereits gesagt, wurden 136.000 Hektar durchgeführt, 72 Darlehensnehmer erhielten einen zinsverbilligten Kredit.

An diesen Leistungen, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Sie von der ÖVP-Seite her nicht gerne hören, wie ich merke, an diesen Leistungen gemessen zeigt es sich, daß der Bauernbund mit seiner Art und Weise nichts anderes, leider, als

parteipolitische Belange verfolgt und nicht eine zweckdienliche Zusammenarbeit.

Nachdem man nicht nur vom Minister Weihs reden soll, sondern vom dem bereits zitierten Landwirtschaftsminister Haiden, Sie können sicher sein, daß er genauso bemüht ist, für die Landwirtschaft tätig zu sein wie das beim Weihs war, und man hat dem Weihs in den ersten Jahren mehr als genug Prügel bei seiner Arbeit auf den Weg geworfen. Daß Haiden, anscheinend etwas ungewollt, auch in der „Südost-Tagespost“ eine gewisse Anerkennung gefunden hat, geht daraus hervor, daß am 27. November, erst vor ein paar Tagen, die Meldung durchgegeben wurde: „Voraussichtlich ab 1. April 1977 Aufhebung der Schutzmaßnahmen gegenüber der EG, so daß eine verstärkte Möglichkeit der Ausfuhr in die EWG gegeben ist.“

Vielleicht noch etwas, weil in der Zeitung des Bauernbundes zu lesen war, die Bergbauernförderung wäre reduziert: In Wahrheit ist sie für das 77iger Jahr mit 7 Millionen über den derzeitigen Betrag aufgestockt und die Direktzahlung ist von 80 auf 100 Millionen angehoben worden.

Ich möchte abschließen und darauf hinweisen, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß es sicher wesentlich besser ist, für alle Beteiligten, vor allem für die Bauern, wenn man nicht nur Freund ist so ad personam, das ist ein bißerl zu wenig, sondern zwischen Bund, Land und Landwirtschaftskammern sinnvoll kooperiert. Wenn man in diesem Sinne arbeitet, dann wird es auch für die Landwirtschaft wesentlich bessere Fortschritte geben, als das in Ihrer Propaganda irgendwie herauszuhören ist. In diesem Sinne wird auch die sozialistische Fraktion dem Landwirtschaftsteil des Budgets ihre Zustimmung geben. (Beifall bei der SPO.) Danke sehr. (Abg. Hammerl: „Zinkanell, du kannst stolz sein, die haben sich nicht einmal einen Zwischenruf erlaubt!“ — Abg. Buchberger: „Das ist ein alter Hut! Das haben wir schon so oft gehört. Es ist uninteressant!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Neuhold. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Neuhold:** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Würde ich in der gleichen Tonart weitersprechen wie mein Vorredner, (Abg. Dr. Strenitz: „Dann würde es eine gute Rede!“) würde es sicherlich für die heutige Zeit zuviel Zeit für sich in Anspruch nehmen. Daher möchte ich mich bemühen, mich kurz zu fassen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein Sprichwort sagt: „Revolutionen des Guten werden durch Kleinigkeiten erreicht.“ Wenn ich mich jetzt kurz informativ mit der überbetrieblichen Zusammenarbeit in der Landwirtschaft und im speziellen mit der vor zwei Jahren geschaffenen Betriebshilfe und der Haushaltshilfe beschäftige, so handelt es sich hier tatsächlich um eine Revolution des Guten durch Kleinigkeiten, weil nämlich hier auch ein sozialer und wirtschaftlicher Ausgleich für jene Teile unserer Bauern geschaffen werden könnte, die auf der einen Seite ein nebenlandwirtschaftliches Einkommen brauchen

würden, auf der anderen Seite aber nicht die Möglichkeit haben, einem Nebenberuf nachzugehen. Es würde sicherlich auch eine Chance sein für jenen Teil der Bauern, die vor mir der Herr Abgeordnete Turek zitiert hat, die gerne Bauer bleiben möchten für alle Zukunft.

Es hat sich nämlich erwiesen, daß der Betriebsdienst und die Haushaltshilfe das wertvollste Glied in der Kette der überbetrieblichen Zusammenarbeit mit allen ihren Möglichkeiten darstellt. Die Betriebshilfe garantiert die ordnungsgemäße Weiterführung eines landwirtschaftlichen Betriebes im Falle der Krankheit, eines Unfalls oder eines plötzlichen Todes eines Betriebsführers. In einem solchen Fall wird im Rahmen der Nachbarschaftshilfe und der Soforthilfe Hilfe von jenen geleistet, die hiezu in der Lage sind. Junge, tüchtige Absolventen unserer Landwirtschaftsschulen haben sich als Betriebshelfer bestens bewährt.

Vielen schwer arbeitenden Bäuerinnen, die auch oft eine sozusagen mehrberufliche Tätigkeit ausüben haben, wird in Notsituationen wertvolle Hilfe zur Aufrechterhaltung des gefährdeten Betriebes durch den Betriebsdienst bei Haushaltshilfe und besonders auch von den Familienhelferinnen des steirischen Mutterhilfswerkes zuteil. Bei der Betriebshilfe wird zuerst die Selbsthilfe, dann erst die Förderung des Landes und der Sozialversicherungsanstalt der Bauern in Anspruch genommen.

Wenn auf den bäuerlichen Betrieben der Betriebsleiter als einzige männliche Arbeitskraft und die Bäuerin durch Unfall, Krankheit oder plötzlichen Tod ausfällt, kommt das sehr oft einer Katastrophe gleich. Das ist auch der Grund, warum sich viele Maschinenringe nach der sozialen Seite hin zur Betriebshilfe und zu Sozialringen weiterentwickelt haben. Die unerwartet rasche und positive Entwicklung des Betriebs- und Haushaltshilfsdienstes im Jahre 1975 hat sich auch im Jahre 1976 fortgesetzt. Die Vermittlung von Betriebshilfe und Haushaltshilfe verlief zum größten Teil über die örtlichen Organisationen, wie Maschinenring, Betriebshilfsring und Umstellungsgemeinschaften und die zuständigen Bezirksbauernkammern. Die Vermittlung erfolgte auch reibungslos.

Folgende Leistungszahlen, meine Damen und Herren, können für das Jahr 1976 berichtet werden. Es erfolgten 1050 Anmeldungen für den Einsatz eines Betriebshelfers oder einer Haushaltshilfe, gegenüber rund 600 Einsätzen im Vorjahr. Also, wir vermerken mit Genugtuung eine nahezu 100prozentige Steigerung. In 25.000 Einsatztagen wurden 135.000 Einsatzstunden geleistet.

Die Finanzierung erfolgt aus Landesmitteln mit 2,5 Millionen Schilling, Mitteln der Sozialversicherungsanstalt der Bauern mit 1,2 Millionen und aus Eigenleistungen mit 950.000 Schilling. Aus Bundesmitteln wurde zu dieser wertvollen Einrichtung der Betriebs- und Haushaltshilfe bis jetzt, sowie auch beim Ausbau des ländlichen Telefonnetzes, noch kein Groschen als Beihilfe geleistet.

Betont muß bei der Förderung werden, daß ausschließlich die Einsätze bei Krankheit, Spitalsaufenthalt, Todesfall und Unfall bezuschußt wurden

und daß diese Zuschüsse entsprechend den Richtlinien des Kuratoriums für Betriebs- und Haushaltshilfe nach einer sozialen Staffelung ausbezahlt werden.

Im Landesvoranschlag 1977 sind für die Betriebs- und Förderung der Geschäftsführer für Maschinenringe 3,8 Millionen Schilling vorgesehen. Das ist ein Mehr von 1,5 Millionen gegenüber dem Vorjahr. Dafür sei namens des Landesverbandes für überbetriebliche Zusammenarbeit und des Kuratoriums für Betriebs- und Haushaltshilfe aufrichtig danke gesagt.

Sehr geehrte Damen und Herren, mit der Einführung der Betriebs- und Haushaltshilfe sind die Bauernfamilien auch weitgehend sozial abgesichert. Gerade vom sozialen Standpunkt aus ist es notwendig zu wissen, daß niemand, ganz gleich welcher Schicksalsschlag über eine Familie kommt, Sorge zu haben braucht, daß die Kühe nicht gemolken oder die Ernte nicht eingebracht werden kann. Maschinenring und Betriebshilfsring gehören untrennbar zusammen. Die Betriebs- und Haushaltshilfe ist die logische Ergänzung der Zusammenarbeit im technischen Bereich, auf dem sozialen Sektor. Die Bereitschaft der Bauern zur Selbsthilfe, gemeinsam mit der Landesförderung und den Zuschüssen der Sozialversicherungsanstalt der Bauern, garantieren eine weitere umfassende Ausdehnung dieser Revolution des Guten. Dankeschön. (Beifall bei der OVP.)

**Zweiter Präsident Gros:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Pranchh.

**Abg. Pranchh:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Trotz der Turek'schen Wortmeldung fühle ich mich durchaus nicht lahm als Vertreter des Bauernstandes. Im übrigen hat es mich aber sehr gefreut, daß im großen und ganzen die Wortmeldung des Freiheitlichen Abgeordneten Turek viel Verständnis für die Belange der Bauernschaft erkennen ließ und vor allem ein echtes Bemühen im Verständnis der in der Stadt Lebenden für die Bereiche, die ihnen durch die am Land Lebenden angeboten werden. Wenn der Herr Ing. Turek gemeint hat, daß durch den Schwund der in der Landwirtschaft Arbeitenden der starke Arm des Bauernbundes früher oder später erlahmen wird, so möchte ich ihm sagen, diese Bedenken habe ich nicht, denn die letzten Kammerwahlen haben uns mit noch mehr Verantwortung in der politischen Vertretung belastet und wir sind uns dieser Belastung bewußt und werden durch noch stärkeren Einsatz den Schwund, der zahlenmäßig sicher nicht so schnell zu stoppen ist, durch noch mehr und bessere Arbeit ausgleichen.

Nun, meine sehr Verehrten, ein paar Worte zum Herrn Kollegen Zinkanell. (Abg. Zinkanell: „Ich habe geglaubt, ihr habt gar nicht zugehört!“) Sehr aufmerksam, ich habe mir bloß Notizen gemacht und konnte darum deine Ausführungen nicht ad hoc beantworten. Herr Kollege, Sie beanspruchen das Recht, sich gegen Verteufelungen zu wehren. (Abg. Zinkanell: „Jawohl!“) Das unterschreibe ich. Aber ich beanspruche es auch. (Abg. Gerhard Heindinger: „Ganz einverstanden!“)

Sie haben gestern hier im Haus pauschal behauptet, daß die Bauernschaft Jahrzehnte zurück ist und auch in der Jetztzeit christliches Gedankengut im Alltag nicht verwirklicht hat und es nicht verwirklichen will. (Abg. Zinkanell: „Nicht pauschal, aber manche! Du wirst auch manche kennen!“) Jawohl. Warten Sie ein bisserl. Ich habe Sie ja auch reden lassen, Herr Kollege. (Abg. Zinkanell: „Ich würde manche kennen!“) Seien Sie so still, wie ich war, wie Sie geredet haben. Ich werde weiterreden. (Heiterkeit)

Herr Kollege, ganz gleich, welche politische Gruppierung, ganz gleich, welche Hautfarbe und ganz gleich, welche völkische Zugehörigkeit. Überall, wo Menschen zusammen sind, gibt es Gute und weniger Gute. Überall. (Beifall bei der OVP. — Abg. Brandl: „Auch bei den Bauern!“) Jawohl. Und immer nur auf die weniger Guten zu pecken und das Schlechte als pauschale Behauptung in den Raum zu stellen, das lehne ich im Namen der Bauernschaft aufs schärfste ab. (Beifall bei der OVP.)

Nun, Herr Kollege Zinkanell, Sie haben einen wunderbaren Leistungsbericht zum großen Ruhme der derzeitigen Bundesregierung vorgelegt. (Abg. Zinkanell: „Das ist der Grüne Bericht!“) Der Grüne Bericht, ich weiß eh, auf den komme ich noch zu sprechen, der ist sicher unverdächtig.

Nun, zu einem Kapitel, das ist schon in allen Wortmeldungen zur Gruppe der Landwirtschaft erwähnt worden, zur Infrastruktur im ländlichen Raum. Heute beanspruchen die gesamte Bevölkerung, und darüber hinaus auch sehr viele Ausländer, die Erholungslandschaft, und zwar mit gutem Recht. Niemand will Ihnen das verwehren, und wir freuen uns, wenn der Fremdenverkehr als der größte Devisenbringer der österreichischen Wirtschaft floriert. Wenn man aber also auf der einen Seite sehr vieles beansprucht und auf der anderen Seite bis heute in manchen Gebieten auf die Gegenleistung immer noch warten muß, so glaube ich, daß man doch einmal Bilanz ziehen sollte. Denn schauen Sie, wie soll der Fremdenverkehr florieren, wie soll die Erhaltung des ländlichen Raumes und ganz besonders die Weiterbewirtschaftung der Berggebiete vor sich gehen, wenn gerade die Voraussetzungen der Infrastruktur nicht optimal zur Verfügung gestellt werden können — ich will gar nichts unterstellen —, oder nicht zur Verfügung gestellt werden wollen.

Denn, meine sehr Verehrten, was ist das Leben im ländlichen Raum. Das setzt voraus Verkehrsverbindungen, die dem zeitgemäßen Verkehrsaufkommen und diesen Anforderungen auch entsprechen. Das setzt voraus einen möglichst raschen Ausbau des Telefonnetzes. Das setzt voraus eine möglichst gute Versorgung mit Bildungseinrichtungen, mit Einrichtungen der ärztlichen Versorgung und all diesen Dingen, die in den Ballungszentren heute als selbstverständlich hingenommen werden. Aber all diese Dinge kosten eine Unmenge Geld.

Wir wissen ganz genau, daß bei der derzeitigen Situation betreffend die Einnahmen in der Land- und Forstwirtschaft diese großen Aufgaben im Interesse der Allgemeinheit und auch der gesamten

Wirtschaft nicht allein von denen, die im ländlichen Raume leben, erbracht werden können. Es muß also hier die Unterstützung durch die Öffentlichkeit gefordert werden.

Genau hier, genau an diesem Punkt, da scheiden sich die Wege, um nicht zu sagen die Geister. (Abg. Brandl: „Geister ist noch besser!“) Jawohl, Herr Kollege Brandl. Ich werde mich bemühen, diese Geister etwas zu wecken und lebendig darzustellen hier. (Abg. Gerhard Heidinger: „Die Geister, die ich rief!“) Jawohl, genau. Warten Sie nur, auf einmal graust es Ihnen. (Heiterkeit — Abg. Gerhard Heidinger: „Uns nicht!“ — Abg. Brandl: „Wer fürchtet sich vor dem schwarzen Mann?“) Sehen Sie. Ich darf vielleicht diese Geister rufen mit einigen Zitaten des derzeitigen Herrn Landwirtschaftsministers. (Abg. Brandl: „Das ist aber kein Geist!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Der ist Realität!“) Nur langsam.

Der Landwirtschaftsminister hat unter anderem gesagt: „Ich halte es für selbstverständlich, daß das Bergbauernsonderprogramm nun sehr konsequent fortgeführt werden sollte. Das betrifft sowohl den Ausbau des schon in Ansätzen bestehenden Beihilfensystems“ — (Abg. Brandl: „Das ist sehr positiv! Ich weiß, ich kenne ihn persönlich!“) Ja, Herr Kollege, nur zuhören, das sind ja seine Äußerungen, ich komme dann zur Bilanz, warten Sie nur. „Ich glaube aber, daß man ganz besonders auch bemüht sein muß, die Infrastruktur zu verbessern.“ Das war in einem ORF-Interview vom 9. Juli 1974. Oder: „Im Vordergrund der Bergbauernförderung sollen allerdings nicht diese Zuschüsse,“ — gemeint waren die Bergbauerndirektzuschüsse — „sondern Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur stehen. Dazu gehören in erster Linie die Verkehrserschließung, die Regionalförderung, die Elektrifizierung und die Schaffung von Telefonanschlüssen.“ (Abg. Brandl: „Da hat er recht!“) Das war am 20. November 1974. Oder: „Der Ausbau der Infrastruktur ist für den einzelnen Bergbauern am wirksamsten.“ Das war im Juni 1975. Tatsächlich wurden die Mittel für die Verkehrserschließung, die landwirtschaftliche Regionalförderung und die Elektrifizierung im Bundesbudgetvoranschlag 1977 um 160 Millionen gekürzt. Interessant. (ÖVP: „Hört, hört!“ — Abg. Lackner: „Das war nicht anständig!“)

Oder ein anderes Zitat des Herrn Landwirtschaftsministers. (Abg. Gerhard Heidinger: „Das ist eine falsche Zeitung!“) Nein, nein, ich habe die richtige, aber bitte, fahren wir nur fort: (Abg. Zinkanell: 26 Millionen gegen Null!) „Alle diese Maßnahmen sollen in einem Entwicklungsgesetz für die Berggebiete zusammengefaßt werden, das etwa im Jänner oder Februar fertiggestellt und zur Begutachtung ausgesendet wird. Mit der Beschlußfassung für ein solches Gesetz“ — und nun bitte ich um besondere Aufmerksamkeit, meine sehr Verehrten — „könnte man noch in dieser Legislaturperiode des Nationalrates rechnen.“ Wundern Sie sich nicht, das hat der Herr Minister am 20. November 1974 gesagt. Bis heute ist weder der Entwurf noch sonst irgend etwas von diesem Gesetz zu sehen gewesen. (Abg. Heidinger: „Weil die Bauernkammer dagegen war!“) Ja natürlich, die

Bauernkammer, Herr Kollege Heidinger, immer wieder die Bauernkammer, wenn Ihnen nichts Besseres einfällt, ist die Bauernkammer schuld. (Beifall bei der ÖVP.) Und bei den Wahlen zur Bauernkammer wählen schon fast 90 Prozent den Bauernbund, wo ist da das Verhältnis? (Abg. Brandl: „Sind es nicht!“) No, schon fast, Sie wissen, drei Tage lang mit Zahlen, da will ich Sie nicht mehr mit Prozenten belasten. (Abg. Zinkanell: „70 Jahre Demagogie wirken sich halt aus!“) Nun, lieber Kollege Zinkanell, wenn Sie mich der Demagogie bezichtigen, dann frage ich, das kann ich nur gelernt haben, seit ich Ihnen immer zuhören muß. (Heiterkeit)

Und nun, Sie haben sich ja vorhin sehr ausführlich mit den Milchpreiserhöhungen befaßt, gestatten Sie mir auch hier eine ganz kurze Anmerkung. (Abg. Zinkanell: „Vom 68iger Jahr?“) Nein, für das kommende Jahr, Herr Kollege. Eine halbe Milliarde Schilling, die bisher für den Milchpreisausgleich aus dem Budget bereitgestellt wurde, wird im kommenden Jahr auf die Konsumenten überwält. Das spart sich der Finanzminister, er wird es brauchen. (Abg. Brandl: Selbstverständlich!) Er könnte ja, wenn er mit dem Landwirtschaftsminister so konform in seinen Überzeugungen wäre, diese halbe Milliarde, die er da einer Gruppe der Österreicher entzieht, im Interesse aller Österreicher den Bergbauern geben. Aber da langt es ja nicht mehr, das Geld braucht er längst wo anders, um seine Löcher zu stopfen. (Abg. Zinkanell: „Damals war es eine Milliarde im 68iger Jahr. Ihr habt das verteidigt!“) Ja, ja, mit Zahlenspielen bringen Sie mich nicht aus der Ruhe. (Heiterkeit — Abg. Gerhard Heidinger: „Ein Dickköpfiger ist das, es ist nicht leicht mit ihm!“)

Nun zur Verkehrserschließung im ländlichen Raum. Was wurde auf diesem Gebiet im Lande Steiermark in den letzten fünf Jahren geleistet. Im Rahmen des allgemeinen Wegebauprogramms, des Sonderwegebauprogramms und des Grenzlandprogramms wurden von 1971 bis einschließlich 1975 2083 km Wegstrecken fertiggestellt. Nun erfordert dieses Bauvolumen die Geldmittel von 1.137.500.000 Schilling. Nicht uninteressant die Aufbringung: 266 Millionen oder 23,4 Prozent waren Bundesmittel, 418,3 Millionen oder 36,8 Prozent waren Landesmittel und 453,2 Millionen waren Interessentenleistungen (Abg. Brandl: „Gemeinden!“) Jawohl, Gemeinden, sehr interessant, Sie geben mir ein Stichwort, Herr Kollege, ich bin auch ein Bürgermeister, jawohl, Wegeinteressenten, Gemeinden, AK-Kredite, alles ist in dieser Summe. (Landesrat Dr. Krainer: „Gipfeltreffen der Bürgermeister!“) Jawohl, im Landtag.

Nun, meine sehr Verehrten, auch hier noch Riesenprobleme vor uns. Tausende von Kilometern, die wir entweder noch neu zu bauen, zu verbessern, oder mit Hartdecken zu versehen haben. Auch hier wird das Verhältnis der Aufbringung der Mittel sehr ähnlich sein wie bei den bisher geschilderten. Auch hier wieder eine kurze Gegenüberstellung. Die Bundesmittel sind von 1971 bis 1975 um 60,2 Prozent gestiegen und die Landesmittel im gleichen Zeitraum um 103 Prozent. (Abg. Zinkanell:

„Der Bund ist halt ein bisserl größer! Er hat mehr zu tun als ein Land!“) Richtig, er nimmt ja auch die Steuern von allen Ländern ein, Herr Kollege Zinkanell, und es wäre schön, wenn er wieder einiges davon auslassen würde. (Abg. Ing. Turek: „Das tut er ja, 60 Prozent!“) Er tut es ohnedies, soweit er kann, aber wenn man natürlich das Geld bei der Oberlichte hinauspulvert, dann bleibt nicht mehr viel, daß man es in die richtigen Kanäle bringt. (Abg. Preamsberger: „Wo werden sie hinausgepulvert? Für welche Zwecke?“) Reichlich, Herr Kollege Preamsberger.

Es zeigt sich also, daß wohl das Land Steiermark in dankenswerter Weise sein Bestes zu tun bemüht war und auch weiter tun wird, daß aber der Bund hier nicht allzu ernst hier eingestiegen ist, möchte ich Ihnen an einem kleinen Zahlenvergleich beweisen. Ich hoffe, es wird mich niemand deswegen als einen Kulturbanausen oder Kulturschänder, oder Verächter jeder Kultur bezeichnen, aber ich glaube, es wirft ein gewisses Licht auf die (Abg. Gerhard Heidinger: „Bundestheater“) Genau. (Abg. Gerhard Heidinger: „Da sind wir uns einig!“) Aber sagen muß man es, nicht stillschweigend zur Tagesordnung übergehen. (Abg. Hammerl: „Es kommt schon nach Wien!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Zusperrern!“) 1971 war der Abgang der Bundestheater 444,7 Millionen und der Aufwand für Regionalförderung im ländlichen Raum 91 Millionen. 1974 betrug die Deckungssumme für Abgänge der Bundestheater 694,8 Millionen und für die Regionalförderung im ländlichen Raum wurde für ganz Österreich — daß kein Irrtum aufkommt, nicht nur für die Steiermark —, 126,8 Millionen aufgewendet. 1976 waren es für die Bundestheater bereits 839,5 Millionen und für den ländlichen Raum 181 Millionen. Ich glaube, weitere Kommentare sind nicht mehr nötig. (Abg. Preamsberger: „Steigerungsraten waren auch in den Sechzigerjahren vorhanden bei den Abgängen!“ — Abg. Koiner: „Da muß man den Zinkanell fragen! Der weiß das! Das ist der Zahlenexperte!“ — Abg. Aichhofer: „Für Nostalgie ist der Zinkanell zuständig!“) Meine sehr verehrten Anwesenden, gestatten Sie mir noch ein paar Hinweise. (Unverständlicher Zwischenruf.) Liegt nicht in unserer Kompetenz. Wir können bloß als Mahner auftreten. (Abg. Gerhard Heidinger: „Teure Torten wollen Sie auch noch essen!“) Sie wissen ja, die Wiener essen gern gut. Das ist ja nichts Neues. Scheinbar auch die, die nach Wien kommen.

Meine sehr Verehrten, die Tatsache, daß im österreichischen Durchschnitt 80 Prozent der Wegebenutzer im ländlichen Raum nicht identisch sind mit den Wegeerhaltern, ist durch viele unanfechtbare Verkehrszählungen längst erhärtet. Ich habe versucht, hier einige Zusammenhänge klar zu machen und wie ich schon erwähnt habe, sind die Bundesmittel leider wieder gekürzt worden für die Regionalförderung. Und nun eine sehr interessante Feststellung, Herr Bürgermeister Heidinger, Sie sind mir nicht ungehalten, ich darf Sie um Ihre ungeteilte Aufmerksamkeit bitten. (Heiterkeit) Der Herr Minister Haiden hat am 15. Juli gemeint: „Ich bin dagegen, daß die Landwirtschaft durch die Wegekosten

belastet wird, das ist eine Ungerechtigkeit.“ Er sagt weiter: „Diese Kosten für Bau und Erhaltung des ländlichen Wegenetzes sollen von den Gemeinden getragen werden.“ Was sagen Sie jetzt zu Ihren Genossen? (Heiterkeit — Abg. Gerhard Heidinger: „Das ärgert mich!“ — Beifall bei der ÖVP.) Auch der Brandl scheint damit einverstanden zu sein. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Er ist auch Bürgermeister!“) Er freut sich schon darauf. (Abg. Buchberger: „Der hat mit Dir nicht geredet!“)

Meine sehr Verehrten, damit ist aber noch keineswegs der Höhepunkt dieser Äußerung erreicht. (Heiterkeit) Noch keineswegs, denn der Herr Minister Haiden hat erklärt: „Das muß beim nächsten Finanzausgleich berücksichtigt werden“ und auf den bin ich besonders neugierig. Denn wenn man weiß, was der Herr Stadtrat Mayer von Wien, der ja auch nicht gerade unserer politischen Gruppierung zuzuzählen ist, heute schon für Forderungen angemeldet an den nächsten Finanzausgleich hat und wenn man hört, was der Herr Finanzminister dazu bisher gesagt hat, dann frage ich mich, mit welcher Kraft sich Haiden dort einsetzen wird müssen, damit er überhaupt noch gehört wird. (Abg. Dr. Schilder: „Mit der steirischen!“) Aber wir werden es ja erleben. (Abg. Brandl: „Er braucht die steirische Kraft!“ — Abg. Preamsberger: „Wir werden ihm helfen, ihr werdet es schon sehen!“)

Meine sehr Verehrten, darin liegt ja wohl wiederum eine typische, aber eine ganz typische Art, wie heute in Österreich von der derzeitigen Bundesregierung Politik gemacht wird. Herr Kollege Zinkanell, durchaus nicht demagogisch gemeint. (Abg. Zinkanell: „Der weicht einem nach dem anderen aus!“)

Haiden hat 1975 diese Äußerung gemacht. Bis heute hat man nichts mehr gehört davon, der nächste Finanzausgleich wird am 1. Jänner 1979 wirksam, bis dahin brauchen wir schon viele, viele Millionen, um das Wegenetz im ländlichen Raum auch nur erhalten zu können. Da sehen Sie, wie man Probleme, über die man nicht drübersieht, wie ein Maulwurf vor sich herschiebt, (Heiterkeit) sich in tagespolitischen Gags erschöpft und für die Lösung der Probleme keine besseren Vorschläge findet. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Gerhard Heidinger: „Herr Kollege Bürgermeister, war der letzte Finanzausgleich für die Gemeinden schlecht?“ — Abg. Dr. Maitz: „Aber der nächste!“) Ich warte auf den kommenden. Unter dem jetzigen stöhne ich als Bürgermeister gewaltig. Wenn es Ihnen besser geht, Herr Kollege. (Abg. Gerhard Heidinger: „Er ist doch mit dem Landeshauptmann ausgepackelt, der Finanzausgleich!“ — Abg. Zinkanell: „Ausgehandelt!“) Jawohl, danke Herr Kollege Zinkanell, danke. Nun, ob ausgehandelt oder ausgepackelt, er gilt bis zum letzten Dezember 1978. Darüber zu jammern, hilft heut nichts. (Abg. Brandl: „Er ist nicht der schlechteste!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Sie jammern ja!“) Ich habe auf den nächsten gewisse Ausblicke gewährt, den heutigen haben Sie angezogen, nicht ich. (Abg. Gerhard Heidinger: „Sie sind ein Schwarzseher!“ — Abg. Ing. Turek: „Aber ein Schwarzer!“) Nein, nein, aber ich will bei Gott kein Rotseher werden. (Heiterkeit)

Nun meine sehr Verehrten, wenn also, und lassen Sie mich damit langsam zum Schluß kommen, zum Wegebau 60 bis 70 Prozent der Finanzierungsmittel aus der öffentlichen Hand zugeschossen werden, so ist das großartig. Das freut uns alle. Es kommt ja auch allen zugute, wie ich gesagt habe. Bloß ist hier eine echte Lücke, eine echte Lücke bei der Wegerhaltung. Finanzausgleich hin, her oder was immer hier an Gegenargumenten gebracht werden soll, da klafft eine Lücke.

Es ist nicht zumutbar, daß oft sehr wenige bäuerliche Grundbesitzer Wegstrecken erhalten sollen, die von über 80 Prozent, ortsfremden Gästen benützt werden. Darin müssen Sie mir zustimmen. (Abg. Gerhard Heidinger: „Das kann der Bürgermeister ändern!) Das kann er nicht ändern. Sie können Forstwege sperren, aber keine Interessenwege. (Abg. Gerhard Heidinger: „Forstwege!“) Jawohl. Sehen Sie wohl, es läßt sich über alles reden.

Ganz ähnlich ist es beim Ausbau des Telefonnetzes im ländlichen Raum. Genauso tragisch ist es bei der Errichtung von Abwasseranlagen, von Wasserleitungen und von vielen anderen Maßnahmen, die man eben unter Infrastruktur versteht. Ich will Sie nicht wieder mit Zahlen belasten, aber es wäre vielleicht doch interessant, zu hören, daß zum Beispiel in Schweden 63,5 Prozent aller Haushalte einen Telefonanschluß haben, in der Schweiz 59 Prozent, in England 36 Prozent, in Finnland 36 Prozent, in Holland und in der Bundesrepublik Deutschland 30 Prozent, in Österreich aber nur 26,5 Prozent. (Abg. Zinkanell: „Erst seit 1970!“) Herr Kollege Zinkanell, wenn seit 1970 eine Sozialistische Regierung für Österreich zeichnungsrechtlich ist, und wenn sie 1400 Experten damals antreten und aufmarschieren ließ, (Abg. Ing. Turek: „1500 waren es ja!“) und wenn sie wirklich so gut ist, wie sie damals behauptet hat, dann wundert es mich, daß sie noch nicht mehr erreichen konnte. (Beifall bei der ÖVP.)

Jetzt werden Sie wieder sagen, weil die ÖVP bis dahin nichts getan hat. (Heiterkeit) Schauen Sie, Ihre wunderbaren Aussagen haben wir ja auch schon inzwischen zur Kenntnis genommen, bloß eines dürfen Sie nicht vergessen: Die ÖVP-Alleinregierung, und auch hier ist wieder ein Scheideweg, hat von 1966 bis 1970 gedauert. (Abg. Gerhard Heidinger: „Da war die Scheidung!“) und vorher waren Koalitionsregierungen und dort waren ähnliche Verhältnisse wie im Lande Steiermark. Dort wurden die Beschlüsse in der Regierung gemeinsam gefaßt. (Abg. Ing. Turek: „Im Land ist es schlechter!“) Weil ihr nicht dabei seid, das weiß ich. (Heiterkeit — Abg. Ing. Turek: „Deshalb ja, gar keine Frage!“)

Nun, meine sehr verehrten Anwesenden, möchte ich zum Schluß kommen. Wenn man also feststellen kann, daß das gesamte Problemgebiet der Infrastruktur im ländlichen Raum wesentlich mehr finanzielle Kraft braucht, als dort allein aufgebracht werden kann, wenn aber auf der anderen Seite die Landeszuschüsse die sinkende Tendenz der Bundeszuschüsse nicht mehr auszugleichen vermögen, dann wird uns allen klar, daß es nach altem öster-

reichischen Brauch so nicht weitergehen kann. Es muß etwas geschehen. (Abg. Lackner: „Damit etwas geschieht!“) Ohne sinnlos diese Feststellung und diese doch immerhin für uns alle betrübliche Tatsache weiter bejammern zu wollen oder nur Kritik anzubringen, glaube ich, daß wir im Interesse aller, sowohl der Erholungsuchenden aus dem In- und Ausland, als auch im Interesse der gesamten Wirtschaft und nicht zuletzt ja auch derer, die im ländlichen Raum und wo immer es sei, beheimatet sind, folgendes fordern müssen, und da bitte ich Sie, diese Forderung, Sie werden ja hie und da Gelegenheit haben, mit den Herren Ihrer Bundesregierung, wenn sie Wort hält, zusammenzukommen, (Abg. Brandl: „Ab und zu!“) Sie sehen sie ja hie und da, sagen Sie ihnen das, daß das ein Anliegen aller Steirer ist: Mehr Bundesmittel für den ländlichen Raum.

Sagen Sie nicht, schon wieder einer, der nur fordert. Ich mache Ihnen auch eine leise Andeutung, wo es zu finden wäre. Ich habe es ja versucht, ein paar Mal. (Abg. Dr. Schilcher: „Beim Sinowatz!“) Eine gewisse Umschichtung bei den Budgetansätzen, eine klare Erfassung der Prioritäten. (Abg. Gerhard Heidinger: „Dabei wäre er so gut fürs Burgtheater, als kleiner Mephisto!“ — Heiterkeit) Ja sicher. Eine klare Erkenntnis der Prioritäten. Wenn diese Erkenntnis einmal eingedrungen ist, dann auch ein Einhalten dieser Erkenntnis und ihre Verwirklichung. Dann werden wir nicht nur in der Steiermark, sondern auch in ganz Österreich für alle viel getan haben. Wir werden, wenn es uns gelingt, gemeinsam diese Forderungen mit dem nötigen Nachdruck klar zu machen, meine Herren Kollegen, viel leichter wieder zusammenschauen können. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Das Wort hat der Herr Landesrat Dr. Krainer.

**Landesrat Dr. Krainer:** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ein kurzes Wort nach diesem außerordentlich farbigen und spritzigen Nachmittag mit einer bemerkenswerten Diskussion zu den agrarischen Problemen der Gegenwart und einem ebenso interessanten Querschnitt — wenn man etwa die Abgeordneten anschaut, die sich zu Wort gemeldet haben — sowohl regional als auch (Abg. Ritzinger: „Diagonal!“) ihrer beruflichen Herkunft nach. (Heiterkeit.) Herr Direktor Ritzinger, vielleicht kannst du etwas dazu beitragen das nächste Mal (Abg. Ing. Turek: „Er ist ja ÖAABler! Was soll der ÖAAB dazu sagen?“), es wäre ganz schön, wenn sich auch ein Sparkassenmensch zu diesen Dingen äußern könnte. Jedenfalls, meine Damen und Herren, nach diesen interessanten Darlegungen, die ja von der europäischen Agrarpolitik gereicht haben — Koiner —, von allgemeinen und europäischen Fragen, insbesondere über die Bergbauern- und Grenzlandproblematik bis hin zu den Äußerungen eines Städtlers, Klaus Turek, die vom Herrn Abgeordneten Prantch sehr anerkannt wurden, und natürlich auch bis zu den Äußerungen des Abgeordneten Zinkanell, der immer wieder den Aspekt der Min-

derheitenfraktion hier darlegt. Ich glaube, daß es erfreulich ist, daß dieser Tiefdruck von gestern, insbesondere in einer speziellen Frage, Herr Kollege Zinkanell — (Abg. Zinkanell: „Die mißverstanden wurde, bewußt mißverstanden!“) Hoffentlich! Ich sagen Ihnen, warum hoffentlich: weil es menschlich einige wirklich betroffen hat; ich nehme mich nicht aus, und wissen Sie warum, weil man bei einem Mann wie Ihnen annehmen kann, daß das nicht nur um der Demagogie willen gesagt ist. Herr Kollege Kohlhammer, Sie sind jung genug, um das ernsthaft zu verstehen. Der Herr Abgeordnete Zinkanell hat vermutlich irgend einen speziellen Grund, sich so scharf, zum Teil auch so unverständlich, in dieser Frage des religiösen Standpunktes zu äußern. (Abg. Zinkanell: „Das ist der Grund. (Zeigt eine Zeitung.) Nicht religiös, Herr Landesrat!“ — Abg. Kohlhammer: „Ich wollte sagen, der Kollege Zinkanell hat das miterlebt!“) Ja, ich glaube es eben, ich sage, wir sind aus einer anderen Generation, Gott sei Dank. (Abg. Zinkanell: „Aber nicht religiös sagen, nicht Glaube und nicht Kirche!“ — Abg. Dr. Eberdorfer: „Nicht nur er hat etwas erlebt!“ — Abg. Zinkanell: „Aber ihr habt es anscheinend vergessen!“) Deshalb habe ich Sie auch angesprochen, daher hoffe ich, daß das sozusagen ein Produkt des gestrigen Tiefdrucks war, es ist heute, Gott sei Dank, nicht mehr gekommen. Vielleicht, Herr Kollege Zinkanell, vielleicht ist aber auch ein bisserl ein schlechtes Gewissen von euch dabei. (Abg. Zinkanell: „Aus der damaligen Sicht!“) Wischen wir doch den Staub von damals nicht nur in eine Ecke, aber wir fangen damit nicht neuerdings an.

Schauen Sie sich das Blatt an, ich habe mir das abziehen lassen, November 1971, Steirischer Arbeits-Bauernbund: Da ist ein Bild, wo auch in der Mitte der Herr Abgeordnete Zinkanell darauf ist, und da heißt es: „Die SPÖ kämpfte jahrzehntelang für die Bauernpension und Bauernkrankenkasse.“ — O. K. — „Sie wird dafür sorgen, daß die Bauernbundversäumnisse nachgeholt und die Zuschußrentner in die Bauernpension einbezogen werden.“ (Abg. Laurich: „Richtig!“ — Abg. Brandl: „Wir sind dabei!“ — Abg. Nigl: „Das ist ein Wahlversprechen!“) Meine Herren, das war 1971. Wenn der Herr Ersté Landeshauptmannstellvertreter dann in seiner unterstützenden Wortmeldung gesagt hat, er habe sich schon 1958 in diesem Sinne geäußert, dann glaube ich, ist da auch ein wenig ein schlechtes Gewissen drin, denn 1971, 72, 73, 74, 75, 76 sozialistische Alleinregierung (Abg. Zinkanell: „Und jedes Jahr 100 Prozent zu 70!“), Herr Kollege Zinkanell: „Einbeziehung in die Bauernpension.“ (Abg. Zinkanell: „700 Millionen, 1400 Millionen, 2100 Millionen!“) Das ist es. Da kann man sicher sein. (Abg. Brandl: „Da muß euer Gewissen schlechter sein!“)

Meine Damen und Herren, ein weiteres bei dieser Wortmeldung. Da muß ein Mißverständnis vorliegen hinsichtlich der Budgetansätze, Herr Kollege Zinkanell. Wenn Sie mit mir mitschauen, da haben wir einmal den von Ihnen angesprochenen Ansatz, jawohl 100.000 Schilling, voriges Jahr 90.000 Schilling. Ja, bitte sehr, das ist ja nicht, um Gottes Willen, die Summe dessen, was wir miteinander ausgeben für die Bildung in der Land- und Forstwirtschaft.

(Abg. Zinkanell: „Aber hier für diese Post! Es war ja auch nicht böse gemeint!“) Nein, ich weiß das, aber es ist trotzdem ein Mißverständnis, denn hier sind also die Absolventenverbände, Zuschüsse zu Studienreisen, Fahrtkostenzuschüsse und Ähnliches drinnen. Ich verstehe sonst nämlich die Argumentation nicht. Das Entscheidende in dieser Frage für mich sind ja, wenn wir Seite 33 aufschlagen, in der Gruppe 2 die 133 Millionen für die land- und forstwirtschaftlichen Schulen, das ist ein Viertel des steirischen Agrarbudgets. (Abg. Zinkanell: „Herr Landesrat, ich habe gesagt, hier Schulen, ich freue mich sehr, daß was weitergeht, aber auch Erwachsenenbildung, das war ja nur eine Anregung!“) Ja natürlich, geschieht ja auch. Das wollte ich eben auch klären.

Das zweite, auch ein verständlicher Irrtum, Förderung des Weinbaues. Der Betrag auf die 1,2 Millionen, Weinbauplan II, ist von den 500.000 im außerordentlichen Voranschlag zu finden. Ich sage es nur, weil Sie gesagt haben, das ist gekürzt. (Abg. Zinkanell: „Das ist auch kein Vorwurf! Das habe ich nur zur Erklärung gesagt!“) Ja, das erkläre ich nur auch, damit das weg ist.

Zur Sache selbst einige Anmerkungen. Auch das Wirtschaftsjahr 1976 hat der Landwirtschaft wiederum — das ist nicht gesagt worden, ich möchte aber darauf hinweisen — einige schwere Probleme serviert. Da ist zunächst einmal die Sturmkatastrophe in der Obersteiermark gewesen, ist schon wieder lange her, aber Anfang des Jahres sind 1 Million Festmeter Schadh Holz angefallen, besonders in Liezen, Mürzzuschlag und Leoben bekanntlich. Und wir haben eine Dürrekatastrophe gehabt, auch das ist ja in einer Zeit wie der heutigen relativ schnell vergessen. Wir haben eine Dürrekatastrophe gehabt, bei der gerade noch im letzten Augenblick der Regen gekommen ist. Wir haben diesen Dürregeißel gehabt, Sie erinnern sich alle, es war der Minister Weihs in der Woche vorher da, wir haben mit ihm obersteirische Bergbauernflächen besucht, und es hat entsetzlich ausgesehen. Gott sei Dank hat die Natur im Laufe des weiteren Jahres einen gewissen Ausgleich geschaffen, aber die Schäden, die bis dahin entstanden sind, wären trotzdem außerordentlich groß, und man kann wahrscheinlich sagen, daß wir 1976 für die steirische Land- und Forstwirtschaft auf der Ertragsseite im Durchschnitt des Jahres und aller Betriebe insgesamt die negativen Auswirkungen einigermaßen hinkriegen konnten. Wir werden sie allerdings nur dann auch echt bewältigen, wenn die Kreditaktion durch eine Zinszuschußaktion des Landes wirklich gefördert werden kann. Das steht noch aus, muß in der Regierung diskutiert werden — ist ja erst jetzt auf unseren Tisch gekommen. Denn bei den Sturmkatastrophenschäden konnten wir mit Beihilfen aus den Mitteln des Katastrophenfonds die ärgsten Probleme lindern. Sie sind trotzdem noch schlimm genug.

Ein Problem, das heute vor allem die obersteirischen Bauernvertreter hier angeschnitten haben und zu dem ich noch einmal kurz sprechen will, es hatten sowohl der Abgeordnete Karl Lackner als Ennstaler Bergbauer als auch insbesondere zum

Schluß in seiner urwüchsigen Art der Abgeordnete Pranch als Murtaler Bergbauer dieses Problem angezogen: Wenn Sie den Grünen Bericht der Bundesregierung, den letzten, hernehmen, den 75er, dann heißt es auch dort zum Problem des Arbeitsertrages in Schilling je Arbeitskraft und je Betrieb: „Das weitaus beste Ergebnis wies wieder das nordöstliche Flach- und Hügelland auf, gefolgt vom Alpenvorland und dem südöstlichen Flach- und Hügelland. Wesentlich unter dem jeweiligen Gesamtdurchschnitt lagen die übrigen Regionalergebnisse, der absolut schlechteste Arbeitsertrag war im Hochalpengebiet gegeben.“ Herr Abgeordneter, man kann es drehen und wenden wie man will, der Start des früheren Staatssekretärs für Bergbauernfragen als Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft mit dem Budget 1977 weist ihn gerade in dieser Frage nicht als einen aus — ich sage es differenziert —, der in der Lage gewesen wäre, die Ansätze des Budgets erhöhen. (Abg. Zinkanell: „707 Millionen ist immerhin auch etwas!“) Ich sage es Ihnen, Herr Abgeordneter, ich rechne es Ihnen vor. Nicht um irgendeiner billigen Polemik willen.

Schauen Sie, das Bergbauernsonderprogramm 1977 umfaßt 426,2 Millionen Schilling. Das ist plus 2,19 Prozent. Wenn man die Inflation rechnet, sind wir schon wieder real bei einer Kürzung. Nominell bei einem kleinen Zuwachs, real bei einer Kürzung. Der Grüne Plan 1977 umfaßt 949,2 Millionen, ist also auch schon nominell um minus 1,79 Prozent gekürzt, was also real bedeutet, daß es um etwa 9 Prozent weniger ist, wobei im Grünen Plan enthalten sind: die Regionalförderung mit minus 8,7 Prozent, auch nominell, die Verkehrserschließung mit einem Plus nominell von 3,4 Prozent, die Elektrifizierung mit einem Minus von 1,4 Prozent, die Hochlagenaufforstung, Herr Abgeordneter Brandl, Sie kommen aus der Branche, mit minus 6,5 Prozent. (Abg. Brandl: „Aber in Ihrer Regierungszeit hat es auch sehr wesentliche Kürzungen gegeben! Erinnern Sie sich an 68! Da gab es auch sehr wesentliche Kürzungen!“)

Herr Kollege, Sie müssen es sehen, und deshalb habe ich es angezogen, wenn in Ihrem eigenen Bericht gerade hinsichtlich der Hochalpengebiete dieser Nachweis geliefert wird, dann hätte man mit Fug und Recht erwarten können, daß gerade in der Bergbauernförderung ein echter Zuwachs drinnen ist. Das ist leider, ich sage noch einmal leider, nicht geschehen, und das ist auch kein guter Start. Wir wissen schon, wie die Budgetproblematik letzten Endes ausschaut. (Abg. Brandl: „Wenn man von Null auf 300 einen enormen Sprung macht, kann man nicht erwarten, daß diese Sprünge ins Uferlose weitergehen!“) Herr Abgeordneter, so ist es trotzdem so, daß das Einkommen gesunken ist und daß auch das heurige Budget weniger ist. Leider. (Abg. Brandl: „Wir reden von etwas anderem!“ — Beifall bei der ÖVP.)

Ich möchte auf ein Weiteres hinweisen, weil ja auch im Konjunkturausgleichsbudget des vorigen Jahres gewisse Elemente der Bergbauernförderung enthalten waren. Die Regionalförderung ist also weitere 40 Millionen ärmer, die Verkehrserschließung um weitere 110 Millionen, die Elektrifizierung

um weitere 10 Millionen. Wenn wir also in all diesen Fragen noch einmal die Inflationsrate nehmen, dann ist das kein erfreuliches Ergebnis. (Abg. Zinkanell: „Wir werden auch 1977 wieder Budgetüberschreitungen haben. Ich hoffe nur, daß dann die ÖVP zustimmt! Das letzte Mal haben Sie bei 850 Millionen im Parlament nicht zugestimmt für die Bauern allein!“ — Abg. Dr. Dorfer: „Weil es keine Budgetwahrheit mehr gibt im Parlament!“ — Abg. Brandl: „Die eigenen Forderungen abgelehnt, so schaut es aus!“)

Herr Abgeordneter Zinkanell, ich möchte dazu erfreulich feststellen, weil auch Ihre Fraktion in diesem Hause diesem Budget insgesamt in der Regierung und auch heute hier ihre Zustimmung geben wird, daß wir im Lande Gott sei Dank die Bergbauernförderung nominell um 10,4 Prozent steigern konnten. (Abg. Zinkanell: „Aber um welchen Betrag? Voriges Jahr haben wir darüber geredet. Das Sechsfache hat der Bund gegeben, und hier wurde gesagt: „Das ist ein Hohn!“) Entschuldigen Sie, wir sind ein Bundesland, bitte sehr. Wir sind eines von neun Bundesländern, und wir haben immerhin 65,525.000 Schilling Bergbauernförderung (Beifall bei der ÖVP) und haben im vorigen Jahr 59,355.000 für heuer beschlossen.

Ich habe es auch einleitend gesagt, Sie sind dabei, Gott sei Dank, hier im Lande in dieser Frage. Vielleicht ist das auch ein kleiner Unterschied. Ich möchte Ihre Zeit nicht über Gebühr beanspruchen, aber ich glaube, daß wir dadurch die Möglichkeit bekommen haben, daß wir das Steiermärkische Landwirtschaftsförderungsgesetz gründlich beraten, schließlich heuer beschlossen haben. Es ist auch letzten Endes die Beschlußfassung, die über das landwirtschaftliche Schulgesetz stattgefunden hat, mit ein Element der Stabilisierung der Möglichkeiten der Förderung für die Bauern in diesem Land.

Was die Verkehrserschließung anlangt, weil sie auch angesprochen wurde, so wissen Sie, daß wir 1977 insgesamt 74,427.000 Schilling zur Verfügung haben. Das ist ein besonderes Verdienst auch des Sonderwegebauprogrammes, das der Herr Landeshauptmann Dr. Niederl initiiert hat, er ist nicht anwesend im Augenblick, es soll aber trotzdem oder gerade auch deshalb deutlich gesagt werden, daß wir mit diesem Sonderwegebauprogramm einen massiven Schritt nach vorne tun konnten. Sie haben das in Ihrer Budgetrede erfreulicherweise auch anerkannt.

Ich möchte auf zwei Dinge noch kurz eingehen. Das Landwirtschaftsförderungsgesetz 1976 hat uns zwei ganz wichtige Förderungsmaßnahmen beschert und hat dazu beigetragen, daß wir gerade im Bereiche der Almwirtschaftsförderung mit einer Erhöhung der vorgesehenen Prämien auf 100 Schilling pro Rind nunmehr für 1977 7,175.000 Schilling ausgeben, die insbesondere der Almwirtschaftsförderung, das heißt also den steirischen Bergbauern, direkt zugute kommt.

Das Zweite sind die Maßnahmen der Betriebs-hilfe. Ich habe schon einmal in diesem Hohen Haus berichtet, daß wir schon 1975 gute Erfahrungen damit gemacht haben und daß sie sich 1976 noch